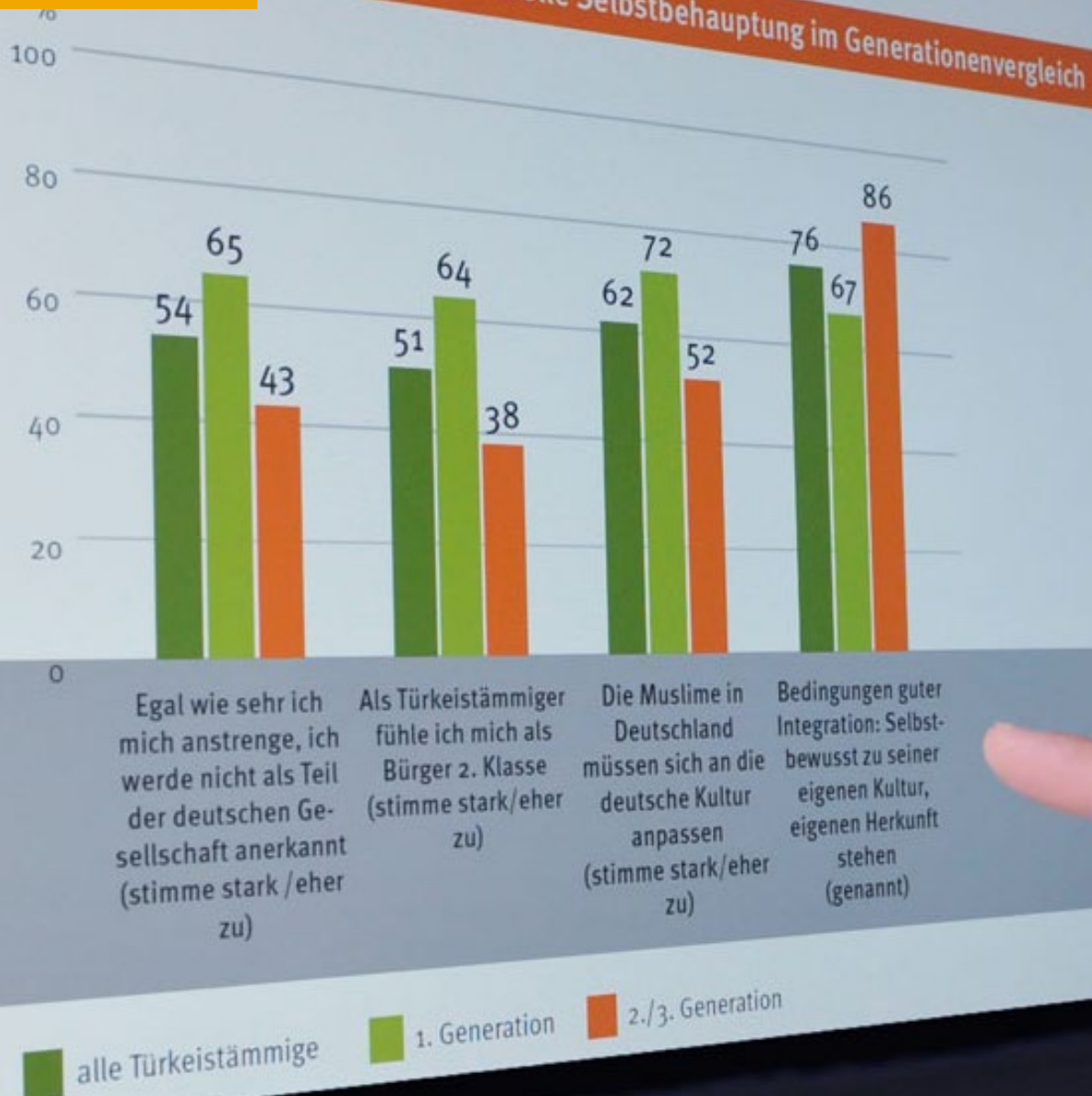


Exzellenzcluster „Religion und Politik“

# › Newsletter

September 2016



## › Inhalt

› Editorial	3
› Aktuelles	5
› Termine	53
› Nachwuchsförderung	60
› Personalien	63
› Gastwissenschaftler	65
› Publikationen – Auswahl	67
› Presseecho – Auswahl	75
› Impressum	79

Titelbild: Foto der Umfrage-Grafik „Empfundene Anerkennung und kulturelle Selbstbehauptung im Generationenvergleich“ aus der Studie „Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland“ (IRST)

Sehr geehrte Damen und Herren,

90 Prozent der Türkeistämmigen in Deutschland fühlen sich nach einer neuen Studie aus unserem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ wohl im Land, doch mehr als die Hälfte sieht sich sozial nicht anerkannt. Die bislang umfassendste Befragung von türkeistämmigen Menschen in Deutschland über Integration und Religiosität, die der Exzellenzcluster im Juni in Berlin präsentierte, stieß in Medien und Politik auf viel Aufmerksamkeit und fand Eingang in öffentliche Diskussionen. Die Erhebung **Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland (IRST)** entstand im Rahmen eines Forschungsprojektes des Teams um den Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack. Die Untersuchung zeigt auch eine vehemente Verteidigung des Islams unter Türkeistämmigen sowie fundamentalistische Haltungen. Eine starke kulturelle Selbstbehauptung wurde besonders in der zweiten und dritten Zuwanderer-Generation deutlich. Der Newsletter stellt die Ergebnisse, genauso wie zahlreiche weitere Forschungsergebnisse aus dem Spannungsfeld von Religion und Politik, ausführlich unter **Aktuelles** vor.

Mit der öffentlichen Ringvorlesung **Religionspolitik heute** hat der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ im Sommersemester 2016 Wissenschaft, Politik, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in einen intensiven Austausch über religionspolitische Grundsatzfragen und aktuelle Konflikte und Lösungswege gebracht. Die Reihe, die in Kooperation mit dem Centrum für Religion und Moderne (CRM) der Uni Münster entstand, ging von der Einschätzung des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Ulrich Willems aus, dass die herkömmlichen Parteien das Politikfeld zu lange vernachlässigt haben und die Bevölkerung nicht ausreichend auf die gewachsene religiöse Vielfalt und nötige Reformen vorbereitet ist. Vor diesem Hintergrund wurde in der Reihe, die auch die Medien stark begleiteten, kontrovers diskutiert, wie sich das Zusam-

menleben ganz unterschiedlicher Religionen künftig rechtlich, politisch und gesellschaftlich so gestalten lässt, dass gleiche Religionsfreiheit gegeben ist. Zur Sprache kamen auch Fallbeispiele und internationale Vergleiche.

Die Beiträge der Ringvorlesung von Mitgliedern des Exzellenzclusters und renommierten Gästen wie dem **Zürcher Philosophen Prof. Dr. Hermann Lübbe** und dem **Göttinger Soziologen Prof. Dr. Matthias Koenig** stießen auf viel Resonanz und Debatten mit dem Publikum – ebenso die Podien mit **Parteienvertretern** wie Volker Beck (Die Grünen), Kerstin Griese (SPD) und Thomas Sternberg (CDU) sowie **Religionsvertretern** wie EKD-Ratsmitglied Stephanie Springer und Mohammad Dawood Majoka von der muslimischen Gemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat.

Auch das Programm der kommenden öffentlichen Ringvorlesung steht fest: Die interdisziplinäre Reihe, die gemeinsam mit dem Sonderforschungsbereich „Kulturen des Entscheidens“ der WWU entsteht, befasst sich mit dem Thema **Religion und Entscheiden**. Die Vorträge gehen der Frage nach, unter welchen sozialen und kulturellen Bedingungen Entscheiden über Religiöses im Allgemeinen und über Glaubensfragen im Besonderen überhaupt erst möglich und wahrscheinlich wird. Die Reihe beginnt am 18. Oktober mit einem Einführungsvortrag des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack und der Historikerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger.

Geprägt war das Sommersemester 2016 am Exzellenzcluster auch stark von den Forschungen des ersten Inhabers der neuen **Hans-Blumenberg-Gastprofessur für Religion und Politik**, Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher. In öffentlichen Vorträgen und im Austausch mit den Mitgliedern des Exzellenzclusters befasste er sich mit dem Reformationsjubiläum 2017 und der protestan-

tischen Frömmigkeitskultur in Deutschland. Die neue Gastprofessur soll dazu beitragen, innovative Impulse aus der internationalen Forschung nach Münster zu bringen, und die interdisziplinäre Anschlussfähigkeit am Exzellenzcluster stärken. Im Wintersemester 2016/2017 wird der Würzburger Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Horst Dreier erwartet. Er befasst sich in seiner Vortragsreihe mit den „Herausforderungen des säkularen Verfassungsstaates“.

Die Nachricht vom bundesweit einzigartigen **Campus der Religionen**, der an der Universität Münster bis zum Jahr 2022 entstehen soll, stieß auf viel positive Resonanz in der Öffentlichkeit. Wir freuen uns, dass die Katholisch-Theologische Fakultät, die Evangelisch-Theologische Fakultät und das Zentrum für Islamische Theologie (ZIT), die am Exzellenzcluster beteiligt sind, wie auch das Centrum für Religion und Moderne (CRM) in einem Gebäudekomplex untergebracht werden. WWU-Rektorin Prof. Dr. Ursula Nelles unterstrich, dass die Universität damit ihr Profil als exzellenter Standort der Religionsforschung weiter ausbaue. Der neue Campus werde auch der Arbeit am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ einen Schub verleihen.

Einen Erfolg konnte auch das „Centrum für Religion und Moderne“ verzeichnen, das im Rahmen des Exzellenzclusters entstand, um dem neuen Schwerpunkt der Religionsforschung in den Rechts-, Geschichts- und Sozialwissenschaften der WWU Rechnung zu tragen: Das Forschungsministerium des Landes NRW bewilligte das Fortschrittskolleg **Religiöse Pluralität und ihre Regulierung in der Region (RePlIR)**. Das CRM hat es zusammen mit dem Centrum für religionswissenschaftliche Studien (CERES) der Universität Bochum beantragt, unter Federführung von Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems vom Vorstand des CRM und des Exzellenzclusters sowie Religionswissenschaftler Prof. Dr. Volkhard Krech von der Universität Bochum.

In einer neuartigen internen Veranstaltungsreihe ist unser Exzellenzcluster in den interdisziplinären Austausch mit dem Exzellenzcluster „Cells in Motion“ (CiM) der WWU eingetreten. Bei den **Zwei-Cluster-Gesprächen an der WWU** geht es um Grundsatzfragen der Forschungsarbeiten der beiden Exzellenzcluster, die aktuell 13 der 15 Fachbereiche unserer Universität abdecken. Bei den ersten Treffen kamen Forscherinnen und Forscher aus Disziplinen wie der Theologie, Soziologie, Philosophie und Altertumskunde sowie der Physik, Medizin, Biologie und Mathematik ins Gespräch. Initiatoren sind der Nuklearmediziner und CiM-Koordinator Prof. Michael Schäfers und der Alttestamentler Prof. Dr. Johannes Schnocks von unserem Forschungsverbund.

Über weitere Veranstaltungen sowie neue Publikationen und Forschungen, auch aus der Nachwuchsförderung des Exzellenzclusters, sowie Aktivitäten zur Wissenschaftskommunikation informiert Sie der Newsletter. Aktuelle Angaben finden sich auch stets unter [www.religion-und-politik.de](http://www.religion-und-politik.de). Sollten Sie den Newsletter weiter empfehlen wollen, findet sich auf der Website eine Bestellmöglichkeit unter [www.religion-und-politik.de/presse/newsletter.shtml](http://www.religion-und-politik.de/presse/newsletter.shtml)

Wir danken für Ihr Interesse. Mit freundlichem Gruß aus Münster

Prof. Dr. Detlef Pollack  
*Sprecher des Exzellenzclusters „Religion und Politik“*

Dr. Iris Fleßenkämper  
*Geschäftsführerin des Exzellenzclusters „Religion und Politik“*

Viola van Melis  
*Leiterin des Zentrums für Wissenschaftskommunikation*

### Exzellenzcluster befragt Türkeistämmige über Integration und Religiosität: Hälfte fühlt sich nicht anerkannt



Prof. Dr. Detlef Pollack, Dr. Olaf Müller und Dr. Gergely Rosta (v.l.)

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ hat eine der bislang umfassendsten Befragungen Türkeistämmiger in Deutschland über Integration und Religiosität durchgeführt. 90 Prozent der Befragten fühlen sich nach der repräsentativen Emnid-Erhebung, die unter der Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack entstand, wohl im Land, doch mehr als die Hälfte sieht sich sozial nicht anerkannt. „Das Bild von der persönlichen Lebenssituation der in Deutschland lebenden Türkeistämmigen ist positiver, als man es angesichts der vorherrschenden Diskussionslage zur Integration erwarten würde“, sagte der Leiter der Studie „Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland“ (IRST) bei der Präsentation der Untersuchung im Juni in Berlin.

Auch Gefühle der Benachteiligung seien unter den Türkeistämmigen nicht weiter verbreitet als in der Gesamtheit Deutschlands. Etwa die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass sie im Vergleich dazu, wie andere in

Deutschland leben, ihren gerechten Anteil erhalten. In der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland sind es nicht mehr, die das von sich sagen, im Osten sogar weniger.

„Woran es aber unter den in Deutschland lebenden Türkeistämmigen mangelt, ist das Gefühl, willkommen heißen und anerkannt zu sein“, führte der Leiter der Studie aus. Gut die Hälfte der Zuwanderer aus der Türkei und ihrer Nachkommen fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, egal wie sehr sie sich anstrengen dazuzugehören.

Für die repräsentative Erhebung, die nach einer Medienkampagne des Zentrums für Wissenschaftskommunikation in mehr als 200 nationalen und internationalen Medien Niederschlag fand, befragte TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters gut 1.200 Zuwanderer aus der Türkei und ihre Nachkommen ab 16 Jahren. Die Befragten der ersten Generation leben im Durchschnitt seit 31 Jahren in Deutschland. 40 Prozent der Befragten wurden in Deutschland geboren. Die Erhebung entstand im Rahmen eines Forschungsprojektes am Exzellenzcluster unter der Leitung von Prof. Dr. Detlef Pollack und der Mitarbeit der Religionssoziologen Dr. Olaf Müller, Dr. Gergely Rosta und Anna Dieler.

### Vehemente Verteidigung des Islam

Der Mangel an sozialer Anerkennung steht in Zusammenhang mit einer teilweise vehementen Verteidigung des Islam, wie der Leiter der Studie ausführte. Im scharfen Gegensatz zur Haltung der Mehrheitsbevölkerung schreiben die Türkeistämmigen dem Islam vor allem positive Eigenschaften wie Solidarität, Toleranz und Friedfertigkeit zu. 83 Prozent der Zuwanderer und ihrer Nachkommen erklären, es mache sie wütend, wenn nach einem Terroranschlag als erstes Muslime verdächtigt werden. Drei Viertel plädieren für ein Verbot von Büchern und Filmen,

die die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen. Zwei Drittel der Befragten denken, der Islam passe durchaus in die westliche Welt, während 73 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland das Gegenteil meinen.

„Offenbar liegen die Integrationsprobleme stark auf der Ebene der Wahrnehmung und Anerkennung“, so Prof. Pollack. „So wichtig es ist, eine Wohnung und Arbeit zu haben, so wichtig ist es, dass die Bevölkerung den Zugewanderten mit Wertschätzung begegnet. Aus Sicht der muslimischen Minderheit handelt es sich beim Islam um eine angegriffene Religion, die vor Verletzungen, Vorurteilen und Verdächtigungen zu schützen ist.“

### Unterschiede zwischen den Generationen

Zugleich lassen die Ergebnisse einen beträchtlichen Anteil an islamisch-fundamentalistischen Einstellungen erkennen, die schwer mit den Prinzipien moderner Gesellschaften zu vereinen sind, wie der Soziologe darlegte. Die Hälfte der Befragten stimmt dem Satz zu „Es gibt nur eine wahre Religion“. 47 Prozent halten die Befolgung der Islam-Gebote für wichtiger als die deutschen Gesetze. Ein Drittel meint, Muslime sollten zur Gesellschaftsordnung aus Mohammeds Zeiten zurückkehren. 36 Prozent sind überzeugt, nur der Islam könne die Probleme der Zeit lösen. Prof. Pollack betonte, der Anteil derer mit verfestigtem fundamentalistischem Weltbild liege immerhin bei 13 Prozent.

Allerdings sieht das Forscherteam unter Leitung des Soziologen beachtliche Unterschiede zwischen der ersten Generation, das heißt denjenigen, die als Erwachsene nach Deutschland eingewandert sind, und der zweiten und dritten Generation, also denjenigen, die in Deutschland geboren wurden oder als Kind kamen. Der Anteil mit fundamentalistischem Weltbild liegt in der ersten Generation bei 18 Prozent, in der zweiten und dritten nur noch bei 9 Prozent. Auch sind es unter den Befragten der ersten Generation mehr, die den Glauben sehr streng

leben: Während 27 Prozent von ihnen meinen, Muslime sollten einem Menschen des anderen Geschlechts nicht die Hand schütteln, denken dies 18 Prozent der zweiten und dritten Generation. Dass Frauen ein Kopftuch tragen sollten, meinen in der ersten Generation 39 Prozent, in den Folgegenerationen 27 Prozent. Auch der Anteil der muslimischen Frauen, die tatsächlich ein Kopftuch tragen, geht von 41 auf 21 Prozent zurück.



Pressekonferenz (Viola van Melis und Prof. Dr. Detlef Pollack)

„Folglich kann die Popularität fundamentalistischer Haltungen künftig weiter sinken, sofern die Integration der jüngeren Zuwanderergeneration weiter gut verläuft.“ Als wichtigste Einflussfaktoren gegen fundamentalistische Meinungen kristallisierten sich in der Studie häufige Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft, gute Deutschkenntnisse und die Einbindung in den Arbeitsmarkt heraus. Hinderlich sind Kontakte vorwiegend innerhalb der muslimischen Gemeinschaft sowie das verbreitete Gefühl mangelnder Anerkennung.

### Zweite und dritte Generation besser integriert

Die Türkeistämmigen der zweiten und dritten Generation fühlen sich laut der Umfrage mit 43 Prozent weniger durch die Mehrheitsgesellschaft abgelehnt als die erste Generation mit 65 Prozent. Auch sind die Angehörigen der zweiten und dritten Generation in vielem besser integriert, wie Zuwächse bei Schulabschlüssen, Deutschkennt-

nissen und Kontakten zu Deutschen zeigen. „Allerdings pocht die zweite und dritte Generation weit mehr auf kulturelle Selbstbehauptung als die erste“, sagte der Soziologe. Dass sich Muslime an die deutsche Kultur anpassen sollten, meinen 72 Prozent der älteren Generation und 52 Prozent der jüngeren. 86 Prozent der zweiten und dritten Generation denken, man solle selbstbewusst zur eigenen Herkunft stehen, aber nur 67 Prozent der ersten Generation.

„Obwohl die in Deutschland Geborenen oder als Kind Eingewanderten besser integriert sind, schlägt das Pendel bei ihnen mehr in Richtung Selbstbehauptung aus als bei denen, die als Erwachsene kamen“, sagte der Forscher. Das lasse sich als Abgrenzung der Jüngeren von den Älteren erklären sowie mit höheren Ansprüchen an Bildung und Lebensgestaltung.

### „Beide Seiten sind gefragt, ihre Haltung zu ändern“

„Politik und Zivilgesellschaft sollten dringend mehr Kontakte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen fördern“, unterstrich der Wissenschaftler. „Ob in Sportvereinen, Schulen, Bildungshäusern, Kirchen- oder Moscheegemeinden: Sie sollten sich treffen, gemeinsam aktiv werden, vorurteilsfrei diskutieren oder feiern. Signale mangelnden Respekts und verweigerter Anerkennung sind zu vermeiden.“

„Beide Seiten sind gefordert“, sagte Prof. Pollack. „Die deutsche Mehrheit sollte mehr Verständnis für die spannungsreiche Lage der Türkeistämmigen – zwischen Herkunftsprägung und Anpassung – aufbringen.“ Sie solle differenziert wahrnehmen, dass die Mehrheit der Zugewanderten keine fundamentalistische Einstellung aufweise. Die Türkeistämmigen wiederum sollten auf Vorbehalte nicht nur empört reagieren, sondern sich auch kritisch mit den gleichwohl anzutreffenden fundamentalistischen Tendenzen in den eigenen Reihen auseinandersetzen.

## Nationales und internationales Medienecho

Zahlreiche nationale und internationale Medien haben über die Studie „Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland“ (IRST) unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack berichtet. Die nationale und internationale Berichterstattung im Anschluss an eine Pressekonferenz des Zentrums für Wissenschaftskommunikation zur Präsentation der Forschungsergebnisse in Berlin umfasste rund 200 Beiträge in Print und Online, Radio und Fernsehen. Die Nachrichten, Interviews, Reaktionen und Kommentare beschäftigten sich mit den vielfältigen Ergebnissen der Studie zu Integration und Religiosität.

Es berichteten und kommentierten etwa die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel, Die Welt, Deutschlandradio und WDR sowie Online-Medien wie Spiegel Online, Zeit.de und Focus.de. Es befassten sich damit auch internationale Medien wie die britische Zeitung „Daily Express“, die türkischen Tageszeitungen „Zaman“ und „Hürriyet“, das russische Nachrichtenportal „Russia Today online“, die chinesische und türkische Redaktion der „Deutschen Welle“ sowie ungarische Nachrichtenportale wie „Origo“ und „Mandiner“.

### Erklärvideos und öffentliche Reaktionen

Zur hohen Verbreitung trugen Nachrichten und Berichte der Nachrichtenagenturen Deutsche Presse-Agentur (dpa), der französischen Agence France-Presse (AFP), des Evangelischen Pressedienstes (epd) und der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) bei. Die ZDF-Nachrichtensendung „heute plus“ fasste die Ergebnisse der Studie in einem **Erklärvideo** zusammen. Die nachrichtliche Berichterstattung wurde ergänzt durch Kommentare und durch öffentliche Reaktionen, etwa des Schriftstellers Feridun Zaimoglu und des Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland (tgd), Safer Cinar.

Viele Medien stellten das Fremdheitsgefühl der Mehrheit der Türkeistämmigen ins Zentrum ihrer Berichterstattung: „Angekommen, aber auf Distanz“, schrieb etwa die F.A.Z. im Aufmacher ihrer Titelseite. Andere Berichte befassten sich mit dem Anteil an islamisch-fundamentalistischen Einstellungen, den die

Studie ergab. So stellte der Bayerische Rundfunk die Studie unter dem Titel „Koran statt Grundgesetz“ vor. Der Exzellenzcluster stellt mit dem integrierten Zentrum für Wissenschaftskommunikation seit Jahren seine Expertise in aktuellen Fragen öffentlich zur Verfügung.



## Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › [Angekommen, aber auf Distanz](#)  
Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 16. Juni 2016
- › Türkischstämmige sehen sich integriert, aber nicht anerkannt  
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 2016
- › Kommentar „Integrationskraft“  
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 2016
- › [Studie zu Deutschtürken](#)  
ZDF-Nachrichtensendung heute vom 16. Juni 2016
- › Beitrag zur Studie „Integration und Religion bei Türkeistämmigen in Deutschland“  
3sat Kulturzeit vom 16. Juni 2016, ab Minute 10:08
- › [Deutsch-Türken fühlen sich hier wohl, aber...](#)  
Deutschlandfunk, „Aus Kultur- und Sozialwissenschaften“, vom 16. Juni 2016

## Zur Emnid-Umfrage: Warum Minderheiten befragen?

Für die repräsentative Erhebung befragte das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster gut 1.200 Zuwanderer aus der Türkei und ihre Nachkommen ab 16 Jahren zu Integration, Religiosität und Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft. Die Interviews fanden zwischen November 2015 und Februar 2016 telefonisch statt, teils in deutscher, teils in türkischer Sprache.

„Angesichts der wachsenden Religionsvielfalt verlaufen Spannungslinien oft zwischen der Mehrheitsgesellschaft und religiösen oder ethnischen Minderheiten“, erläuterte Prof. Pollack. „Daher reicht es nicht, nur Haltungen, Normen und Selbstbild der Mehrheit zu erfassen. Vielmehr gilt es, auch die Meinungen, Deutungen, Wünsche und

Abneigungen von Minderheiten sorgfältig zu analysieren. Eine genaue Erfassung von Einstellungen und Haltungen ist nicht überflüssig, denn politische und rechtliche Regelungen greifen nur in dem Maße, wie sie in der Bevölkerung und auch bei Minderheiten auf Unterstützung stoßen.“

Die Befragten der ersten Generation leben im Durchschnitt seit 31 Jahren in Deutschland. 40 Prozent der Befragten wurden in Deutschland geboren. 28 Prozent haben die deutsche Staatsbürgerschaft, 58 Prozent die türkische, 8 Prozent haben einen deutschen und einen türkischen Pass, 5 Prozent einen türkischen und einen weiteren.



## Weitere Ergebnisse

Weitere Ergebnisse der Befragung von Türkeistämmigen in Deutschland über Integration und Religion lassen sich in der [Langfassung der Studie](#) und in einer [Zusammenfassung](#) auf der Website [www.religion-und-politik.de](http://www.religion-und-politik.de) des Exzellenzclusters nachlesen.

## Befragung von Syrischstämmigen: Positive Haltung gegenüber neu ankommenden Flüchtlingen

Für die Studie über Integration und Religion hat das Forscherteam um den Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack mit TNS Emnid auch Mitglieder der syrischstämmigen Minderheit in Deutschland befragt, die überwiegend muslimisch geprägt ist. Die schon länger in Deutschland lebenden Syrischstämmigen sagten etwa, was sie unter einer geglückten Integration verstehen, als wie integriert sie sich selbst im Hinblick auf Sprache, Kultur oder den Arbeitsmarkt einschätzen, welche Ausgrenzungen sie erfahren haben und welche Rolle sie Religionen in der Gesellschaft zuschreiben.

Demnach begrüßen vier Fünftel der zwischen Dezember 2015 und März 2016 befragten Syrischstämmigen die offene Politik Deutschlands gegenüber Flüchtlingen, die Hälfte der Befragten plädiert jedoch für eine Aufnahme-Obergrenze. Drei Viertel der Befragten zeigen Solidarität mit den Neuankömmlingen aus Syrien, nur ein Drittel befürchtet, dass sich die eigene Situation nun verschlechtere, wie die repräsentative Erhebung unter den syrischstämmigen Zuwanderern und ihren Nachkommen weiter ergab. Zugleich fragen sich nach der bundesweiten Erhebung 46 Prozent, ob unter den neu ankommenden Flüchtlingen nicht auch viele Terroristen seien.

71 Prozent der Befragten sind der Überzeugung, dass die meisten ihrer geflüchteten Landsleute nach Syrien zurückkehren wollen, wenn der Krieg vorbei ist, wie Prof. Pollack erläutert. Genauso hoch ist der Anteil derer, die meinen, „Deutschland kann es schaffen, die Probleme bei der Aufnahme der vielen Flüchtlinge zu bewältigen“. Dabei sind jedoch etwa zwei Drittel der Ansicht, dies könne nur gelingen, wenn sich in Staat und Gesellschaft noch viel ändere.

Für diese Erhebung befragte das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ insgesamt 500 Zuwanderer aus Syrien und ihre Nachkommen. Sie leben im Durchschnitt seit 20 Jahren in Deutschland, mindestens seit einem Jahr, andere seit vier Jahrzehnten. 20 Prozent der Befragten wurden in Deutschland geboren, 80 Prozent nicht. Die Hälfte hat die deutsche Staatsbürgerschaft, ein Drittel die syrische, elf Prozent haben einen deutschen und einen syrischen Pass, vier Prozent einen syrischen und einen weiteren.

## Viel Vertrauen in deutsche Fähigkeit zur Problemlösung

Religionssoziologe Prof. Pollack: „Insgesamt überwiegt unter den aus Syrien Zugewanderten und ihren Nachkommen die Offenheit gegenüber den neuankommenden Flüchtlingen und die Solidarität mit ihnen. Dabei ist es erstaunlich, wie groß das Vertrauen in die Fähigkeit Deutschlands ist, mit den Problemen in der Flüchtlingspolitik fertigzuwerden. Zugleich – und hier unterscheiden sich die syrischstämmigen Befragten kaum von der deutschen Mehrheitsgesellschaft – wird die klare Erwartung an die deutsche Politik und Gesellschaft gerichtet, den Integrationsprozess aktiv zu gestalten.“ Angesichts der Herausforderungen seien die Befragten nicht frei von Befürchtungen, etwa, was eine wachsende Konkurrenz im wirtschaftlichen und sozialen Bereich angehe. „Relativ groß ist auch die Angst, dass unter den Flüchtlingen viele

Terroristen sein könnten – auch dies eine Sorge, die die Befragten mit vielen Menschen in der Mehrheitsgesellschaft teilen.“

### Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › [Deutsche Syrer für Obergrenze und mehr Offenheit](#)  
ZEIT ONLINE vom 7. April 2016
- › [Migranten-Studie: Wovor die Syrer sich in Deutschland fürchten](#)  
WELT Online vom 7. April 2016
- › [Syrer wollen Obergrenze](#)  
Süddeutsche Zeitung vom 8. April 2016
- › [Studie: In Deutschland lebende Syrer offen und solidarisch](#)  
dpa-Basisdienst vom 7. April 2016
- › [Syrer vertrauen in Deutschland](#)  
Handelsblatt Online vom 7. April 2016
- › [In Deutschland lebende Syrer offen und solidarisch](#)  
WELT Online vom 7. April 2016
- › [Umfrage in der Flüchtlingskrise: Deutsch-Syrer glauben an "Wir schaffen das"](#)  
ntv Online vom 7. April 2016

## Erster Theologien-Campus Deutschlands



Areal des geplanten Campus' der Religionen

Die Universität Münster wird bis zum Jahr 2022 einen bundesweit einzigartigen Campus der Religionen bauen. Die Katholisch-Theologische Fakultät, die Evangelisch-Theologische Fakultät und das Zentrum für Islamische Theologie (ZIT), die auch am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ beteiligt sind, werden hinter dem Hüfferstift und entlang der Robert-Koch-Straße in einem Gebäudekomplex untergebracht werden, wie Rektorin Prof. Dr. Ursula Nelles mitteilte.

Bereits im kommenden Jahr soll damit begonnen werden, das Gebäude Robert-Koch-Straße 26-28 abzureißen. Die genaue Raumaufteilung wird allerdings erst nach dem Ende eines Architektenwettbewerbs und unter Einbeziehung des Gebäudes Robert-Koch-Straße 30 feststehen. „Damit wird die Universität Münster ihr Profil als exzellenter Standort der theologischen Forschung weiter ausbauen. Vor uns liegt eine großartige Chance: Ich bin froh darüber, dass es darüber einen breiten Konsens in der Universität gibt“, betonte Prof. Dr. Ursula Nelles. Sie zeigte sich überzeugt, der neue Campus werde auch der Arbeit am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ einen Schub verleihen.

Der Neubau wird rund 14.500 Quadratmeter groß sein und Platz für etwa 430 Beschäftigte bieten; er ist damit auch für knapp 4.000 Studierende die erste Anlaufstelle. Eine mehr als 3.000 Quadratmeter große gemeinsame Bibliothek wird einen Bestand von etwa 560.000 Bänden aufweisen. Möglicherweise wird es auch einen „Ort der religiösen Begegnung“ geben.

### Christlich-islamische Gespräche

„Das ist eine große Chance für die Ökumene und für einen intensiven Austausch der christlichen Theologien mit den Muslimen“, unterstrich Prof. Dr. Judith Köne- mann, Dekanin der Katholisch-Theologischen Fakultät und Mitglied des Exzellenzclusters „Religion und Politik“. Prof. Dr. Hermut Löhr, Dekan der Evangelisch-Theologi- schen Fakultät und Mitglied des Exzellenzclusters, fügte hinzu: „Wir machen deutlich, dass wir den gläubigen Muslimen und der islamischen Theologie einen Raum bieten. Zudem kann das Gespräch zwischen den Religi- onen das innerislamische Gespräch weit über Münster hinaus anregen.“

Aus religionsrechtlichen Gründen bleiben die Fachberei- che allein für die Durchführung von Berufungs-, Pro- motions- und Habilitationsverfahren, die Bestellung von Lehrpersonal sowie den Erlass von Prüfungs- und Studi- enordnungen zuständig, soweit es nicht ausschließlich um die administrative Abwicklung geht.

### Finanzierung mit Unterstützung des Landes

Das Investitionsvolumen für den Theologien-Campus liegt insgesamt im mittleren zweistelligen Millionenbe- reich, die Universität selbst wird rund 23 Millionen Euro beisteuern. „Wir sind davon überzeugt, dass es sich für die Universität um eine langfristig sinnvolle Investition han- delt“, betont Kanzler Matthias Schwarte. „Wir sind aber auch dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministe- rium außerordentlich dankbar dafür, dass es eine anteilige

Finanzierung unabhängig von den laufenden Baupro- grammen sichergestellt hat. Ohne die Hilfe des Landes wäre dieses Vorhaben nicht möglich.“

### Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ brachte Wissenschaft, Politik und Religionen ins Gespräch

Die öffentliche Ringvorlesung des Exzellenzclusters „Reli- gion und Politik“ und des Centrums für Religion und Moderne (CRM) der Universität Münster hat im Som- mersemester 2016 das Thema „Religionspolitik heute. Problemfelder und Perspektiven in Deutschland“ erörtert. Die interdisziplinäre Reihe befasste sich in Vorträgen und Podien mit religionspolitischen Grundsatzfragen sowie aktuellen Konflikten und Lösungen, auch im internatio- nalen Vergleich. Die Reihe brachte Wissenschaft, Politik, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften konstruktiv ins Gespräch, wie Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems vom Exzellenzcluster „Religion und Poli- tik“ der Uni Münster sagte.

Unter den Rednern waren renommierte Gäste wie der **Zürcher Philosoph Prof. Dr. Hermann Lübbe** und der **Göttinger Soziologe Prof. Dr. Matthias Koenig**, die **Parteienvertreter** Volker Beck (Die Grünen), Kerstin Griese (SPD) und Thomas Sternberg (CDU) sowie **Religi- onsvertreter** wie EKD-Ratsmitglied Stephanie Springer und Mohammad Dawood Majoka von der muslimischen Gemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat.

Der Exzellenzcluster stellt mit dem Zentrum für Wis- senschaftskommunikation seit Jahren seine Expertise in aktuellen Fragen öffentlich zur Verfügung. Ausgewählte Beiträge der Ringvorlesung lassen sich auf der Website des Exzellenzclusters als **Ton-** und **Film-**Mitschnitt anhö- ren und -sehen. Die Einzelthemen der Reihe werden im Newsletter in der Rubrik **Ringvorlesung „Religions-**

politik heute. Problemfelder und Perspektiven in Deutschland“ beleuchtet. Politikwissenschaftler Ulrich Willems hat die Reihe gemeinsam vorbereitet mit dem Religionssoziologen und Sprecher des Exzellenzclusters, Prof. Dr. Detlef Pollack, der Leiterin des Zentrums für Wissenschaftskommunikation, Viola van Melis, und dem Historiker und wissenschaftlichen Mitarbeiter im CRM, Dr. Daniel Gerster.

Zur Erläuterung des Veranstaltungsthemas „Religionspolitik heute“ verwies Politikwissenschaftler Willems auf aktuelle Herausforderungen: Die herkömmlichen Parteien hätten das Politikfeld „lange vernachlässigt“. Sie sollten sich angesichts von Anti-Islam-Äußerungen der AfD im Frühjahr und Sommer 2016 dringend der Religionspolitik zuwenden. „Wir haben ein hohes Niveau der Polarisierung erreicht, die Verschärfung war

lange vorherzusehen“. Jetzt sollten endlich alle Parteien eine offene und sachliche Debatte über die Rolle der christlichen Kirchen, des Islams und anderer religiöser Minderheiten sowie der Konfessionslosen führen. „Wir brauchen auch differenzierte Gespräche darüber, ob sich das Modell einer engen Staat-Kirche-Kooperation noch eignet, um den religiösen Mehr- und Minderheiten gleichermaßen Religionsfreiheit zu gewähren. Bisher sind sich die Gruppen sogar oft innerhalb der herkömmlichen Parteien nicht einig.“

### Kopftuch, Schächten, Islamunterricht

Die öffentliche Reihe „Religionspolitik heute“ des Exzellenzclusters und des Centrum für Religion und Moderne (CRM) zielte darauf ab, eine differenzierte Debatte über

religionspolitische Grundsatzfragen und aktuelle Konflikte und Lösungswege zu stärken. „Da andere Länder in der Religionspolitik weiter sind als Deutschland, haben wir auch internationale Beispiele herangezogen“, so Prof. Willems. Er unterstrich, die deutsche Politik habe die Bevölkerung nicht rechtzeitig auf die Religionsvielfalt vorbereitet und religionspolitische Debatten und Entscheidungen vermieden. „Die Konflikte werden stattdessen den Gerichten überlassen. Dabei besteht erheblicher Problemdruck, wie die Konflikte um Kopftuch, Schächten, Beschneidung, Islamunterricht oder Moscheebau zeigen.“

Der Forscher plädierte weiter dafür, konsensfähige Regeln für die religiösen Praktiken verschiedener Religionsgemeinschaften in demokratischen Verfahren zu entwickeln. Die Politik sei gut beraten, bundesweit Diskussionsprozesse über allgemeine und konkrete religionspolitische Fragen in Gang zu bringen, wie dies in Kanada gelungen sei, so Willems. „Entscheidend ist es, in welchen Verfahren und Foren sich religionspolitische Debatten und Entscheidungen künftig organisieren lassen.“ Ein Anfang sei die Deutsche Islam Konferenz (DIK) in Berlin. Weitere Foren, auch auf Länder- und Kommunenebene, sollten folgen.

### Wollen Muslime Sonderrechte?

„Nur wenn die Bevölkerung ein Verständnis für die Realität der religiösen Vielfalt entwickelt, können Abwägungsprozesse um die Rechte religiöser und nicht-religiöser Mehrheiten und Minderheiten gelingen, etwa hinsichtlich religiöser Bekleidungsvorschriften oder Feiertage“, so Willems. Andernfalls nehme die christliche und konfessionslose Mehrheit Forderungen der muslimischen Minderheit so wahr, als wolle sie Sonderrechte durchsetzen oder als sei die säkulare Grundordnung in Gefahr. „Umgekehrt meinen Minderheiten, sie würden nicht anerkannt und von Mehrheitstraditionen bestimmt.“



In der öffentlichen Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ sprachen Vertreterinnen und Vertreter der Politik-, Rechts- und Geschichtswissenschaft, Soziologie, Theologie und Kommunikationswissenschaft in Vorträgen und Kommentaren.

Auf den Podien unter dem Titel „Reformdruck in der Religionspolitik?“ positionierten sich die Parteienvertreter Volker Beck (Die Grünen), Kerstin Griese (SPD) und Thomas Sternberg (CDU) und diskutierten mit Politikwissenschaftler Ulrich Willems. Zudem waren Positionen aus Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu hören: Avichai Apel vom Vorstand der Orthodoxen Rabbinerkonferenz, Michael Bauer vom Humanistischen Verband Deutschlands, der Leiter der Abteilung für externe Angelegenheiten der muslimischen Gemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland, Mohammad Dawood Majoka, und Stephanie Springer, Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Präsidentin des Landeskirchenamtes der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Sie diskutierten mit der katholischen Theologin und Sozialethikerin Marianne Heimbach-Steins vom Exzellenzcluster.

Im Wintersemester 2016/2017 lädt der Exzellenzcluster zur **Ringvorlesung „Religion und Entscheiden“** ein. Die Reihe, die gemeinsam mit dem Sonderforschungsbereich „Kulturen des Entscheidens“ der WWU entsteht, beginnt am Dienstag, 18. Oktober 2016, mit einem Einführungsvortrag des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack und der Historikerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger.

### Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › [Moscheesteuer hin, Minarettverbot her](#)  
Deutschlandfunk vom 26. April 2016
- › [Religionspolitiker reden über Muslime ohne Muslime](#)  
Migazin vom 30. Juni 2016
- › „Großkirchliche Schlagseite“  
Westfälische Nachrichten vom 12. Mai 2016
- › [„Es muss neue Formen der Anerkennung für Muslime geben“](#)  
WDR 3 „Mosaik“ vom 10. Mai 2016
- › [Islamverbände sollen Religion machen, nicht Politik](#)  
Radio Vatikan vom 30. Juni 2016
- › Griese: Muslimische Verbände müssen zum Rechtsstaat stehen  
epd-Zentralausgabe vom 29. Juni 2016

## Erster Hans-Blumenberg-Gastprofessor gab wichtige Impulse

Der international renommierte Bochumer Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher war im Sommersemester 2016 als erster Inhaber der neu eingerichteten „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ in Münster. In öffentlichen Vorträgen und in seinen Forschungen befasste er sich mit dem Reformationsjubiläum 2017 und der protestantischen Frömmigkeitskultur in Deutschland.

Historiker Lucian Hölscher nahm in seinem Auftaktvortrag im Sommersemester kritisch unter die Lupe, wie Staat und Kirche an die Reformation vor 500 Jahren erinnern. Unter dem Titel „500 Jahre Reformation in Deutschland – Wie erinnern wir uns daran?“ schlug er eine neue Lesart der Reformation vor. Staat und Kirchen sollten das Jubiläum „in Erinnerung an die gesamteuropäische Erneuerung des Glaubens vor 500 Jahren“ feiern. Dem Vortrag folgten drei weitere öffentliche Vorträge zur Geschichte der protestantischen Frömmigkeitskultur. Die Einzelthemen der Vorträge werden ausführlich im Newsletter unter [Hans-Blumenberg-Gastprofessur für Religion und Politik](#) dargelegt.

Die neue „Hans-Blumenberg-Gastprofessur für Religion und Politik“ soll dazu beitragen, innovative Impulse aus der internationalen Forschung nach Münster zu bringen, und die interdisziplinäre Anschlussfähigkeit am Exzellenzcluster stärken. In den kommenden Semestern werden weitere renommierte Forscherinnen und Forscher aus wechselnden Disziplinen auf die Hans-Blumenberg-Gastprofessur berufen.

Im Wintersemester 2016/2017 wird der Würzburger [Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Horst Dreier](#) erwartet.

Er befasst sich in seiner Vortragsreihe ab dem 14. November mit dem Thema „Herausforderungen des säkularen Verfassungsstaates“. Die Gastprofessur – benannt nach dem einflussreichen Münsteraner Philosophen Hans Blumenberg (1920-1996) – wird auf Vorschlag der Hauptantragstellerinnen und Hauptantragsteller des Exzellenzclusters für je ein Semester besetzt. Die Mitglieder des Exzellenzclusters arbeiten kultur- und epochenübergreifend, historisch und gegenwartsbezogen sowie bekenntnisneutral und bekenntnisgebunden. Damit ist Münster zu einem in Größe und Vielfalt herausgehobenen Standort für interdisziplinäre Religionsforschung geworden.

### Geschichte der protestantischen Frömmigkeit

Während der Gastprofessur in Münster arbeitete Prof. Hölscher an seinem zweiten Band zur „Geschichte der protestantischen Frömmigkeit“. Der erste Band, der von der Reformation bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts reicht, zählt zu seinen bedeutendsten Werken. „Lucian Hölscher gehört zu den international führenden Vertretern der Sozial-, Kultur- und Religionsgeschichte der Neuzeit und hat wichtige Impulse für eine Theorie der Geschichte gegeben“, unterstrich der Sprecher des Exzellenzclusters, Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack. „Seine Forschungsergebnisse sind für unsere Arbeit von hohem Interesse.“

### Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › Die Reformation neu sehen (Gastbeitrag über das Reformationsjubiläum 2017)  
Süddeutsche Zeitung vom 13. April 2016
- › Hölscher spricht über Frömmigkeit  
Westfälische Nachrichten vom 25. April 2016
- › Lucian Hölscher lehrt in Münster  
Münstersche Zeitung vom 1. April 2016

## Zwei-Cluster-Gespräche an der WWU zwischen Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften



Interdisziplinäre Gespräche an der WWU

Die beiden Exzellenzcluster „Religion und Politik“ und „Cells in Motion“ (CiM) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) pflegen in einer neuartigen internen Veranstaltungsreihe den interdisziplinären Austausch über Grundsatzfragen ihrer Forschungsarbeiten. Bei den ersten Treffen der „Zwei-Cluster-Gespräche an der WWU“ kamen Forscherinnen und Forscher aus Disziplinen wie der Theologie, Soziologie, Philosophie und Altertumskunde sowie der Physik, Medizin, Biologie und Mathematik ins Gespräch. Aus der Perspektive der unterschiedlichen Fächerkulturen debattierten sie etwa Fragen der Wahrnehmung, der Erkenntnistheorie und der Anthropologie und stellten teils überraschende Überschneidungen zwischen den Wissenschaftskulturen fest.

Initiatoren der internen Veranstaltungsreihe sind der Nuklearmediziner Prof. Michael Schäfers, einer der drei Koordinatoren von „Cells in Motion“, und der Alttestamentler Prof. Dr. Johannes Schnocks vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“. Nach den ersten Treffen betonten sie: „Das Gegenüber der anderen Wissenschaftskultur und die offene Gesprächsatmosphäre waren so stimulierend, dass wir unbedingt weitere Gespräche über die Fächergrenzen hinweg ins Auge fassen.“ Als Ort der Begegnung dient

den Forscherinnen und Forschern aus Natur-, Technik-, Geistes- und Sozialwissenschaften das geschichtsträchtige Kaminzimmer im Haus der Niederlande in Münster.

### Brücke für interdisziplinäre Fragestellungen

Eröffnet werden die Gespräche jeweils mit einem Impuls aus der aktuellen Arbeit von Mitgliedern der Exzellenzcluster. Zum Auftakt besuchten die Forscherinnen und Forscher die CiM-Ausstellung „Innere Welten– Zellen in Bewegung von mikro bis makro“, deren Bilder eindrucksvolle Einblicke ins Körperinnere geben, und tauschten sich über Fragen der Wahrnehmung und Bildlichkeit in den unterschiedlichsten Disziplinen aus. Das setzte sich in Gesprächen über den Realitätsbezug und die Subjektivität in den verschiedenen Wissenschaften fort.

Auch der Philosoph Prof. Dr. Michael Quante vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“, der bei einem Gesprächsabend über die philosophische Anthropologie als Brücke für interdisziplinäre Fragestellungen sprach und Mitautor einer grundlegenden [Studie zur Interdisziplinarität](#) ist, hob die Bedeutung der Zwei-Cluster-Gespräche hervor: „Eine fächerübergreifende Arbeitsweise ist zu einem wichtigen Teil moderner Wissenschaft geworden.“ Viel zu selten gebe es allerdings Initiativen zu fächerübergreifenden Gesprächen wie die der beiden Exzellenzcluster.

### Kooperation in der Wissenschaftskommunikation

Die beiden Exzellenzcluster stehen seit 2012 auch im Austausch über die [Wissenschaftskommunikation](#) zur Vermittlung ihrer Forschungsergebnisse an die Öffentlichkeit. Sie bereiten die wissenschaftlichen Erkenntnisse in unterschiedlichsten Formaten wie Ausstellungen, Dialogveranstaltungen, Audio- und Video-Angeboten sowie in einer intensiven Medienarbeit auf.

## Die Exzellenzcluster an der WWU

Die beiden Exzellenzcluster an der Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU) – der geistes- und sozialwissenschaftliche Exzellenzcluster „Religion und Politik“ und der medizinisch-naturwissenschaftliche Forschungsverbund „Cells in Motion“ – decken aktuell 13 der 15 Fachbereiche der WWU ab.

Mit dem **Exzellenzcluster „Religion und Politik“** ist die Universität Münster zu einem international angesehenen Standort für interdisziplinäre Religionsforschung und zum Anziehungspunkt für exzellente Geistes- und Sozialwissenschaftler aus aller Welt geworden. Rund 200 Wissenschaftler aus 20 Fächern und 14 Nationen erforschen seit 2007 das Verhältnis von Religion und Politik von der Antike bis heute.

Der **Exzellenzcluster „Cells in Motion“ (CiM)** ist ein Verbund von mehr als 90 Forschergruppen der Universität Münster und des Max-Planck-Instituts für molekulare Biomedizin. Um das dynamische Zusammenspiel von Zellen in Organismen zu erforschen, entwickeln und nutzen sie Verfahren der biomedizinischen Bildgebung. Diese Strategie verbindet verschiedene wissenschaftliche Disziplinen – von Medizin und Biologie über Chemie und Pharmazie bis zu Physik, Mathematik und Informatik.

## Fortschrittskolleg zur religiösen Pluralität bewilligt

Das Forschungsministerium des Landes NRW hat das Fortschrittskolleg „Religiöse Pluralität und ihre Regulierung in der Region“ (RePliR) bewilligt. Es war vom Centrum für Religion und Moderne (CRM) der Universität Münster zusammen mit dem Centrum für religionswissenschaftliche Studien (CERES) der Ruhr-Universität Bochum beantragt worden, unter Federführung von Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems vom Vorstand des CRM und des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ sowie Religionswissenschaftler Prof. Dr. Volkhard Krech von der Universität Bochum.



„Wir wollen die Bedingungen und Voraussetzungen ermitteln, die ein friedliches Zusammenleben von unterschiedlichen Religionen wie von religiösen und nicht-religiösen Traditionen ermöglichen. Dabei werden sowohl das alltägliche Miteinander in Kindergarten, Schule und am Arbeitsplatz als auch der politische und rechtliche Umgang mit religiöser Pluralität in den Blick genommen“, erläuterte der stellvertretende Sprecher des Kollegs, Prof. Willems.

Das Fortschrittskolleg untersucht die Herausforderungen, die sich aus den Veränderungen der religiösen Landschaft in Deutschland ergeben, mit besonderer Berücksichtigung der Situation in den Regionen Münsterland und Ruhrgebiet. Das Kolleg richtet seine Aufmerksamkeit insbesondere auf die Regulierungsversuche, mit denen Politik und Gesellschaft auf religiöse Pluralität reagieren, sowie deren Auswirkungen und Konfliktpotentiale. Durch die Kombination von empirischen und normativen Studien sollen best-practice-Beispiele identifiziert sowie mögliche Lösungsansätze und Handlungsmodelle entwickelt



werden. Ab Oktober 2016 sollen elf Doktorandinnen und Doktoranden aus verschiedenen Disziplinen zu theologischen, ökonomischen, juristischen, stadt-geografischen, sozialen, medialen und politischen sowie religionswissenschaftlichen und schulpädagogischen Fragestellungen promovieren.

Das Fortschrittskolleg ist ein Förderinstrument der Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Strategie ist auf die Erforschung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit ausgerichtet und soll neben wissenschaftlichen Erkenntnissen praktische und nachhaltige Handlungsstrategien für Politik und Gesellschaft aufzeigen. Dazu werden eine vertiefte interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Kooperation mit „Praxispartnern“ angestrebt. Das MIWF fördert in der anstehenden Projektphase sechs Fortschrittskollegs mit Mitteln in Höhe von insgesamt 16 Millionen Euro über den Zeitraum von viereinhalb Jahren mit der Möglichkeit einer einmaligen Verlängerung.

### Neue Ringvorlesung „Religion und Entscheiden“



Mit dem Thema „Religion und Entscheiden“ befasst sich die neue öffentliche Ringvorlesung des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ und des Sonderforschungsbereichs 1150 „Kulturen des Entscheidens“ der Uni Münster im Wintersemester 2016/2017. „Religion und Entscheiden stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, sie scheinen sich in gewisser Weise auszuschließen. Denn Entscheiden beinhaltet, dass Alternativen hervorgebracht, expliziert

und zum Gegenstand sozialen Handelns gemacht werden können“, sagt der Historiker Prof. Dr. Ulrich Pfister, der SFB-Sprecher und Mitglied des Exzellenzclusters ist. „Das geschieht immer unter der Perspektive, dass in einem kontingenten Akt der Entscheidung, der *decisio*, eine Option ausgewählt und festgesetzt wird.“ Demgegenüber würden in der Regel zumindest der Kern religiöser Wahrheit und grundlegende Glaubensvorstellungen als gegeben und daher unverfügbar angesehen, als etwas, das menschlichem Handeln vorgelagert und so dem Entscheiden entzogen sei oder sein solle.

Die interdisziplinäre Ringvorlesung „Religion und Entscheiden“ geht daher der Frage nach, unter welchen sozialen und kulturellen Bedingungen Entscheiden über Religiöses im Allgemeinen und über Glaubensfragen im Besonderen überhaupt erst möglich und wahrscheinlich wird. Die 14 Vorträge untersuchen auch, welche Auf-

fassungen darüber bestehen, über welche Bereiche und Aspekte des Religiösen entschieden werden kann und darf und was dem Entscheiden entzogen sein sollte.

#### Wer entscheidet über Religiöses?

Daran lassen sich weitere Fragen anschließen, wie Prof. Pfister ausführt: „Wie, von wem und unter Rückgriff auf welche Ressourcen wird über Religiöses entschieden, inwiefern ist religiöses Entscheiden institutionell gerahmt, inwieweit wird das Entscheiden über religiöse Fragen als etwas angesehen, das jedem Einzelnen überlassen bleiben sollte?“ Erörtert wird in der Vortragsreihe auch, in welcher Weise und in welchen diskursiven – etwa philosophischen, theologischen oder literarischen – Kontexten Fragen reflektiert werden, die das Entscheiden über religiöse Gegenstände betreffen. „Fragt man schließlich danach, unter welchen historischen Bedingungen sich die Möglichkeiten, Voraussetzungen, Formen, Ausprägungen und Narrative des Entscheidens über Religiöses wandelten und wie und warum dies geschah, dann kann damit ein wichtiger Beitrag zum Verständnis religiösen Wandels im Allgemeinen geleistet werden“, sagt der Historiker.

Zu Wort kommen in der Ringvorlesung Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Disziplinen: der Geschichts- und der Islamwissenschaft, der Religionssoziologie, Ethnologie, Theologie, Byzantinistik, Germanistik und der Judaistik. Die Vorträge sind dienstags von 18.15 Uhr bis 19.45 Uhr im Hörsaal F 2, Fürstenberghaus am Domplatz 20-22, zu hören. Die Reihe beginnt am 18. Oktober mit einem Einführungsvortrag des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack und der Historikerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger.

## Rechtswissenschaftler Horst Dreier wird „Hans-Blumenberg-Gastprofessor“



Prof. Dr. Horst Dreier

Die „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ übernimmt im Wintersemester 2016/17 der renommierte Würzburger Rechtswissenschaftler und Rechtsphilosoph Prof. Dr. Horst Dreier. In einer öffentlichen Vortragsreihe und seinen Forschungsarbeiten in Münster befasst er sich mit den „Herausforderungen des säkularen Verfassungsstaates“.

Der Auftaktvortrag des Rechtsphilosophen trägt den Titel „Säkularisierung – eine ‚Kategorie historischer Illegitimität? Facetten eines umkämpften Begriffs“.

Es folgen drei weitere Vorträge zur Verfassungsgeschichte der Religionsfreiheit in Deutschland, zur religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates sowie zur Frage nach sakralen Elementen im säkularen Staat. Die Vorträge sind vom 14. November bis 5. Dezember 2016 montags von 18.15 bis 19.45 Uhr in Hörsaal F2 im Fürstenberghaus in Münster zu hören.

„Horst Dreier ist nicht nur ein herausragender Rechtswissenschaftler, sondern durch seine Forschungsinteressen in einzigartiger Weise anschlussfähig für praktisch alle im Exzellenzcluster vertretenen Fächer“, sagt Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Fabian Wittreck vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“. Die Forschungen des künftigen Hans-Blumenberg-Gastprofessors seien für viele im Münsteraner Forschungsverbund vertretene Fächer von hohem Interesse: „Seine rechtsphilosophischen Arbeiten machen ihn zum Ansprechpartner für die Philosophen, seine rechts- und verfassungsgeschichtlichen Publikationen für Historiker. Die Beschäftigung mit der Rechts-

und Staatssoziologie eröffnet den Dialog mit den sozialwissenschaftlichen Fächern. Schließlich ist seine Art, Verfassungsrecht zu betreiben, hochgradig politikwissenschaftlich informiert, so dass auch diesbezüglich spannende Synergieeffekte zu erwarten sind.“

Horst Dreier ist Professor für Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg. Von 2001 bis 2007 war er Mitglied des Nationalen Ethikrates. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Menschenwürde, Bioethik sowie das Verhältnis von Recht und Religion. Dies seien Querschnittsthemen, so Prof. Wittreck, die viele Berührungspunkte zu den Forschungen des Exzellenzclusters böten.

„Zudem belegen Aufenthalte von Horst Dreier am Wissenschaftskolleg zu Berlin und am Max-Weber-Kolleg in Erfurt nicht allein die Wertschätzung, die ihm in der Wissenschaft entgegengebracht wird, sondern auch seine ausgeprägte Fähigkeit zum gewinnbringenden interdisziplinären Austausch wie seine Hochschätzung dieser Wissenschaftsform“, hebt Fabian Wittreck hervor.

### Innovative Impulse für die Religionsforschung

Die „Hans-Blumenberg-Gastprofessur für Religion und Politik“ soll dazu beitragen, innovative Impulse aus der internationalen Forschung nach Münster zu bringen, und die interdisziplinäre Anschlussfähigkeit am Exzellenzcluster stärken. Der erste Inhaber der Hans-Blumenberg-Gastprofessur war im Sommersemester 2016 der Bochumer Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher, der sich mit seinen Vorträgen und Forschungen in Münster mit dem Reformationsjubiläum 2017 und der protestantischen Frömmigkeitskultur in Deutschland befasste.

Dem Exzellenzcluster gehören 200 Mitglieder aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern an. In den kommenden Semestern werden weitere renommierte Forscherinnen und Forscher aus wechselnden Disziplinen auf die

Gastprofessur berufen, etwa aus der Soziologie und der Ethnologie. Die Gastprofessur – benannt nach dem einflussreichen Münsteraner Philosophen Hans Blumenberg (1920–1996) – wird auf Vorschlag der Hauptantragstellerinnen und Hauptantragsteller des Exzellenzclusters für je ein Semester besetzt. Die Mitglieder des Forschungsverbundes arbeiten kultur- und epochenübergreifend, historisch und gegenwartsbezogen sowie bekenntnisneutral und bekenntnisgebunden. Damit ist Münster zu einem in Größe und Vielfalt herausgehobenen Standort für interdisziplinäre Religionsforschung geworden.

### Tag des Exzellenzclusters zu Herausforderungen der Interdisziplinarität

Mit Fragen der fächerübergreifenden Forschung befasst sich der nächste „Tag des Exzellenzclusters“ am 7. und 8. November 2016. Die Tagung, die mehrere Hauptantragsteller des Forschungsverbundes um den Philosophen Prof. Dr. Michael Quante gemeinsam vorbereiten, trägt den Titel „Herausforderung Interdisziplinarität im Spannungsfeld von Religion und Politik“. Die vier Sektionen lauten: „Verständnisse von Interdisziplinarität im Spannungsfeld normativer und nicht-normativer Disziplinen“, „Die Spannung zwischen konfessioneller oder weltanschaulicher Gebundenheit und Wissenschaftlichkeit“, „Religionswissenschaften, nicht-konfessionelle und konfessionelle Theologien: wissenschaftstheoretische Standortbestimmungen“ und „Probleme der angewandten Interdisziplinarität“. Die Veranstaltung findet im Hörsaalgebäude des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ in Raum JO101, Johannisstr. 4, in Münster statt.

Der Tag des Exzellenzclusters bringt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen zusammen: Rechts-, Religions- und Politikwissenschaftler, evangelische und katholische Theologen sowie Historiker, Judaisten und Philosophen. Neben Mitgliedern des Exzel-

lenzclusters nehmen die „Hans-Blumenberg-Gastprofessoren“, Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher und Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Horst Dreier, am wissenschaftlichen Austausch teil. Zu den auswärtigen Referenten zählen der Berliner Theologe Prof. Dr. Michael Bongardt, die Kölner Theologin Prof. Dr. Saskia Wendel und der Baseler Judaist Prof. Dr. Alfred Bodenheimer. Das Programm wird demnächst auf der Website [www.religion-und-politik.de](http://www.religion-und-politik.de) bekannt gegeben.

## Kirchenhistoriker Hubert Wolf als Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin



Prof. Dr. Hubert Wolf

Der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Hubert Wolf ist ab Mitte September ein Jahr lang Fellow des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Er möchte dort Anregungen für ein Buch über Eugenio Pacelli sammeln, der als Papst Pius XII. wegen seines angeblichen Schweigens zum Holocaust eine der umstrittensten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte wurde. „Eine kirchenhistorische oder theologische Binnenperspektive genügt dafür nicht“, sagt Wolf.

Das Wissenschaftskolleg zu Berlin bringt jedes Jahr etwa 40 Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaftler und Künstler zusammen. Frei von allen anderen akademischen Verpflichtungen können sie sich dort einem selbst gewählten Arbeitsvorhaben widmen. Zu den Fellows im Jahr 2016/2017 zählen beispielsweise der Schriftsteller Navid Kermani, die leitende Redakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Julia Voss, der Beiruter Novellist Elias Khoury, die Altphilologin Katharina Volk, der israelische Philosoph Avischai Margalit und der schiitische Reformgeistliche Mohsen Kadivar.

Im Fokus von Wolfs Forschungen steht die Zeit von 1917 bis 1929. Pacelli war damals Nuntius in München und Berlin, päpstlicher Botschafter. Wolf leitet in Münster ein **Langfristvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft**, das die etwa 5.500 Berichte online ediert, die Pacelli nach Rom schickte. „Diese Schreiben sind nicht zuletzt emotionsgeschichtlich und kulturhistorisch

interessant“, betont Wolf. Die bayerische Hauptstadt habe Pacelli als seine zweite Heimat bezeichnet, Berlin dagegen als „Hure Babylon“. Der Nuntius habe ausführlich über Empfänge, Theateraufführungen, Ausstellungen und Filme berichtet, sich über Tangotänzer und enge Röcke echauffert und gegen den Frauensport gekämpft.

### Prägende Erfahrungen in Deutschland

Vor allem war Pacelli laut Wolf aber „ein Agent des global players katholische Kirche“. So habe der Nuntius auch mit der Sowjetunion über eine Anerkennung der katholischen Kirche verhandelt. Die Erfahrungen, die er in Deutschland gemacht habe, seien außerdem prägend für sein Wirken als Papst gewesen. „1917 scheiterte der Nuntius mit dem Vorhaben, eine päpstliche Friedensinitiative durchzusetzen; seitdem hielt er sich mit politischen Initiativen zurück.“ In Deutschland sei zudem die Erinnerung an den Kulturkampf noch sehr lebendig gewesen. „Das erklärt vielleicht die Angst Pacellis vor einem Konflikt mit dem Staat, der die heilsnotwendige Seelsorge bedrohen könnte.“ Und auch Pacellis lebenslange Furcht vor dem Kommunismus geht Wolf zufolge möglicherweise auf Erlebnisse in Deutschland zurück: Revolutionäre der Münchener Räterepublik, so steht es in den Berichten, beschlagnahmten 1919 den geliebten Mercedes des Nuntius mit vorgehaltener Pistole.

Prof. Dr. Hubert Wolf ist Hauptantragsteller des Exzellenzclusters „Religion und Politik“. Er erhielt 2003 den Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft und 2004 den Communicatorpreis des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft. Mit Prof. Dr. Andreas Wirsching vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin verantwortet er ein weiteres Langfristvorhaben zur **Edition der Tagebücher des Münchener Erzbischofs Michael Kardinal von Faulhaber**, eines engen Vertrauten Pacellis. Einem breiten Publikum ist der Kirchenhistoriker unter anderem durch seine Bestseller „Die Nonnen von Sant’Ambrogio“ und „Krypta“ bekannt.

## Veröffentlichung der Gifford Lectures über Religionsvielfalt



Prof. Dr. Perry Schmidt-Leukel

Die Vorträge des Religionswissenschaftlers und Theologen Prof. Dr. Perry Schmidt-Leukel zum Thema „Interreligiöse Theologie“ im Rahmen der renommierten Gifford-Lectures in Schottland sind als Audio-Mitschnitte im Internet verfügbar. Die Universität Glasgow bietet die fünf Vorträge als **Audio-Stream** zum

Nachhören an. In der Vortragsreihe präsentierte der Wissenschaftler des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ erstmals eine neue Theorie der Religionsvielfalt. Eine erweiterte Buchfassung der Vorlesungen soll im Frühjahr 2017 im amerikanischen Verlag Orbis Publishers erscheinen. Prof. Schmidt-Leukel hielt die „Gifford Lectures“ im vergangenen Oktober an der Universität Glasgow als erster Deutscher seit 25 Jahren. Die Einladung zu den Giffords ist eine der höchsten internationalen akademischen Auszeichnungen auf dem Gebiet der Religionsphilosophie und Theologie.

Die Gifford-Reihe trug den Titel „Interreligious Theology: The Future Shape of Theology“ („Interreligiöse Theologie: Die zukünftige Gestalt der Theologie“). Darin präsentierte Prof. Schmidt-Leukel Forschungsergebnisse des Projekts C2-16 „Interreligiöse Theologie“ am Exzellenzcluster. Der erste Vortrag „Interreligious Theology: Whither and Why“ erläutert Prinzipien und Methodik der religionsübergreifenden Theologie. Die Vorträge zwei bis vier führen dies beispielhaft aus, anhand der muslimischen, christlichen

und buddhistischen Bekenntnisse zu Muhammad als dem letzten Propheten, zu Jesus als Sohn Gottes und zu Gautama als dem Buddha. Eine „Fraktale Theorie zur religiösen Vielfalt“ präsentiert Prof. Schmidt-Leukel im Abschlussvortrag „Towards a Fractal Theory of Religious Diversity“.

„Herkömmliche Theologien geben nicht ausreichend Antwort auf die wachsende Herausforderung der religiösen Vielfalt und Konflikte“, so Prof. Schmidt-Leukel. „Statt Theologie weiterhin religionspezifisch zu betreiben, sollten wir auf eine interreligiöse Theologie setzen.“ Diese „Theologie der Zukunft“ zeige, dass Religionen wie Christentum, Islam und Buddhismus einander viel ähnlicher seien als bislang angenommen und zwar mit Blick auf ihre jeweilige interne Vielfalt. „Das, was die Religionen voneinander unterscheidet, findet sich oft in anderer Form auch als Unterschiede innerhalb der eigenen Religion wieder. Diese Erkenntnis erlaubt die Ausweitung ökumenischer Theologie zur interreligiösen Theologie“, so der Religionswissenschaftler.

### Fraktales Verständnis von religiöser Vielfalt

Prof. Schmidt-Leukel hat die „Fraktale Theorie der Religionsvielfalt“ in Anlehnung an die Fraktal-Theorie des Mathematikers Benoît Mandelbrot (1924–2010) entwickelt, nach der Objekte in der Natur wie Farnpflanzen oder Blumenkohl aus verkleinerten Kopien ihrer selbst zusammengesetzt sind. Interreligiöse Theologie kann nach Schmidt-Leukel von einem fraktalen Verständnis religiöser Vielfalt unterstützt werden. „Grundlegende Muster religiöser Vielfalt spiegeln sich in der Vielfalt innerhalb jeder Religion und letztlich innerhalb der im einzelnen Menschen angelegten religiösen Möglichkeiten wider.“ Zwischen einem konservativen Verständnis von Theologie und einer interreligiösen Theologie bestehe also mehr Kontinuität als gedacht.

## Kabbala und die Visualisierung des Unsichtbaren

Mit Diagrammen aus der kosmologischen kabbalistischen Tradition hat sich der israelische Historiker Prof. Dr. Yossi Chajes am Exzellenzcluster beschäftigt. Der Wissenschaftler von der Universität Haifa sprach im Rahmen eines Kolloquiums des **Instituts für Jüdische Studien** der Uni Münster und des Exzellenzclusters. Prof. Chajes untersuchte die Diagramme aus der jüdischen Kabbala einerseits in ihrem Verhältnis zu dem aus der mittelalterlichen Wissenschaft bekannten Baumdiagramm, das vielfach als „Arbor Porphyriana“ („Baum des Wissens“) bekannt ist. Andererseits diskutierte er ihre Verbindung zum konzentrischen Kreis-Diagramm, das mit dem ptolemäischen, geozentrischen Weltbild verbunden ist, einer astronomischen Theorie der Erde als Zentrum des Universums des griechischen Mathematikers Claudius Ptolemäus.

Zum Kolloquium eingeladen hatte die Humboldt-Professorin für Jüdische Studien, Prof. Dr. Katrin Kogman-Appel, die dem Exzellenzcluster angehört. Der Vortrag in englischer Sprache trug den Titel „From the Spheres to the Sephirot: Kabbalah and the Visualizing of the Invisible“ („Von Sphären zu den Sephirot: Kabbala und die Visualisierung des Unsichtbaren“). Als Sephirot sind so genannte göttliche Emanationen beziehungsweise Manifestationen göttlichen Willens zu verstehen, die in der Kabbala zumeist in Form eines Baumdiagrammes visualisiert werden.

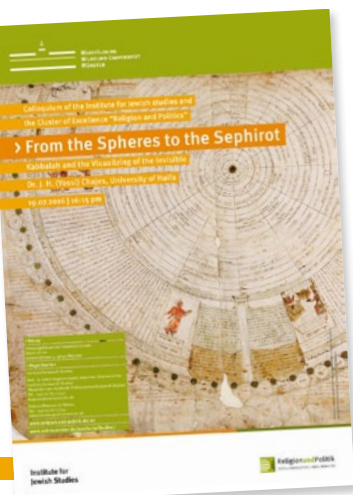
„Ihrem religiösen Selbstverständnis nach hatten sich die Kabbalisten wissenschaftlicher Methoden verschrieben, was diese Analyse der Baumdiagramme in den Bereich der ‚Theologie als Wissenschaft‘ rückt“, erläuterte Historiker Prof. Dr. Yossi Chajes. Die Mystiker hätten sich in ihren Untersuchungen sowohl rhetorisch-

diskursiver Figuren als auch visueller Materialien bedient, die der besten Wissenschaft ihrer Zeit entnommen waren. „Dieses Verständnis von Kabbala als Wissenschaft und Kabbalisten als Wissenschaftlern wurde auch von zentralen Gestalten der Wissenschaftsgeschichte wie den frühneuzeitlichen Naturphilosophen Johannes Kepler und Isaac Newton geteilt.“

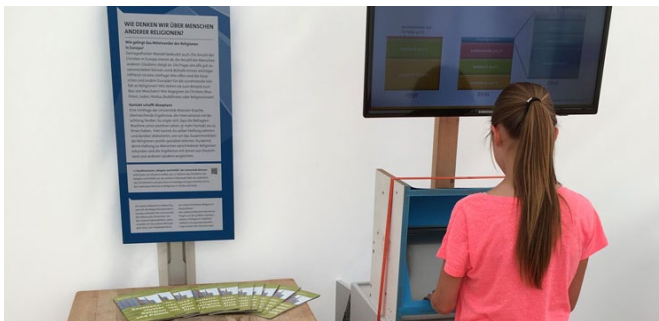
## Internationaler Workshop über islamische Kalifen, Sultane und Präsidenten

Mit islamischen Herrschern im Spannungsfeld von Religion und Realpolitik hat sich ein internationaler Workshop der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ befasst. „Entgegen häufiger Vermutungen handelt es sich beim Herrschaftsmodell der meisten islamischen Gemeinwesen weder in der Geschichte noch in der Gegenwart um einen Gottesstaat“, erläutern die Veranstalter, der Geschichts- und Islamwissenschaftler Nadeem Khan und der Geschichts- und Islamwissenschaftler Stephan Tölke. In der islamischen Welt sei vielmehr von der Frühzeit bis heute eine „Vielzahl von teils sehr unterschiedlichen Herrschaftskonzeptionen erdacht, diskutiert und eingefordert“ worden. „Die Konzepte eines idealen islamischen Staatswesens standen in Konkurrenz zu nicht-islamischen Herrschaftskonzepten wie der Militärkultur und den Zwängen der Realpolitik.“

Der Workshop trug den Titel „Caliphs, Sultans, Presidents. Rulers between Religion and Realpolitik throughout Islamic History“ („Kalifen, Sultane, Präsidenten. Herrscher zwischen Religion und Realpolitik in der islamischen Geschichte“). Er brachte Islamwissenschaftler und Historiker aus Europa und den USA zusammen. Mehr dazu im Kapitel **Nachwuchsförderung**.



## Interatives Exponat des Exzellenzclusters beim Q.UNI-Camp



Interaktive Computerstation für Jugendliche

Auf dem Wissenschaftscampus „Q.UNI-Camp“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) haben Kinder und Jugendliche ihre Haltung zu Menschen mit anderen Religionen erkundet: An einer interaktiven Computerstation des Exzellenzclusters beantworteten sie am Touchscreen ausgewählte Fragen zur ihrer Einstellung zu Andersgläubigen. Beim dritten Sommercamp der WWU luden auf mehr als 500 Quadratmetern rund 30 Exponate Kinder von vier bis 14 Jahren zum Erkunden ein und ermöglichten ihnen, Forschung aus einer neuen Perspektive kennenzulernen. Das Q.UNI-Camp steht unter der Schirmherrschaft von Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe.

Die interaktive Umfrage „Wie denken wir über Menschen anderer Religionen?“ des Exzellenzclusters geht auf eine Emnid-Erhebung zurück, die der Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack und sein Team in fünf Ländern durchgeführt hat. So konnten die Jugendlichen im Rahmen der Befragung ihre Haltung zu Andersgläubigen mit der anderer Europäer vergleichen. Zugleich informierte ein zweiter Bildschirm über weitere Ergebnisse der Umfrage und die Entwicklung der religiösen Vielfalt seit 1945. Den interaktiven Teil des Exponats erarbeitete das Zentrum für Wissenschaftskommunikation des Exzellenzclusters mit der Religionssoziologie und der Geoinformatik der Universität Münster.

## Juni

### Religiöse Einflüsse auf das Vertragsrecht

Wie Religion in verschiedenen Epochen das Vertragsrecht und seine Durchsetzung beeinflusst hat, haben die Teilnehmer des interdisziplinären Workshops „Religion und Vertrag“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ erörtert. Sie untersuchten für verschiedene Epochen, inwieweit religiöse Vorgaben oder Diskurse auf die Vertragsdogmatik und den jeweiligen historischen Diskussionsstand einwirkten, wie der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Matthias Casper vom Forschungsverbund erläuterte, der zur Tagung im Rahmen der Koordinierten Projektgruppe „Religion und Wirtschaft“ des Exzellenzclusters einlud.

Zu den Leitfragen der Tagung gehörte, ob eine sogenannte Vertragsabschluss- und eine Vertragsgestaltungsfreiheit existiert. Der Workshop erörterte unter dem Stichwort Vertragsbindung auch, unter welchen Voraussetzungen Verträge bindend waren und wie diese Bindung begründet wurde. Zu den weiteren Fragestellungen gehörte, ob es einen Diskurs um den gerechten Inhalt von Verträgen gab oder ob jeder frei von Zwang ausgehandelte Vertrag von sich aus als gerecht galt. Schließlich: Wie wurde die Durchsetzung von Verträgen sichergestellt? Im Workshop wurde zudem ausgelotet, wie das Thema Vertrag und Religion als Fragestellung in zukünftige Forschungsvorhaben in interkultureller und intertemporaler Perspektive bearbeitet werden kann.





## Geschlecht und Gewalt in Malaysia, Indien und Kenia

Mit dem Verhältnis von Geschlecht und Gewalt in außereuropäischen Kontexten hat sich eine internationale Vortragsreihe am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster befasst. Die drei Vorträge in englischer Sprache fragten nach den soziokulturellen Bedingungen, die geschlechtsspezifische Gewalt im heutigen Malaysia, Indien und Kenia begünstigen. Ein Schwerpunkt lag auf den religiösen Einflussfaktoren.

Die Reihe trug den Titel „Cultural Contexts of Gender-based Violence“ („Der kulturelle Kontext geschlechterbasierter Gewalt“) und fand im Rahmen der Arbeitsplattform (AP) „Religion, Politik und Geschlechterordnung“ des Exzellenzclusters statt. Eingeladen hatten die AP-Koordinatorin und Theologin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, die Theologin Prof. Dr. Judith Könemann und die Historikerin Dr. Iris Fleßenkämper.

### Gewalt, Religion und Kaste

Der Vortrag der Religionswissenschaftlerin Prof. Dr. Sharon Bong aus Malaysia befasste sich mit dem Thema Geschlecht, Religion und Gewalt im südostasiatischen Kontext. Er trug den Titel „Gender, Religion and Violence in Contemporary South-Asian Contexts“. Über Geschlecht, Gewalt und Kaste beziehungsweise Religion in Indien und Kenia sprachen die Historikerin und Gastwissenschaftlerin am Exzellenzcluster, Prof. Dr. Jyoti Atwal, sowie die Religionswissenschaftlerin Prof. Dr. Mary

Getui. Die Vorträge waren unter den Titeln „Gender, Caste and Violence in Contemporary India“ und „Gender, Religion and Violence in Contemporary Kenya“ zu hören.

## Kolloquium zu Religion und Gewalt



Prof. Dr. Detlef Pollack



Prof. Dr. Mouhanad Khorchide

Über das Verhältnis von Religion und Gewalt haben der Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack und der islamische Theologe Prof. Dr. Mouhanad Khorchide vom Exzellenzcluster beim Kriminalwissenschaftlichen Kolloquium der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Münster gesprochen. Der Vortrag des Leiters des Zentrums für Islamische Theologie (ZIT) der Universität Münster, Mouhanad Khorchide, hieß „Gewalt und Religion aus theologischer Perspektive“. Der Sprecher des Exzellenzclusters, Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack, sprach über „Fundamentalismus, Gewaltakzeptanz und Religion“.

Die Veranstalter stellten mit dem Kolloquium die Frage, warum Religionen nicht nur ein friedensstiftendes Potenzial hätten, sondern häufig zur Rechtfertigung von Krieg und Gewalt herangezogen wurden. Terroranschläge und Gräueltaten durch dschihadistische Gruppierungen wie „Islamischer Staat“ oder Boko Haram seien aktuelle Beispiele für religiös motivierte Gewalt. Mit dem Kolloquium bringt das Institut für Kriminalwissenschaften seit fast 20 Jahren Wissenschaftler, Studierende, Juristen aus der Praxis sowie interessierte Bürger zu aktuellen Themen ins Gespräch.



## Studie zu Chinas Umgang mit der muslimischen Minderheit



Dr. Frauke Drewes

Zur Anwerbung von Investoren aus arabischen Ländern präsentiert sich die Volksrepublik China nach einer Studie aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ gezielt islamfreundlich. „Der chinesische Staat fördert in ausgewählten Regionen das ‚Label Islam‘, um damit die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu

arabischen Ländern zu verbessern, vor allem zu Erdöl exportierenden Staaten“, erläutert die Islamwissenschaftlerin und Sinologin Dr. Frauke Drewes. Gegenüber potentiellen muslimischen Investoren werde der Islam als Gemeinsamkeit herausgestellt. „Das kommunistische China unterstützt besonders die muslimische Minderheit der Hui-Chinesen, um das Image als ‚Land der Ungläubigen‘ abzulegen“, so die Autorin der Dissertationsstudie „Orientalisiert – Kriminalisiert – Propagiert?“ aus dem Ergon Verlag. Drewes untersucht darin die komplexen Beziehungen zwischen der Minderheit der 20 Millionen Muslime in China sowie Staat und Mehrheitsgesellschaft.

Die Studie, die unter der Leitung des Islamwissenschaftlers Prof. Dr. Thomas Bauer in der Graduiertenschule des Exzellenzclusters entstand, schließt eine Forschungslücke, da der Islam in China bisher islamwissenschaftlich und sinologisch kaum erforscht ist. Drewes führte für die Untersuchung qualitative Interviews mit Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland, China und Ägypten. Außerdem analysierte sie die Online-Ausgaben der chi-

nesischen Tageszeitung „Renmin ribao“ („Volkszeitung“), dem offiziellen Organ der Kommunistischen Partei Chinas, aus den Jahren 2003 bis 2011.

Die Untersuchungen ergaben, dass die Islam-Politik des chinesischen Staates keineswegs einheitlich ist: „Während die muslimische Gruppe der meist chinesisch-sprachigen Hui aus rein wirtschaftlichem Kalkül bevorzugt wird, werden die türkisch-sprachigen Uiguren, die nicht chinesischstämmig sind, aber ebenfalls muslimisch, massiv benachteiligt“, so Drewes. „Einerseits wird die Provinz Ningxia, in der die Hui-Chinesen leben, gegenüber internationalen Partnern als ‚muslimische Region‘ vermarktet und zum Ausgangspunkt für den Handel mit arabischen Staaten gemacht. Andererseits werden die Uiguren in Xinjiang kriminalisiert und in der Ausübung der Religion behindert, etwa bei Pilgerfahrten nach Mekka und Medina.“ So sei in Xinjiang ein Kreislauf aus Protesten und Repression entstanden – aus Angst des Staates vor Extremismus und Separatismus, die das Land destabilisieren könnten.

### Islam-Politik uneinheitlich – Uiguren stark benachteiligt

Der Widerspruch im staatlichen Umgang mit den beiden Gruppen findet sich in der Haltung der Mehrheitsbevölkerung der Han-Chinesen wieder, wie die Befragungen ergaben. „Dass die Hui-Chinesen und die Uiguren gleichermaßen muslimisch geprägt sind, schützt letztere nicht vor Diskriminierungen.“ Ausschließlich die Hui dienen China in internationalen Kontakten dazu, das Wohlergehen der Muslime im eigenen Land und die Religionsfreiheit herauszustellen, um sich als Freund der Muslime weltweit zu zeigen.

Die Strategie, in internationalen Beziehungen die „islamische Karte“ zu spielen, geht der Studie zufolge auf „Investoren, Handelspartner und Ölexportureure aus islamischen Staaten lassen sich auf die Show ein und besuchen ‚islamische Projekte‘ in der Vorzeigeregion Ningxia“, so

die Sinologin. „Hier entstehen gigantische Projekte: eine komplette ‚islamische Stadt‘ sowie für muslimische Länder interessante Wirtschaftszweige, wie der Handel mit halal-Lebensmitteln oder mit islamischen Gebrauchsgegenständen“. Selbst die Olympischen Spiele 2008 seien genutzt worden, um das Bild des Muslim-freundlichen Chinas zu propagieren.

### Ungewolltes Ergebnis: Religiosität wächst

„Ein ungewolltes Ergebnis dieser politisch und wirtschaftlich motivierten Aktivitäten ist das wachsende Interesse am Islam in der Region und eine ansteigende Religiosität“, erläutert die Autorin. „Das geht nicht nur auf die staatliche Unterstützung des Islams zurück, sondern auch darauf, dass neue arabische Geschäftspartner nicht selten Spenden für religiöse Einrichtungen mitbringen, etwa für Moscheen. China nimmt diesen Kontrollverlust angesichts der wirtschaftlichen und politischen Vorteile in Kauf.“

Die Studie mit dem Untertitel „Die Position von Muslimen in Gesellschaft und Politik der Volksrepublik China heute“ ist in der Ergon-Reihe „Religion und Politik“ erschienen, die der Exzellenzcluster herausgibt. Die Autorin verknüpft mit der Befragung von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie der Analyse staatlicher Medien die Insider-Perspektiven verschiedener Mehrheits- und Minderheitengruppen mit der politisch beeinflussten Mediendarstellung. Diese sei oftmals von einer „islamfreundlichen Rhetorik“ geprägt. „Die ‚Volkszeitung‘ in China vermeidet regelrecht, den Islam oder Muslime mit dem Terrorismus oder anderen negativ besetzten Begriffen in Verbindung zu bringen.“

### Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › [Uiguren benachteiligt](#)  
Islamische Zeitung vom 30. Mai 2016
- › [China zeigt sich gezielt islamfreundlich](#)  
PT Magazin vom 27. Mai 2016
- › Studie: China öffnet sich stärker dem Islam  
epd-Zentralausgabe vom 18. Mai 2016

### Katholizismus und Religionsfreiheit



Neue Forschungsergebnisse über den „epochalen Schritt des Katholizismus zur Religionsfreiheit“ haben die Münsteraner Theologen Prof. Dr. Karl Gabriel, Prof. Dr. Hubert Wolf und Prof. Dr. Arnulf von Scheliha in einer öffentlichen Buchvorstellung an der Uni Münster diskutiert. Die Autoren der

Studie „Wie fand der Katholizismus zur Religionsfreiheit?“ sind die Theologen Prof. Dr. Karl Gabriel, Prof. Dr. Christian Spieß und Dr. Katja Winkler. Sie präsentierten in der Veranstaltung des Centrums für Religion und Moderne (CRM) zunächst zentrale Ergebnisse der Studie aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“, darauf folgten Kommentare des katholischen Theologen und Kirchenhistorikers Prof. Dr. Hubert Wolf und des evangelischen Theologen und Ethikers Prof. Dr. Arnulf von Scheliha. „Es glich einer Revolution, als sich die katholische Kirche nach heftigen Auseinandersetzungen am letzten Tag des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) zur Religionsfreiheit durchrang. Hatte sie diese doch bis zum Konzil stets abgelehnt“, so Prof. Gabriel.

Das Buch aus dem Paderborner Verlag Schöningh präsentiert neue Faktoren, die zur Anerkennung der Religionsfreiheit in der katholischen Kirche vor gut 50 Jahren führten. „Der Wandel hat seinen Ursprung nicht im römischen Zentrum, sondern an den Rändern der Weltkirche“, erläutern die Autoren. Entgegen verbreiteter Forschungsmeinung sei die Wende nicht allein mit Vorgängen auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil zu erklären.

Die Studie ist Teil der Reihe „Katholizismus zwischen Religionsfreiheit und Gewalt“, zu der vier weitere von den Autoren herausgegebene Bände gehören und die mit dieser Monografie abgeschlossen ist. Die Moderation der Buchpräsentation übernahm die katholische Theologin Prof. Dr. Judith Könemann, Dekanin der Katholisch-Theologischen Fakultät und Sprecherin des CRM.

### „Beachtliche Pluralität“

Zur Wende in der kirchlichen Lehrmeinung kam es der Untersuchung zufolge erst, als die Gläubigen an der Basis ihre positiven Erfahrungen mit Demokratie und Freiheitsrechten nach Rom trugen. „Die beachtliche Pluralität und Offenheit unter Katholiken in Vereinen und Verbänden sowie in der Theologie führte dazu, dass die Kirche auf dem Konzil auf politische Gewalt zur Durchsetzung ihres Wahrheitsanspruchs verzichtete, die Trennung von Religion und Politik anerkannte und sich fortan darauf beschränkte, eine zivilgesellschaftliche Kraft unter vielen zu sein.“

Das Buch trägt den Untertitel „Faktoren der Erneuerung der katholischen Kirche“ und erörtert detailliert die innerkirchlichen und gesellschaftlichen Faktoren, die zum von vielen für unmöglich gehaltenen Lernprozess des Katholizismus beitrugen. Die Untersuchung entstand im Projekt C11 „Gewaltverzicht religiöser Traditionen“ des Exzellenzclusters unter Leitung von Prof. Dr. Karl Gabriel. Prof.

Dr. Christian Spieß ist inzwischen an der Katholischen Universität Linz in Österreich tätig, Dr. Katja Winkler an der Universität Tübingen.

Die Autoren zeichnen in ihrer Studie textgenau die Entstehung der Konzilserklärung „Dignitatis humanae – Über die Religionsfreiheit“ nach, die von „schweren Kontroversen und Krisen“ geprägt gewesen sei. Die Hinwendung des Konzils zur Religionsfreiheit sei aber nicht alleine auf eine Intervention der US-Bischöfe zurückzuführen, unterstreichen die Forscher. Vielmehr seien die US-amerikanischen Impulse auf einen Boden gefallen, „der durch viele politische und gesellschaftliche Faktoren für die Anerkennung der Religionsfreiheit bereitet war.“ Dazu gehörten die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, die Kodifizierung der Menschenrechte, der Kalte Krieg und die Blockkonfrontation, die Rolle des politischen Katholizismus und des Laienkatholizismus insgesamt sowie das historisch einmalige Wirtschaftswachstum nach dem Weltkrieg.

### Presseecho (Auswahl)

- › [Die katholische Kirche und die Religionsfreiheit](#) WDR 5 „Diesseits von Eden“ vom 15. Mai 2016, ab Minute 12:23
- › Ohne Titelangabe (Ankündigung der Vorstellung des Buches „Wie fand der Katholizismus zur Religionsfreiheit?“ mit Sozialethiker Prof. Dr. Karl Gabriel) Neues Deutschland vom 10. Mai 2016

## Religiöser Wandel im 15. Jahrhundert



Tiefgreifende religiöse Veränderungen im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit haben die Teilnehmer der internationalen Tagung „The Religious Field in the Long Fifteenth Century“ („Das religiöse Feld im langen 15. Jahrhundert“) am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ in Münster untersucht. Die Konferenz ist Teil des aus EU-Mitteln finanzierten Forschungsnetzwerkes COST-Action IS 1301 „New communities of interpretation. Con-

texts, Strategies and Processes of Religious Transformation in Late Medieval and Early Modern Europe“ („Neue Interpretationsgemeinschaften. Kontexte, Strategien und Prozesse religiöser Veränderung im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit“), in dem seit 2013 Historiker und Literaturwissenschaftler aus 23 Ländern forschen. Veranstalter waren die Mittelalter-Historikerin Prof. Dr. Sita Steckel und der Frühneuzeit-Historiker Dr. Andreas Pietsch vom Exzellenzcluster.

„Thema war der religiöse Wandel, der sich vom 14. bis 16. Jahrhundert beobachten lässt und vor allem auch Laien betrifft: religiöse Texte in den Volkssprachen, eine steigende Lesefähigkeit und eine Ausweitung religiöser Praktiken in den häuslichen Bereich“, sagte Historiker Andreas Pietsch. „Diese Veränderungen haben neue religiöse Interpretationsgemeinschaften hervorgebracht“, so die Hauptthese des COST-Forschungsnetzwerkes. Die Tagung trug den Untertitel „Framing Processes of Religious Transformation in Late Medieval and Early Modern Europe“ („Rahmung religiöser Wandlungsprozesse im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa“). Das Netzwerk kam zu dem Arbeitstreffen zusammen, um in Kooperation mit dem Exzellenzcluster aktuelle Forschungen in größere Fragestellungen einzuordnen.

Im Zentrum des Workshops stand das Verhältnis von Soziologie zu historischen und literaturwissenschaftlichen Fragestellungen, wie Juniorprofessorin Sita Steckel ausführte. Es gehe um die Frage, wie soziologische Theorien Impulse für die Rahmung historischer Forschung geben könnten, eine Frage, die auch in der Arbeitsplattform „Differenzierung und Entdifferenzierung“ des Exzellenzclusters erörtert würde. Diskutiert wurde, wie die historische Rekonstruktion verschiedener Konstellationen des Religiösen und seines Verhältnisses zu anderen Sphären es ermöglichen kann, religiöse Dynamiken jenseits älterer Meistererzählungen zu beschreiben.

### Soziologische Differenzierungstheorie

Zugrunde lag die Feldtheorie des französischen Soziologen Pierre Bourdieu. „Bourdieu's ‚Religiöses Feld‘ ist bislang vor allem für die Moderne diskutiert worden, obwohl er selbst sich mehrfach explizit auf das europäische Mittelalter bezog“, so die Veranstalter. „Daher wurde in mehreren Sektionen erörtert, ob die soziologische Differenzierungstheorie helfen kann, historische Einzelbefunde aus dem langen 15. Jahrhundert vergleichbar und interdisziplinär anschlussfähig zu machen.“ Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion, in der Vertreterinnen und Vertreter des COST-Forschungsnetzwerkes, des Exzellenzclusters sowie nationale und internationale Gäste die Potentiale des Ansatzes diskutierten.

## Forscher des Exzellenzclusters beim Katholikentag in Leipzig



Beim 100. Deutschen Katholikentag in Leipzig haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ wie bei früheren Kirchen- und Katholikentagen ihre Expertise aus verschiede-

nen Fächern eingebracht. Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack diskutierte mit Bundespräsident Joachim Gauck, dem Berliner Politikwissenschaftler Dr. Ahmet Cavuldak und der Direktorin des Caritasverbandes des Erzbistums Berlin, Prof. Dr. Ulrike Kostka, auf einem Podium die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Visionen eines realistischen Miteinanders“. Kirchenhistoriker Prof. Dr. Hubert Wolf sprach beim Festakt zum 100. Katholikentag. Er hat mit Kommunikationswissenschaftler Dr. Holger Arning eine **Geschichte der 100 Katholikentage** im Verlag Wissenschaftliche Buchgesellschaft vorgelegt.

An weiteren Veranstaltungen beteiligten sich die Sozialethikerin und katholische Theologin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, der Zeithistoriker Prof. Dr. Thomas Großbölting, der islamische Theologe Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, der katholische Theologe Prof. Dr. Klaus Müller und der orthodoxe Theologe Prof. Dr. Assaad Kattan. Der Katholikentag findet in Deutschland in der Regel alle zwei Jahre statt. 2016 stand er unter dem Leitwort „Seht, da ist der Mensch“ (Joh. 19,5). Veranstalter ist das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). 2018 kommt der Katholikentag nach Münster.

In Leipzig war die katholische Theologin Prof. Heimbach-Steins mit drei Beiträgen vertreten: Über die Wirkung der Umweltenzyklika von Papst Franziskus sprach sie bei der Veranstaltung „Laudato Sí - ein Jahr später“ der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-) Diözesen (AGU). Auf dem Podium „Religionsfreiheit als Testfall für die Menschenrechte“ debattierte Marianne Heimbach-Steins mit dem UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, dem Tübinger islamischen Theologen Prof. Dr. Mouez Khalfaoui und dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, über christliche und islamische Perspektiven. Um wachsende Vermögensungleichheit ging es bei der Veranstaltung „Der Graben wird tiefer“ des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), der Jesuitenmission Nürnberg und der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ).

### Christlich-islamischer Dialog

An zwei Veranstaltungen aus dem Themenbereich christlich-jüdischer Dialog und christlich-islamischer Dialog beteiligte sich auch der islamische Theologe Prof. Khorchide. Offene Fragen nach der Familiensynode diskutierte der Zeithistoriker Prof. Großbölting auf dem Podium „Zwischen Lehre und Lebenswelt“. Antworten auf ökumenische Fragen gab der orthodoxe Theologe Prof. Kattan im Gespräch „Ökumene: Was ich schon immer wissen wollte“. Außerdem diskutierte er auf dem Podium „Wie geht Reform? Ein multikonfessionelles Wandelforum“. Der katholische Theologe Prof. Müller beteiligte sich an einer Veranstaltung des Themenbereichs „Dialog mit Wissenschaft und Recht“.

## Zeitmodelle in den Schöpfungserzählungen



Mit Modellen von Zeit in biblischen und außerbiblischen Texten zur Schöpfung aus alttestamentarischer Zeit haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Münster und Paris in einer Tagung am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ befasst. „Die Sieben-Tage-Woche, heute in fast allen Kulturen eine gebräuchliche Zeiteinteilung, ist schon im Alten Testament verankert und dort in auffälliger Weise mit der Schöp-

fungserzählung verknüpft“, erläuterten die Organisatoren der Tagung, Theologe Prof. Dr. Reinhard Achenbach und Dr. Nikola Moustakis vom Centrum für Geschichte und Kultur des östlichen Mittelmeerraums (GKM).

Der Workshop ging der Frage nach, ob es eine Korrelation zwischen der Einteilung von Zeit und den Vorstellungen von Schöpfung in den biblischen und außerbiblischen Texten gibt. So ist die erste Erzählung der Bibel in sieben Tagen strukturiert, endet jedoch mit einer Anspielung auf die Liturgie des Sabbats, wie Prof. Achenbach sagte. „Hier liegen zwei Konzeptionen von Zeit vor: ein eindimensionales, lineares Zeitmodell während der ersten sechs Tage und ein kreisförmiges Zeitmodell mit der Feier derselben Liturgie an jedem siebten Tag.“

### Anfang und Ende, Leben und Tod

Die Teilnehmer der Konferenz fragten zum einen, welchen Einfluss die Schöpfungsgeschichte und ihre Interpretation auf spätere Traditionen der Bibel hatte. Zum anderen wurde untersucht, wie ein narratologischer Zugang,

verbunden mit philologisch-linguistischen Textanalysen, Zeitstrukturen in Texten sichtbar machen kann. Weiterhin sollte der Aspekt des „Anfangs“ und des „Endes“ im Sinne einer erzählten Chronologie in den Blick genommen werden – wozu auch die Thematik von Leben und Tod und ihre Zeitbezüge gehören.

Die Tagung mit dem Titel „Schöpfung und Zeit – Création et temps“ versammelte Wissenschaftler des Exzellenzclusters und des Kooperationspartners École des Langues et Civilisations de l’Orient Ancien (ELCOA) vom Institut Catholique de Paris. Das Angebot sollte vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern.

## „Konversionsberichte über Jahrhunderte konstant“



Prof. Dr. Martina Wagner-Egelhaaf

Über öffentliche Konversionserzählungen hat die Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Martina Wagner-Egelhaaf vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ mit dem Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung, „fluter“, gesprochen. Darin legt sie dar, warum viele Konvertiten ihre Bekehrung öffentlich machen

und warum sich Konversionsberichte vom Mittelalter bis heute ähneln. Das Interview mit dem Titel „**Schau mal, woran ich jetzt glaube**“ findet sich in der Online-Ausgabe des Magazins „fluter“.

Die wenigsten Menschen würden „still und heimlich für sich konvertieren“, erläutert die Wissenschaftlerin in dem Interview, das sich auch mit der Bedeutung des Wortes

„Konversion“ und dem Unterschied zwischen religiösen und nichtreligiösen Formen der Lebenswende befasst. „Vielmehr wollen sie, dass die Öffentlichkeit ihre Bekehrung wahrnimmt.“ Die Grundmuster der Konversionsberichte seien „erstaunlich konstant“, führt Prof. Wagner-Egelhaaf aus. So würde sich etwa das Motiv der Suche über die Jahrhunderte hinwegziehen, sagte die Professorin für Neuere deutsche Literaturgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Moderne an der Uni Münster. Sie leitet am Exzellenzcluster das Projekt B2-18 „Conversio, oder: Du musst Dein Leben ändern. Figurationen – Szenen – Medien“ und organisierte im Wintersemester 2015/16 die Ringvorlesung „Konversion. Glaubens- und Lebenswenden“.

## Frühneuzeitliche Ehekonflikte und der Einfluss der Reformatoren

Ehekonflikte vor rund 500 Jahren: Wenn Frauen der Reformationszeit eine Scheidung von ihrem gewalttätigen Ehemann anstrebten, halfen ihnen vor Gericht laut einer Studie die neuen Moralvorstellungen der Reformatoren. „Zwar durften Männer ihre Frauen weiterhin zur Disziplinierung züchtigen, aber nicht mehr aus dem Affekt heraus. Das galt den Reformatoren als Sünde und mitunter als Grund für Scheidungen“, erläutert Frühneuzeit-Historikerin Dr. Iris Fleßenkämper vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster. „Diese Argumentation konnten Frauen vorbringen, um vor weltlich-kirchlichen Gerichten eine Scheidung oder eine Ehetrennung auf Zeit einzufordern“, so die Wissenschaftlerin, die in



Dr. Iris Fleßenkämper

ihrer Studie frühneuzeitliche Scheidungsverfahren in protestantischen Regionen untersucht und exemplarisch mehrere hundert Quellen auswertet, darunter Gerichtsprotokolle, Akten von Ehetrennungsverfahren sowie Einträge aus sogenannten Rügeregistern, Urfehde- und Presbyterialbüchern aus der ehemaligen Grafschaft Lippe.

Protestantische Frauen des 16. und 17. Jahrhunderts argumentierten demnach regelmäßig vor Gericht, ihre Männer hätten ihnen nicht gezielt Gewalt angetan, sondern impulsiv – etwa unter Alkoholeinfluss oder aus purer Grausamkeit. „Die Gatten standen damit als gottlose Sünder da“, so Iris Fleßenkämper. „Zwar kam es äußerst selten zur Scheidung, vielmehr zu Ehetrennungen auf Zeit oder zu Kirchenzuchtverfahren, in denen der gewalttätige Ehemann öffentlich ermahnt wurde, sein Verhalten zu bessern.“ Ein Presbyter sollte etwa ein „wachendes Auge“ auf das Paar werfen. „Doch mit den Reformatoren erhielten die Frauen ganz neue Argumente, sich gerichtlich gegen häusliche Gewalt zu wehren. Das reichte von einer Anna Küster, die beklagte, ihr Mann verhielte sich eher wie ein ‚Tyran und grausamer teuffel‘ denn wie ein Christ, bis zu Catrina Ebels, deren Mann sie geschlagen, bespuckt und eine Hure geschimpft haben soll.“

### „Braun, blau und blutrünstig“ geschlagen

Im Hintergrund stand das fundamental neue Eheverständnis der Reformatoren wie Martin Luther (1483–1546), die der Ehe den Sakramentscharakter absprachen und sie als rein weltliche, nicht mehr als geistliche Angelegenheit ansahen, weshalb die Ehe für Protestanten nicht mehr unauflöslich war und erstmals Scheidung mit der Möglichkeit zur Wiederheirat möglich war. Um den neuen Ehevorstellungen der Reformatoren Rechnung zu tragen, gründeten die Landesherren protestantischer Gebiete Ehegerichte, in denen weltliche Beamte und kirchliche Vertreter unter dem Vorsitz des Landesherrn gemeinsam Recht sprachen.



In der protestantischen Grafschaft Lippe, die das Gebiet rund um die Städte Lemgo und Detmold östlich von Bielefeld umfasste, setzte Landesherr Graf Simon VI. (1563–1613) ein solches Konsistorium ein, das neben Verlobungsklagen, also Klagen auf Einlösung des durch den Mann gegebenen Eheversprechens, zunehmend auch Scheidungs- und Trennungsverfahren verhandelte. Hier gab etwa eine Maria Hunecke an, ihr Mann habe sie „braun, blau und blutrünstig“ geschlagen. Der Ehemann Anton Kudrup argumentierte, er habe die Ehre als Hausvater verteidigen müssen, als die Frau nicht gehorchte. So habe er „ex justo dolore“ gehandelt, aufgrund einer Provokation. Eine Ohrfeige habe Gehorsam bewirken sollen, da nach heiligem und menschlichem Recht die Frau dem Willen des Mannes zu folgen habe. Der Vorwurf der Grausamkeit sei unangebracht.

### „Sünden, die den Zorn Gottes hervorrufen“

„Die Analyse der zahlreichen Gerichtsprotokolle, die heute im Landesarchiv NRW in Detmold liegen, lassen wiederkehrende, und geschlechterspezifische Argumentationstaktiken weiblicher Anklage und männlicher Rechtfertigung erkennen“, so Iris Fleßenkämper. „In stereotyper Weise berufen sich die Klägerinnen auf die Argumente evangelischer Theologen und Juristen, nach denen Ehebruch, Verweigerung des Geschlechtsaktes, unchristliches Verhalten, Grausamkeit (*saevitia*) und lebensbedrohliche Gewalt (*insidia vitae*) aus dem Affekt Scheidungsgründe waren.“

Die Schilderungen mancher Frauen fielen entsprechend drastisch aus: Die Klägerin Engel Mußmann gab im Jahr 1615 an, ihr Mann habe sie immer wieder geschlagen, noch dazu sei er seit der Heirat vor sechs Jahren immerzu faul und betrunken. Eine Anna Stevens wiederum beschwerte sich über die „unmenschlichen schläge“ ihres Mannes und die Drohung, sie umzubringen. 1687

schilderte die Klägerin Margarete Strot, der Gatte habe sie so hart geschlagen, dass sie gar den Respekt der Knechte verloren habe.

„Die protestantische Kirche in der Grafschaft Lippe sah maßlose Gewalt und den Missbrauch von Alkohol als Sünden, die den Zorn Gottes hervorriefen und damit auf einer Stufe mit Ehebruch standen“, erläutert Iris Fleßenkämper. „In Richtung der Pastoren im Gerichtssaal beriefen sich die Frauen daher auf solche christlichen Normen, um eine Trennung von ihren Ehemännern zu bewirken.“ Sie stellten den Ehemann als unbeherrscht, gewalttätig, als „Unchristen und gotlose[n] Heiden“ dar.

Die Untersuchung der frühneuzeitlichen Gerichtsprotokolle ist Teil des laufenden Forschungsprojekts A2-5 von Iris Fleßenkämper im Habilitandenkolleg des Exzellenzclusters, das den Titel trägt „Ehekonflikte zwischen Verbrechen und Sünde: Zum Verhältnis von weltlicher und geistlicher Strafgewalt in der frühneuzeitlichen Grafschaft Lippe“. Am Beispiel der Grafschaft Lippe wird darin untersucht, wie Herrschaft und Rechtsprechung zwischen neuer Kirchen- und Eheordnung, weltlicher Gesetzgebung, lokaler Volkskultur und überregionaler Rechtsstradition funktionierten. Die Ergebnisse werden im Rahmen einer Habilitationsstudie veröffentlicht werden.

### Presseecho (Auswahl)

- › Ehe kaputt  
Magazin *chrison* vom 1. Juli 2016
- › Reformation half Frauen im Ehestreit  
Westfälische Nachrichten vom 4. Mai 2016

## Leitlinien für die Wissenschaftskommunikation entwickelt



Viola van Melis

Im Rahmen der bundesweiten Debatte um Qualitätskriterien für die Wissenschaftskommunikation und um gesellschaftliche Anfragen an die Forschung haben Kommunikatoren, Wissenschaftler und Journalisten aus Hochschulen und Stiftungen „Leitlinien zur guten Wissenschafts-PR“ entwickelt. Der überinstitutionelle Arbeitskreis, organisiert vom Dachverband „Wissenschaft im Dialog“ (WiD) und dem Bundesverband Hochschulkommunikation, erarbeitete die Leitlinien über mehrere Monate und präsentierte sie im April in Berlin.

An dem Prozess war auch der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster beteiligt. Die Leiterin des Zentrums für Wissenschaftskommunikation, Viola van Melis, brachte Erfahrungen und Analysen aus der Forschungsvermittlung für die Geistes- und Sozialwissenschaften ein, für die das Zentrum 2009 als Pilotprojekt gegründet wurde. Philosoph Prof. Dr. Michael Quante nahm die Leitlinien aus ethischer Sicht unter die Lupe.

In der Präambel der Leitlinien heißt es „Wissenschaft prägt weite Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens. Sie ist Grundlage für politische, wirtschaftliche und persönliche Entwicklungen und Entscheidungen. [...] Damit kommt verlässlichen Informationen von und über Wissenschaft eine immer größere Bedeutung zu. Entsprechend groß ist die Verantwortung der vielfältigen Akteurinnen und Akteure, die Wissenschaft kommunizieren.“ Die Rahmenbedingungen hätten sich durch vielfältige innerwissenschaftliche und gesellschaftliche Entwick-

lungen, auch gravierende Umwälzungen in Journalismus und digitaler Kommunikation, verändert. „Damit wachsen die Ansprüche an die Verständlichkeit und Qualität der bereitgestellten Informationen und Dienstleistungen.“ Den Leitlinien ist eine detaillierte „Checkliste“ angefügt, die bei der praktischen Umsetzung der Leitlinien, wie Transparenz und Vollständigkeit der Information über Forschungen und Hochschulleben, unterstützen soll.

# Ringvorlesung „Religionspolitik heute. Problemfelder und Perspektiven in Deutschland“

## Einführung in Fragen der Religionspolitik



Prof. Dr. Ulrich Willems

Zum Auftakt der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ des Exzellenzclusters und des Centrums für Religion und Moderne hat der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems eine Einführung in religionspolitische Problemfelder und Positionen gegeben. Er erörterte historische, normative und systematische Grundlagen

der Religionspolitik ebenso wie konkrete Fragen der aktuellen Religionspolitik. Prof. Willems analysierte dabei die Verfassungen von Bund und Ländern, Partei- und Wahlprogramme sowie die bürokratische Praxis und Gesetzesvorhaben in Bund und Ländern.

Das Christentum und die beiden christlichen Großkirchen werden nach Einschätzung des Forschers in Deutschland staatlich bevorzugt. „Die deutsche Religionspolitik weist eine religiös-christlich-großkirchliche Schlagseite auf und benachteiligt damit Konfessionslose und Minderheitenreligionen wie den Islam“, so der Wissenschaftler. Als Beispiele für diese „Asymmetrie“ nannte er hohe Hürden zur Erlangung des Status‘ der Körperschaft öffentlichen Rechts sowie zahlreiche gesetzliche Maßnahmen, die den Kirchen Vorrang etwa im Sozial- und Bildungssektor gäben.

„Die Politik in Bund und Ländern reagiert auf die wachsende Religionsvielfalt nur langsam und zögerlich, obwohl

die historisch begründete Nähe von Staat und katholischer und protestantischer Kirche einen wesentlichen Teil der heutigen religionspolitischen Probleme verursacht.“ In der Kopftuchgesetzgebung etwa habe sie „die Probleme verschärft, statt sie zu lösen“. Es bestehe an vielen Stellen ein erheblicher Problemdruck, wie die Konflikte um Beschneidung, Kruzifix, Schächten, Islamunterricht oder Moscheebau zeigten.

Mit Blick auf Partei- und Wahlprogramme aus den Jahren 2000 bis 2013 sagte der Wissenschaftler: „Die SPD zeigt bislang ein freundliches Desinteresse am religionspolitischen Feld, während sich die CDU – mit wenigen Ausnahmen wie dem islamischen Religionsunterricht und islamischen Fakultäten an deutschen Hochschulen – zu einem beherzten ‚Weiter so!‘ bekennt.“ Nur die Partei Bündnis 90/Die Grünen habe sich dem Politikfeld inzwischen systematisch gewidmet. Nachdem Ende der 2000er Jahre innerparteilich verstärkt religionspolitische Fragen aufgekommen seien, habe sich eine religionspolitische Kommission gebildet, deren Abschlussbericht nun vorliegt und im Herbst bei der Bundesdelegiertenkonferenz in Münster diskutiert werden soll.

### Debatte nach kanadischem Vorbild gefordert

Die Vorgehensweise der Grünen sei ein guter Anfang für eine breite politische und gesellschaftliche Diskussion über das Feld der Religionspolitik, so der Wissenschaftler. Eine Expertenkommission nach kanadischem Vorbild könne einen gesellschaftsweiten Diskurs in Gang setzen. „Ein solches Instrument täte der deutschen Diskussion über den Umgang mit den Herausforderungen religiöser

Vielfalt gut und könnte wieder zu einer sachlichen und unaufgeregten Debatte führen. Wir brauchen differenzierte Gespräche darüber, ob sich das Modell einer engen Staat-Kirche-Kooperation noch eignet, um den religiösen Mehr- und Minderheiten gleichermaßen Religionsfreiheit zu gewähren, beziehungsweise wie es verändert werden muss, um die Benachteiligung von Konfessionslosen und Muslimen zu beseitigen.“

### Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › **Fronleichnamsgespräch** (Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems zum Thema der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“) Hessischer Rundfunk, „Horizonte“ vom 26. Mai 2016
- › **„Vernachlässigte Religionspolitik“** domradio.de vom 11. Mai 2016
- › **„Politik weist Schlagseite auf“** Islamische Zeitung online vom 16. Mai 2016
- › **Zwischen Christentum und Islam** Deutschlandfunk vom 19. Mai 2016
- › **„Niemand darf mit seiner Anschauung dem anderen auf den Wecker gehen“** (Replik des religionspolitischen Sprechers der Grünen, Volker Beck, auf die These des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Ulrich Willems an die Politik, eine Reform der religionspolitischen Ordnung Deutschlands versäumt zu haben) Deutschlandfunk „Tag für Tag“ vom 9. Mai 2016
- › **„Die Mehrheit der Muslime lebt ihren Glauben auf dem Boden des Grundgesetzes“** (Replik des religionspolitischen Sprechers der CDU/CSU Fraktion im Bundestag, Franz Josef Jung, auf Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems) Deutschlandfunk „Tag für Tag“ vom 3. Mai 2016

## Politiker mahnen offenere Debatten über und mit Religionen an



Moderator Joachim Frank, Thomas Sternberg (CDU), Rektorin Ursula Nelles, Kerstin Griesse (SPD), Volker Beck (Die Grünen), Ulrich Willems (v.l.)

Führende Religionspolitiker haben am Exzellenzcluster mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems über aktuelle Konflikte, Lösungsansätze und Grundsatzfragen der Religionspolitik diskutiert. Das öffentliche Podium des Exzellenzclusters und des Centrums für Religion und Moderne trug den Titel „Reformdruck in der Religionspolitik?“. Der Grünen-Politiker Volker Beck sagte in der Debatte, er vermisse bei den großen Islamverbänden in Deutschland die Ausrichtung ihrer Identität nach einem religiösen Bekenntnis. „Unter dem Dach von Ditiib oder Islamrat findet nicht nur Religion statt, sondern auch sehr viel türkische Politik. Politik, Sprache und Herkunft prägen stark die Identität und Grenzen der Verbände“, so der religionspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion. Zentrales Identitätsmerkmal der Verbände sei bisher nicht ein jeweiliges, theologisch begründetes Glaubensbekenntnis, sondern seien etwa ihr Verhältnis zur Türkei oder andere Herkunftsbezüge. „Voraussetzung für den Körperschaftsstatus, den die Verbände anstreben, ist aber die Organisation nach dem religiösen Bekenntnis. Dieses Recht haben nur Religionsgemeinschaften, nicht religiöse Vereine. Da müssen wir klar bleiben.“



Parteienvertreter diskutieren Religionspolitik

Das deutsche Religionsverfassungsrecht sei erfreulich pluralitätsoffen für unterschiedlichste Religionen und Gemeinschaften, für weit mehr als etwa für die christlichen Kirchen, sagte Beck. Doch für den Körperschaftsstatus gebe es klare Regeln. Wer sie wolle, bekomme Rechte, aber auch Pflichten. „Körperschaften üben öffentliches Recht aus und sind weitgehend staatlicher Aufsicht entzogen. Wir müssen uns schon fragen, ob wir der staatlichen Religionsbehörde in Ankara dies über die Ditib einräumen wollen, obwohl sie ein von Ankara beeinflusster religiöser Verein ist und keine Religionsgemeinschaft. Muslimisch sein ist eine religiöse Identität, türkisch sein ist es nicht. Es ist eine Herkunft oder Nationalität.“ Wer hingegen Gottesdienste feiern und den eigenen Riten nachgehen wolle, brauche den Körperschaftsstatus nicht. „Die Glaubensfreiheit ist auch für die Gläubigen garantiert, deren Glaubensgemeinschaft nicht staatliche Anerkennung erhalten haben.“

### SPD-Politikerin warnt vor Entfremdungstendenzen

Die SPD-Politikerin Kerstin Griese warnte mit Blick auf die Zuwanderungsdebatte davor, in der Integrations- und Religionspolitik die gleichen Fehler wie in früheren Jahrzehnten zu machen. „Wir brauchen eine Debatte über Religionen, sonst gibt es Entfremdungstendenzen“, unterstrich die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion. „Die Menschen bringen ihre Religion mit, die religiöse Landschaft wird

vielfältiger. Daher brauchen wir gesellschaftliche Aushandlungsprozesse darüber, wie wir mit verschiedenen Religionen umgehen wollen.“ Derzeit werde immer heftiger polemisiert, etwa aus AfD-Richtung. „Es kann nicht sein, dass die öffentliche Forderung nach flächendeckendem islamischem Religionsunterricht an Schulen einen Shitstorm im Internet auslöst.“

Griese betonte wie Volker Beck, dass das Religionsverfassungsrecht offen für eine Einbindung anderer Religionen wie den Islam sei. „Wir brauchen aber weniger abstrakte Debatten mit Muslimen, als offene Gespräche über konkrete Fragen, etwa über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, den Kampf gegen Fundamentalismus in den eigenen Reihen oder zur Einstellung zum Staat Israel.“ Wenn Integration gelingen solle, müsse miteinander gesprochen werden.

### Religionsfreundliches deutsches Modell gewürdigt

Der CDU-Politiker Thomas Sternberg hob hervor, wie wichtig angesichts wachsender Polarisierungen in der Gesellschaft das deutsche, religionsfreundliche Modell einer Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften sei. „Die im Grundgesetz festgeschriebene Religionsfreiheit gilt für alle Religionen, auch für den Islam“, unterstrich der Politiker. „Das ist entscheidend in einer Zeit, in der der gesellschaftliche Konsens über Grundwerte wegbricht.“ Der Politiker verwies auf die Lage in Frank-



Diskussion mit dem Publikum

reich. „Der strenge Laizismus in Frankreich funktionierte solange, wie es unterhalb der staatlichen Ebene eine funktionierende Kirche gab. Mit dem zunehmenden Säkularismus wird es schwierig.“ Politikwissenschaftler Ulrich Willems warf den Parteien in Deutschland vor, sie hätten das Feld der Religionspolitik vernachlässigt. Religionsfragen stünden seit 25 Jahren auf der Tagesordnung, doch es fehle an politischen Ideen und Phantasie, um tragfähige Lösungen für Konflikte zu finden. Der Wissenschaftler forderte vielfältigere Anerkennungsmöglichkeiten, die auch kleinere Religionsgemeinschaften berücksichtigen. „Wer Ungleichheit abschaffen will, muss den Muslimen und Konfessionslosen entgegenkommen und ihnen vergleichbare Möglichkeiten geben wie den Kirchen.“

### Rektorin würdigt Religionsforschung

Die Rektorin der Universität Münster, Prof. Dr. Ursula Nelles, hob in ihrem Grußwort die politische Bedeutung des Dialogs der Religionen hervor. „Weltanschaulich muss man nicht einer Meinung sein, doch deshalb nicht miteinander zu sprechen, wird die Differenzen der Religionen untereinander nicht mindern.“ Ebenso wichtig sei es, Religionsfragen wissenschaftlich zu untersuchen, auch das Verhältnis von Religion und Politik. Die Universität Münster sei dabei mit dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“, dem Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) und den beiden starken christlichen Theologien exzellent aufgestellt. Die Rektorin verwies dabei auf den geplanten **Campus der Theologien**, auf dem christliche und islamische Theologen in Zukunft zusammenarbeiten werden und mit dem die Universität ihr Profil als exzellenter Standort der Religionsforschung ausbauen werde.

#### Presseecho (Auswahl)

- › **Beck kritisiert Islam-Verbände**  
focus online vom 1. Juli 2016
- › **„In Islamverbänden zu viel Politik, zu wenig Religion“**  
JuraForum vom 29. Juni 2016

## Aktuelle Positionen von Religions- und Weltanschauungsvertretern



Moderator Joachim Frank, Mohammad Dawood Majoka, Marianne Heimbach-Steins, Stefanie Springer, Avichai Apel, Michael Bauer (v.l.)

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben am Exzellenzcluster mit der Sozialethikerin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins über aktuelle Linien der Religionspolitik diskutiert. Rabbiner Avichai Apel, Vorstandsvorsitzender der Orthodoxen Rabbinerkonferenz, sagte auf dem Podium, er erwarte vom Staat eine Religionspolitik, die die jahrtausendealten Traditionen des Judentums schützt. „Religionspolitik ist für uns ein Schutz, durch den wir hierzulande seit Jahrzehnten sicher unseren Glauben leben können. Wir erwarten, dass wir unsere religiösen Sitten und Bräuche in Ruhe und ohne Einmischung pflegen können.“ Das Religionsverfassungsrecht biete diesen Schutz, so der Rabbiner, der im Sommer von Dortmund nach Frankfurt gewechselt hat. Dass es Regelungen wie das Beschneidungsgesetz geben müsse, sei bedauerlich, biete jüdischen Eltern nun aber Rechtssicherheit.

Rabbiner Apel fügte an, Juden lebten schon seit 1.000 Jahren in Deutschland, doch erst seit 50 Jahren führten Kirchen und Judentum einen Dialog auf Augenhöhe. „Das hat zu einem guten Verhältnis und gegenseitiger Unterstützung geführt, wie auch die kirchlichen Stimmen in der Beschneidungsdebatte gezeigt haben.“ Ohne die

Unterstützung des Staates für die jüdischen Gemeinden könnten diese heute nicht bestehen, so Apel. Mittlerweile lebten wieder rund 120.000 Juden in Deutschland in mehr als 110 lebendigen Gemeinden.

### **Körperschaftsstatus für muslimische Gruppen**

Auch der Leiter der Abteilung für externe Angelegenheiten der muslimischen Gemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland, Dr. Mohammad Dawood Majoka, würdigte, dass das Religionsverfassungsrecht die Traditionen von Religionsgemeinschaften schütze. „Als Körperschaft öffentlichen Rechts können wir mit dem Staat auf Augenhöhe reden und erhalten Rechte, ohne die wir unsere Religion nicht leben könnten.“ Als Beispiel nannte er das Recht, eigene Friedhöfe zu betreiben. Dass die Ahmadiyya-Gemeinde in Hamburg und Hessen den Körperschaftsstatus erlangt habe, bewiese, dass dies muslimischen Gemeinschaften generell möglich sei. Das gelte aber nur dann, hob Majoka hervor, „wenn sie wie die Ahmadiyya eine rein religiöse Gemeinschaft sind“. Andere Islam-Verbände seien national, ethnisch und sprachlich ausgerichtet. Majoka kritisierte zugleich die anhaltende Forderung nach einem gemeinsamen Ansprechpartner aller Muslime für den Staat. „Im Christentum gibt es mit den verschiedenen Kirchen auch mehrere Ansprechpartner.“



Angeregte Debatte zur Religionspolitik

Die Präsidentin des Landeskirchenamtes der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Dr. Stephanie Springer, betonte, das Religionsverfassungsrecht gelte für alle Religionen und solle ihre freie Entfaltung ermöglichen. „Es erfüllt die Anforderungen einer religiös vielfältigen Gesellschaft.“ Die Begriffsverschiebung vom „Staatskirchenrecht“ zum „Religionsverfassungsrecht“ zeige diesen Wandel, von dem auch andere Religionen als Christentum und Judentum profitieren könnten. So stehe der Körperschaftsstatus allen Religionsgemeinschaften offen, die die säkular begründeten mitgliedschaftsrechtlichen Voraussetzungen schafften und die fundamentalen Verfassungswerte einhielten. Historisch betrachtet habe die Einbettung der christlichen Kirchen in demokratische Prozesse positiv auf sie zurückgewirkt und sie zur Anerkennung von Werten wie Demokratie, Geschlechtergleichheit und Pluralität gebracht. „Das Religionsverfassungsrecht bietet auch anderen Religionsgemeinschaften diese Chance, sich in Richtung Liberalisierung zu öffnen.“

### **„Humanistische Lebenskunde einführen“**

Michael Bauer vom Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) warb für ein Umdenken in der Religionspolitik. „Nicht-gläubigen Menschen sollten dieselben Möglichkeiten wie religiösen Menschen zukommen.“ So sollten auch nicht-religiöse Menschen das Recht haben, „dass ihre Kinder ihre Weltanschauung und Tradition in der Schule fundiert erlernen können“. Daher solle in Deutschland flächendeckend das Schulfach „Humanistische Lebenskunde“ gleichwertig zum konfessionellen Religionsunterricht eingeführt werden, wie es dies in Berlin und Brandenburg bereits gebe. „An diesen bekenntnisgebundenen Unterricht kann und soll sich das gegenseitige Kennenlernen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen anschließen. Doch zunächst ist die eigene Tradition kennenzulernen, damit dieser Dialog untereinander auf einer guten Basis stattfinden kann.“

In Zukunft werden Christen nach Einschätzung des HVD-Vertreters in Deutschland in der Minderheit sein. „Religiöse Menschen überhaupt werden in der Minderheit sein, schon jetzt richten nur 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung ihr Leben religiös aus.“ Der Rechtfertigungsdruck für eine Privilegierung der Religionsgemeinschaften werde damit steigen, so Bauer, dessen Verband in mehreren Bundesländern den Körperschaftsstatus erlangt hat.

### Religionspolitik baut auf Religionsfreiheit

Die vier Vertreter der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften diskutierten mit der katholischen Theologin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, die die Bedeutung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit unterstrich. „Sie ist das normative Fundament einer staatlichen Religionspolitik. Sie lässt sich allerdings nicht allein rechtlich erreichen, wir können dabei nicht nur auf das Religionsverfassungsrecht setzen.“ Vielmehr seien die Religionsgemeinschaften auch selbst in der Verantwortung für das Gut der religiösen Freiheit. „Gerade in pluralen Gesellschaften sollten sie sich an der Auseinandersetzung der weltanschaulichen Positionen beteiligen“, unterstrich die Sozialethikerin. „Wo Menschen unterschiedlicher Religion und Weltanschauung zusammenleben und Konflikte entstehen, brauchen wir offene, gut hörbare, aber zugleich respektvolle Debatten.“ Solche Spannungen ließen sich nicht durch die Privatisierung von Religion lösen.

### Presseecho (Auswahl)

Weitere Medienbelege im Newsletter unter [Presseecho](#)

- › [Auf alle Fälle wird es „pluraler“](#)  
Westfälische Nachrichten Online vom 7. Juli 2016
- › [Exzellenzcluster: Diskussion über Religionspolitik](#)  
Westfälische Nachrichten vom 5. Juli 2016
- › [Es ist richtig, zuerst die eigenen Traditionen kennenzulernen](#)  
diesselts.de vom 6. Juli 2016

## Geschichte der Religions- und Kirchenartikel des Grundgesetzes



Prof. Dr. Thomas Großbölting

Über die Entstehung und Entwicklung der religionspolitischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) hat der Zeithistoriker Prof. Dr. Thomas Großbölting vom Exzellenzcluster in der öffentlichen Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ gesprochen. In seinen Ausführungen zeichnete der Wissenschaftler nach, wie 1949 die Religions-

und Kirchenartikel des Grundgesetzes zustande kamen, die das Verhältnis des Staates und der beiden christlichen Kirchen bis heute prägen. Die Übernahme der Kirchenpassagen der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 in das Grundgesetz beruhte nicht auf einer breit getragenen Entscheidung, sondern diente vor allem der Konfliktvermeidung, wie Prof. Großbölting sagte. Mit Blick auf diese „schleppende Entstehungsgeschichte“ der religionspolitischen Ordnung gebe es wenig Grund, das heutige Staat-Kirchen-Verhältnis „in besonderer Weise als schützenswert oder sakrosankt“ zu sehen.

„Religionspolitische Ordnungen werden nicht am Reißbrett der politischen Planung entworfen, sondern sind das Ergebnis zufälliger Macht- und Politikkonstellationen“, so der Wissenschaftler. Dies treffe besonders auf die Kirchenartikel des Grundgesetzes zu: Religionspolitisch hätten die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die das Grundgesetz erarbeiteten, auf Kontinuität und Konfliktvermeidung gesetzt, „indem sie die Frage nach der Zuordnung von Staat und Kirche schleppend behandelten und sich als Kompromiss auf alte Formeln der Weimarer Republik



zurückzogen“, erläuterte Prof. Großbölting. „Die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren sich im Klaren darüber, welche Sprengkraft die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche in der jungen BRD haben konnte.“

### „Religionspolitik dysfunktional“

Als Ergebnis dieser Entscheidungen von 1949 sei die Religionspolitik der Bundesrepublik heute „in hohem Maße dysfunktional“, so der Zeithistoriker. Die besondere Stellung der Kirchen benachteilige Gemeinschaften anderer religiöser Bekenntnisse und blockiere deren Integration. Das politische System und die Gesellschaft in Deutschland seien weder darauf vorbereitet, dass immer weniger Menschen religiös seien, noch, dass die Ausdrucksformen und Aushandlungsprozesse in dem schrumpfenden religiösen Segment vielfältiger und extremer würden. Prof. Großbölting: „Von Staatsseite aus gibt es keinen aktiven und erst recht keinen pro-aktiven Umgang mit der Herausforderung der religiösen Vielfalt. In Politik, Verwaltung und öffentlichem Leben hat man sich mit dem religionspolitischen Status Quo gut eingerichtet und flickschustert dann daran herum, wenn es sich nicht vermeiden lässt.“

Die Ausführungen mit dem Titel „Restauration oder Aufbruch in der Rechristianisierung? Entstehung und Entwicklung der religionspolitischen Ordnung der Bundesrepublik“ kommentierte der evangelische Theologe und Sozialethiker Prof. Dr. Arnulf von Scheliha. Mit Blick auf eine vermeintliche Privilegierung der beiden Großkirchen hob er hervor, dass bereits frühzeitig eine nicht-christliche Religion den Status der Körperschaft öffentlichen Rechts erhalten habe, nämlich der Zentralrat der Juden. Das habe in der jungen BRD wesentlich dazu beigetragen, den Neuanfang des jüdischen Lebens zu unterstützen, so der Theologe. Er erinnerte auch daran, dass inzwischen verschiedene kleine Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften diesen Status erlangt hätten, etwa die Zeugen Jehovas, die Neuapostolische Kirche, die Ahnadiyya Muslim Jammaat und der Humanistische Verband in verschie-

denen Bundesländern. Religionspolitik sei „mehr als die Frage, wer und warum den Körperschaftsstatus hat“.

Dass der Kompromiss von 1949 modernisierungsfähig sei, zeige die religionspolitische Praxis in Deutschland, etwa zuletzt die Staatsverträge zwischen den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit den islamischen Verbänden, unterstrich Prof. von Scheliha. In der gegenwärtigen Parteienlandschaft sehe er keine Initiative zu einer grundlegenden Überarbeitung der verfassungsrechtlichen Grundlagen der Religionskultur. „Die Mehrheit des Deutschen Bundestages scheint keinen Diskursbedarf zu sehen.“

### „Menschenrecht auf Religionsfreiheit unter Druck“



Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Das Recht auf Religionsfreiheit gilt Wissenschaftlern zufolge für alle Religionen gleich und lässt sich entgegen Anti-Islam-Positionen der AfD nicht verschiedenen Religionen unterschiedlich stark zusprechen. „Wer die Religionsfreiheit für politische oder religiöse Einzelinteressen verein-

nahmt, unterläuft ihren menschenrechtlichen Charakter“, sagte die Sozialethikerin und Menschenrechtsexpertin Prof. Dr. Heimbach-Steins vom Exzellenzcluster in ihrem Vortrag in der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“. Die Religionsfreiheit diene gerade nicht dazu, „eine bestimmte Religion unter ‚Artenschutz‘ zu stellen“ oder andere auszuschließen. Sie lasse sich auch nicht unter einen Kulturvorbehalt stellen, wie es AfD-

Mitglieder für den Islam versuchten, nach deren Auffassung Religionen nur dann von der Religionsfreiheit profitieren könnten, wenn sie in der entsprechenden Kultur „nicht fremd“ seien.

In der weltanschaulich und religiös zunehmend vielfältigen Gesellschaft werde das Menschenrecht auf Religionsfreiheit künftig noch mehr in Frage gestellt, prognostizierte die Wissenschaftlerin. Die Religionsfreiheit gerate gerade dort unter Druck, wo der Verdacht bestehe, sie diene „bloßen Partikularinteressen oder Privilegien“. Wer glaube, der Staat solle eine bestimmte Religion schützen und ihre Dominanz sichern, verfehle jedoch den Anspruch der Religionsfreiheit im Kern. Diese Position, die die katholische Kirche früher vertreten habe, sei heute noch in islamischen Staaten anzutreffen. „Stattdessen sollten Gesellschaften sich der Herausforderung der Vielfalt stellen und den Streit über Weltanschauungen kultivieren“, sagte die Wissenschaftlerin. „Weltanschauliche und religiöse Spannungen sind nicht durch staatlich verordnete Privatisierung oder Verbannung irritierender Überzeugungen und deren Äußerung aus dem öffentlichen Raum zu lösen.“

### „Islam und Islamismus unterscheiden“

Die Religionsfreiheit gerät nach den Worten der Wissenschaftlerin heute außerdem dort unter Druck, wo sie „tatsächlich für Einzelinteressen instrumentalisiert wird, sei es zur Legitimation fragwürdiger politischer Ziele oder als Projektionsfolie für Fremdenfeindlichkeit“. Auch das lasse sich an AfD-Positionen veranschaulichen, die etwa Minarette als Symbole des Herrschaftsanspruchs eines politischen Islams verbieten wollten. „In polemischer Absicht wird hier die Differenz zwischen Islam und Islamismus negiert.“

Stattdessen gelte es in der Gesellschaft, die weltanschaulichen Positionen anderer ernst zu nehmen, unterstrich die Forscherin. „Es geht darum, die nicht geteilten oder sogar

ausdrücklich abgelehnten Überzeugungen anderer zu tolerieren, solange sie nicht ihrerseits das respektvolle Miteinander untergraben, wie es im Fall von Hass und Gewalt der Fall ist.“ Im öffentlichen Raum könnten unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen, wie Konflikte von religiöser Kleidung in Schulen bis zu Moscheebauten gezeigt hätten. „Bei konkurrierenden Freiheitsansprüchen ist ein fairer Ausgleich zu suchen“, so die Theologin. In einer freiheitlichen Ordnung sollten aber Freiheitseinschränkungen in der Religionsausübung die Ausnahme bleiben. Sie sollten zudem auf Gesetzen basieren und „transparent, nachvollziehbar und verhältnismäßig“ sein.

## Philosoph Lübbe kritisiert Umgang mit nicht-christlichen Religionen



Prof. Dr. Hermann Lübbe

Deutschland sollte nach Einschätzung des renommierten Religionsphilosophen Prof. Dr. Hermann Lübbe gegenüber Religionen wie dem Islam, die durch Zuwanderung neu ins Land kommen, nicht als „Religionsaufklärer“ auftreten. „Im deutschen religionspolitischen Ordnungsmodell des Konsenses herrscht die

Auffassung, Muslime sollten aus den Hinterhofmoscheen herausgeführt und an staatliche Aufklärungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten gebracht werden. Erst dann, so denkt man, werden sie zu Bürgern unseres Landes“, sagte der Philosoph von der Universität Zürich am Exzellenzcluster. Während ein Land wie die USA eine starke Koexistenz von durchaus unvereinbaren Religionen und Konfessionen ermögliche und erlaube, suche Deutschland vergeblich ein „Maximum an Konsens“

zwischen den Religionen. Der Vortrag trug den Titel „Amerika, du hast es besser! – Religionspolitische Aufklärung im Vergleich“.

### Französischer Laizismus

„Das religionspolitische System der USA hat seit den Anfängen die große Fähigkeit, eine in Europa nirgends gekannte Fülle verschiedener Religionen aufzunehmen“, führte der Wissenschaftler aus. Aus dem Freiheitswillen der Amerikaner ergebe sich „eine maximale Zulassung von unvereinbaren religiösen Optionen und Konfessionen“. Im Unterschied zur kooperativen Ausgestaltung zwischen Staat und Kirche in Deutschland halte sich der Staat in den USA daran, sich nicht in die religiösen Angelegenheiten seiner Bürger einzumischen. Der Unterschied der US-amerikanischen Religionspolitik zur deutschen könne damit nicht größer sein, hob der Religionsphilosoph hervor. Die US-amerikanische Religionsfreiheit lasse sich als eine Ordnung der „Koexistenz des Unvereinbaren“ beschreiben.

Der Wissenschaftler führte aus, dass die US-amerikanische Religionspolitik zu Unrecht häufig mit der französischen gleichgesetzt werde. Das amerikanische System der Trennung von Staat und Kirche könne nicht mit dem französischen Laizismus verglichen werden. „Laizismus drängt das religiöse Leben ins Private und macht es öffentlich unsichtbar. Genau davon kann in den USA keine Rede sein.“ Vielmehr sei die amerikanische Öffentlichkeit religiös geprägt und auch das politische Leben von Religion mitbestimmt. Als Beispiel für die verbreitete „Zivilreligion“ nannte Prof. Lübke die Tatsache, dass bislang jeder neu gewählte Präsident für den Amtseid seine Hand auf die Bibel gelegt habe. „Das ist kein Staatsritus, sondern zeigt die vorherrschende Meinung, dass sich dieses Amt ohne Gottes Hilfe schlecht ausführen lässt.“ Einem muslimischen Präsidenten würde nach den Worten des Philosophen vermutlich der Koran gereicht.

Der Philosoph gab in seinem Vortrag in der öffentlichen Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ des Exzellenzclusters und des Centrums für Religion und Moderne (CRM) der WWU zunächst einen historischen Überblick über die religionspolitische Aufklärung Europas und zog danach Vergleiche zwischen den USA, Frankreich und Deutschland.

### Religionsvielfalt als Herausforderung für Nationalstaaten



Prof. Dr. Matthias Koenig

Mit Trends und Dynamiken der Regulierung religiöser Diversität in Europa hat sich der Göttinger Soziologe Prof. Dr. Matthias Koenig in der öffentlichen Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ des Exzellenzclusters und des Centrums für Religion und Moderne (CRM) befasst. Er skizzierte sie am Beispiel des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der seit den 1990er-Jahren als moderater Säkularisierungsagent auf der transnationalen Ebene auftritt.

„Religiöse Diversität stellt gegenwärtig eine zentrale Herausforderung für Nationalstaaten in West- und Osteuropa dar“, sagte der Soziologe. Zu Megatrends wie Entkirchlichung, Individualisierung und Pluralisierung kämen permanente Veränderungen durch Migrationsbewegungen sowie eine neue öffentliche Auseinandersetzung um die Anerkennung religiöser Vielfalt hinzu. Die Forschung versuche, diese Entwicklung je nach Perspektive durch kulturelle, politische und institutionelle Faktoren zu erklären. Allerdings würden, so der Wissenschaftler, „historische

Pfadabhängigkeiten nationaler Modelle häufig zugunsten transnationaler Wandlungsdynamiken überbetont“.

Matthias Koenig stellte dem in seinem Vortrag das Argument entgegen, dass die Herausbildung transnationaler Rechtsfelder zunehmend eine Triebfeder des Wandels von Varianten religionspolitischer Arrangements sei. Er untermauerte seine theoretischen Überlegungen durch empirische Einblicke in die Arbeit des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes und dessen Bemühung um Regulierung religiöser Pluralität. Es werde ersichtlich, so Koenig, dass der EGMR „seit den 1990er Jahren neue und vielfach genutzte Gelegenheitsstrukturen für die rechtliche Mobilisierung religiöser Minderheiten geschaffen habe“.

#### **EGMR als „moderater Säkularisierungsagent“**

Der Gerichtshof entwickelte sich nach den Worten des Wissenschaftlers in der Folge durch die richterliche Re-Interpretation von Normen der Religionsfreiheit und der staatlichen Neutralität zum „moderaten Säkularisierungsagenten“ in Europa, der durch direkte, indirekte und teils auch paradoxe Effekte auch Einfluss auf die nationalstaatliche Regulierung religiöser Diversität ausgeübt habe. Im Ergebnis seien die verschiedenen Varianten religionspolitischer Arrangements – von Staatskirchen-, über Kooperations- bis hin zu Trennungsmodellen – sukzessive ins Fahrwasser von Prozessen der De-Monopolisierung und Re-Regulierung religiöser Felder geraten.

## **Politikwissenschaftler Manow über Religion und Sozialstaatsbildung**



Prof. Dr. Philip Manow

Über religiöse Einflüsse auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten hat der Bremer Politikwissenschaftler Prof. Dr. Philip Manow in der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ gesprochen. „Die entwickelten Wohlfahrtsstaaten des Westens entstanden zwar in Reaktion auf die volle Durchsetzung des Kapitalismus“, sagte der

Wissenschaftler, „ihre institutionelle Genese war aber im Regelfall auch geprägt von der zweiten großen Spannungslinie, die diese Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert beherrscht: dem Staat-Kirche-Konflikt.“ Wie sich der Konflikt im institutionellen Gefüge des Wohlfahrtsstaats niedergeschlagen habe, sei jedoch nicht ganz offensichtlich.

Der Forscher skizzierte in seinem Vortrag zunächst politikwissenschaftliche Argumente für den Einfluss der Konfessionen auf die europäischen Sozialstaaten Europas und ging dann auf die Situation in Deutschland ein. Er stellte die Entwicklung des deutschen Wohlfahrtsstaates in einen vergleichenden Kontext und zeichnete ein Erklärungsmodell der unterschiedlichen Pfade, die zur Herausbildung von vier distinkten Sozialstaatsregimen geführt hätten: einem sozialdemokratisch-skandinavischen Modell, einem angelsächsisch-liberalen Modell, einem kontinental-konservativen und schließlich einem südeuropäisch-klientelistischen Modell. „Im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen wie der Massenimmigration besitzen diese vier Regime unterschiedliche Potenziale und Defizite“, so Prof. Manow.

## „Ein zukunftsfestes Religionsverfassungsrecht“



Prof. Dr. Hinnerk Wißmann

Staatliche Organisationsvorgaben für Religionen und künftige Herausforderungen an das Religionsverfassungsrecht hat Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hinnerk Wißmann vom Exzellenzcluster in der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ erörtert.

„Die Organisation von Religion ist ein Grundthema des religionsfreund-

lich-neutralen Verfassungsstaats“, sagte der Rechtswissenschaftler. Eine gelingende Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften sei Qualitätsmerkmal einer freiheitlichen Rechtsordnung. „Ein zukunftsfestes Religionsrecht muss und kann unterscheiden: Der Anspruch auf Gleichbehandlung aller Religionen ist nicht durch Gleichförmigkeit einzulösen. Überkommene Rechtsinstitute wie der Körperschaftsstatus sind dabei nur eine Bauform und der Streit darüber trägt Züge einer symbolischen Debatte. Eine Öffnung darf nicht in einen Religionsetatismus neuer Art führen.“

Der Vortrag trug den Titel „Freiheit braucht Form!? Organisationsvorgaben als Herausforderung des Religionsverfassungsrechts“. Die Religionswissenschaftlerin PD Dr. Astrid Reuter vom CRM kommentierte die Ausführungen. Sie teilte die Einschätzung, dass es sich beim Streit um den Körperschaftsstatus um eine „symbolische Debatte“ handele. „Der Körperschaftsstatus steht dabei stellvertretend für das, was manche am herkömmlichen staatskirchenrechtlichen System für veraltet und reformbedürftig, wenn nicht abschaffungswürdig halten“, sagte die Wissenschaftlerin. Sie nannte drei Varianten der Kritik, die dem Wandel in der religiösen Landschaft entsprächen,

eine säkularistische, eine individualistische und eine pluralistische Kritik. Die säkularistische Kritik sei entweder generell antireligiös ausgerichtet oder spezifisch antikatholisch oder antiislamisch. Die individualistische Kritik sehe die Religionsfreiheit strikt als individuelles Grundrecht. Die pluralistische Kritik zielt nicht darauf ab, den Körperschaftsstatus abzuschaffen, sondern darauf, ihn konsequent für andere Religionsgemeinschaften zu öffnen oder durch alternative Organisationsmodelle zu ersetzen. Mindestens die ersten beiden Kritikpunkte griffen zu kurz.

### „Überkommene Privilegienbündel“

Rechtswissenschaftler Hinnerk Wißmann hatte in seinem Vortrag ausgeführt, die Religionsfreiheit sei „das ganz andere Grundrecht“. Es beziehe sich nicht nur auf äußere Handlungen, sondern schütze den gesamten Menschen mit seinen inneren Überzeugungen und seiner Lebensführung. Dabei werde Religionsfreiheit nicht nur individuell, sondern auch kollektiv gedacht. Sie umfasse auch die religiöse Vereinigungsfreiheit.

Als weiteres Element der Religionsfreiheit beleuchtete der Wissenschaftler die Selbstbestimmung. „Die Gestaltung der eigenen Organisation nach innen ist eine weitere Entfaltung der nach außen wirkenden Religionsfreiheit“, so Hinnerk Wißmann. Dabei solle der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Religionsgemeinschaften unterstützen. „Sie sollten ihn aber nur dann beanspruchen, wenn er ihrer Struktur entspricht. Der Körperschaftsstatus ist weder eine Prämie noch ein closed shop.“ In Deutschland gebe es neben den evangelischen Landeskirchen, katholischen Bistümern und jüdischen Gemeinden 236 Religionsgemeinschaften, die Körperschaften öffentlichen Rechts seien.

In der Frage, wie die Kooperation zwischen Religion und Staat gelingen könne, stellte der Rechtswissenschaftler drei Beispiele für Kooperationsfelder vor, den Bildungssektor

mit der Frage nach dem bekenntnisorientierten Religionsunterricht, den so genannten Dritten Sektor, in dem beispielsweise Caritas und Diakonie freie Träger und große Arbeitgeber mit Selbstverwaltungsrechten sind. Als eine Form „unechter Kooperation“ hingegen sieht Prof. Wißmann die „Privilegienbündel“ an. Solche Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus würden viel und emotional diskutiert. Dazu gehören etwa das Besteuerungsrecht, Parochialrecht oder das Dienstherrenrecht, die mit der Vergabe des Körperschaftsstatus den Religionsgemeinschaften nicht zuletzt aus Gründen der Vereinfachung automatisch mitgewährt werden.

Prof. Wißmann schlug vor, diesen Automatismus auf seinen funktionalen Grund hin zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen: „Warum bezieht sich eine Regelung oder eine Rechtspraxis auf einen bestimmten Rechtsstatus? Kann der damit verfolgte Zweck bei anderen Voraussetzungen erreicht werden?“ So könnten bestimmte Rechte herausgelöst und auf Antrag auch Religionsgemeinschaften gewährt werden, die nicht als Körperschaften verfasst sind.

## Religion und staatliche Medienregulierung



Dr. Tim Karis

Über den Umgang mit Religionsvielfalt in der staatlichen Medienregulierung in Deutschland und den Niederlanden hat der Kommunikationswissenschaftler Dr. Tim Karis von der Uni Bochum in der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ und des Centrums für Religion und Moderne

(CRM) der Uni Münster gesprochen. Er befasste sich insbesondere mit der personellen Besetzung der Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten der ARD sowie den Räten von ZDF und Deutschlandradio sowie mit den Drittsenderechten, also dem Recht von Religionsgemeinschaften auf eigene Sendezeit im Rundfunk. Die Plätze in den Räten sowie das Recht auf eigene Verkündigungssendungen seien aus historischen Gründen überwiegend auf die christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden beschränkt. „Es lässt sich hier von einer christlich-großkirchlichen Schlagseite der religionspolitischen Verfassung des Landes sprechen, die sich im Medienrecht niederschlägt.“ Der Vortrag bildete den Abschluss der öffentlichen Ringvorlesung.

In den Rundfunkräten sei zwar eine gewisse, wenn auch nicht flächendeckende Offenheit für die Einrichtung muslimischer Vertreter zu erkennen, so Tim Karis. „Kleinere religiöse Gruppierungen kommen jedoch fast gar nicht zum Zug.“ Auch im Bereich der Drittsenderechte erweise sich die Privilegierung für die christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden als „bemerkenswert beständig“. Der interdisziplinär ausgerichtete Vortrag hieß „Koschere Kochshows, muslimische Rundfunkräte und

das ‚Wort zum Sonntag‘. Religion und Medienregulierung in Europa“. Der Forscher legte detailliert die historischen, medienpolitischen und medienrechtlichen Vorgänge dar, die seit der Nachkriegszeit mit Blick auf die Religionsvielfalt zum Status Quo in der staatlichen Medienregulierung geführt haben.

### **„Medien prägen unsere Wahrnehmung von Religionen“**

Die Leiterin des Zentrums für Wissenschaftskommunikation des Exzellenzclusters, Viola van Melis, erörterte im sich anschließenden Kommentar, wie sich die gewachsene Religionsvielfalt in Rundfunkräten und Drittsenderechten niederschlagen könne und begründete dies religionspolitisch: Die Gesellschaft habe sich noch nicht an die religiöse Vielfalt gewöhnt, vielmehr sehe eine Mehrheit sie Umfragen zufolge als bedrohliche Ursache von Konflikten an. „Hier kommt den Medien eine eminent politische Rolle zu, denn angesichts der hohen Mediennutzung prägt kaum etwas unsere Wahrnehmung anderer Religionen so stark wie sie.“ Umso wichtiger sei es, dass öffentlich-rechtliche Medien über vielfältige religiöse Gruppen, ihre Glaubenssätze und Praktiken, ihre historischen, regionalen und theologischen Hintergründe mehr und genauer informierten als bisher und ihnen eine gemeinsame Plattform böten, auf der sie sich selbst erklären könnten.

„Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die besser über andere Religionen und Weltanschauungen informiert sind“, sagte die Wissenschaftskommunikatorin und Religionsfachjournalistin. Wer medial mit einem Thema vertraut werde, bei dem könne die Hemmschwelle sinken, sich dem Kontakt auch persönlich zu stellen. „Nur so werden Menschen bereit sein, religiöse Interessen konstruktiv auszuhandeln, vom Gebet auf dem Campus bis zum koscheren Kantinenessen.“ Andernfalls würden religiöse Fragen weiterhin in der Gesellschaft polarisieren und zu Konflikten führen. „Könnten in den Rundfunkräten also künftig auch kleinere religiöse Gruppen ihre Sicht in die

Programmaufsicht einbringen, gewänne das Programm letztlich an Vielfalt.“ Auch beim Drittsenderecht sei eine Ausweitung wünschenswert, „damit weit mehr Gruppen ihre Religion und ethischen Überzeugungen präsentieren. Ihre Vertreter würden so auch geschult, sich im pluralen Kontext zu erklären und nicht in der eigenen Sprach- und Denkwelt zu verharren – ein Plus für den religionspolitischen Diskurs.“

Kommunikationswissenschaftler Tim Karis schloss seinen Ausführungen zur deutschen Situation einen Vergleich mit den Niederlanden an. „Dieser ist von Interesse, weil hier ein vormalig äußerst religions- und pluralitätsfreundliches System der Verteilung von Sendezeit kürzlich, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, aufgegeben wurde.“ In der Tendenz gehen die Niederlande nach Einschätzung des Wissenschaftlers damit weg von einem Prinzip „alle Rechte für alle“ hin zu einem Grundsatz „keine Rechte für irgendeine Religion“.

### **„Körbemodelle“ für Rundfunkräte**

Mittelfristig werde auch im deutschen Medienrecht über diese Alternativen entschieden werden müssen, so der Forscher. Die Medienpolitik könne der religiösen Vielfalt nur auf zwei Wegen gerecht werden: „Entweder müssen die Privilegien für alle ausgeweitet oder die Entfaltungsmöglichkeiten aller Religion im öffentlichen Raum zurückgebaut werden.“ Um mehr religiöse Vielfalt in die Rundfunkräte zu bringen, eine zu starke Vergrößerung der Gremien aber zu verhindern, eignen sich nach Einschätzung von Tim Karis sogenannte Körbemodelle, bei denen sich kleinere Gruppen einen Sitz teilen. Nach welchen Kriterien dies geschehen solle, bleibe eine Herausforderung: „Auch der größte Korb ist irgendwann voll“.

#### Reformationsjahr 2017 und eine neue Lesart der Reformation



Schriftstellerin Bettina Blumenberg, Prof. Dr. Lucian Hölscher, Prof. Dr. Detlef Pollack (v.l.)

Zum Reformationsgedenken 2017 hat der erste „Hans-Blumenberg-Gastprofessor“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster, Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher, eine neue Lesart der Reformation vorgeschlagen. Staat und Kirchen sollten das Jubiläum „in Erinnerung an die gesamteuropäische Erneuerung des Glaubens vor 500 Jahren“ feiern. Es sei an der Zeit, der Reformation den „deutsch-provinziellen Charakter“ zu nehmen. Der renommierte Bochumer Wissenschaftler warnte zugleich davor, „die historische Wahrheit zu verbiegen“. Falsche Legenden über die stärkere Nähe des Protestantismus zur modernen Gesellschaft sollten verworfen und theologische Gemeinsamkeiten über die konfessionellen Grenzen hinweg betont werden.

Der Historiker nannte es „skandalös“, wenn in Schriften der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Reformation vor 500 Jahren eine „problematische protestantische Erinnerungskultur“ mit historischer Erkenntnis

gleichgesetzt werde. „Subjektiv hat zwar jede Institution das Recht, sich zu Jahrestagen ihrer eigenen Ursprünge und Anfänge zu erinnern.“ Doch es gehe zu weit, daraus allgemeine Aussagen über die moderne Gesellschaft, die Ursprünge der Demokratie und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abzuleiten.

Als Beispiel für ein „schlechterdings falsches Geschichtsbild“ nannte Prof. Hölscher die Vorstellung, demokratische Herrschaftsformen hätten sich bevorzugt in protestantischen Ländern gebildet. Das gelte weder für Frankreich noch für Deutschland, wo auch der politische Katholizismus maßgeblich an der Durchsetzung der Demokratie beteiligt gewesen sei. Solche „Rückfälle in alte Denkmuster“ seien kaum mit dem Ziel der EKD vereinbar, die Reformationsfeiern weltoffener und auch im Zeichen der Ökumene zu feiern.

#### Auftakt zur neuen Gastprofessur – mit Tochter des Namensgebers

Der Vortrag „500 Jahre Reformation in Deutschland – Wie erinnern wir uns daran?“ war Auftakt der ersten öffentlichen Vortragsreihe der neuen „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“. Die Gastprofessur, benannt nach dem einflussreichen Philosophen Hans Blumenberg (1920-1996), soll dazu beitragen, innovative Impulse aus der internationalen Forschung nach Münster zu bringen, und die interdisziplinäre Anschlussfähigkeit am Exzellenzcluster stärken. Zum Auftakt war auch die Tochter des Namensgebers, Schriftstellerin Bettina Blumenberg, gekommen.



Prof. Hölscher führte aus, die Jubiläumsfeiern früherer Jahrhunderte hätten „im Dienste einer Politik der protestantischen Selbstbehauptung“ gestanden. Das sei heute nicht mehr vertretbar. Katholiken und Protestanten lebten in einer religiös pluralistischen Bevölkerung, in der mehr als ein Drittel gar keiner Religion mehr angehöre. „Auch das lädt zur neuen Lesart ein“, nach der die Erneuerungsimpulse protestantischer, aber auch katholischer Reformer im 16. Jahrhundert „als Varianten einer einzigen umfassenden Reformation des Christentums“ gelesen werden sollten. Schließlich seien die „großen Traditionsstränge des westlichen Christentums“, Katholizismus und Protestantismus, in der Reformation „nur zwei Seiten derselben Medaille“ gewesen.

### „Wunden aus dem 16. Jahrhundert noch immer nicht geheilt“

Für die neue Lesart der Reformation spricht nach Auffassung des Historikers vor allem „die gemeinsame geistliche Wurzel der protestantischen und katholischen reformatorischen Erneuerungsbewegung in der sogenannten *devotio moderna* (neue Frömmigkeit), einer Neuausrichtung der Glaubenspraxis auf die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen im Spätmittelalter. Daraus seien beide Reformationszweige erwachsen: Martin Luthers (1483–1546) Frömmigkeit, aber auch die des spanischen Gründers des katholischen Jesuitenordens, Ignatius von Loyola (1491–1556). Generell herrsche unter Historikern heute Einigkeit, dass beide Konfessionen gleichermaßen zur Modernisierung der westeuropäischen Gesellschaften beigetragen hätten. „Sie versagten allerdings auch gleichermaßen vor elementaren Gefahren, etwa der des Antisemitismus oder der Unterstützung autoritärer Regierungen.“

Statt einen „deutsch-provinziellen“ Blickwinkel beizubehalten, sei es heute angebracht, die Reformation im Kontext des europäischen Humanismus und anderer zeitgenössischer Einflüsse, etwa der hermetischen und esoterischen Bewegung zu sehen, unterstrich der „Hans-

Blumenberg-Gastprofessor“. „Es handelte sich um eine gesamteuropäische Erneuerungsbewegung, die sich über die christlichen Konfessionen hinaus bis in die humanistischen und säkularistischen Bewegungen der Zeit ergoss.“

Zum heutigen Verhältnis zwischen den christlichen Kirchen sagte der Wissenschaftler, es sei, „so friedlich es auch oft in der Öffentlichkeit erscheint, theologisch und psychologisch unbefriedigend.“ Unter Protestanten seien immer noch zahlreiche anti-katholische Vorurteile zu finden und umgekehrt. Die Wunden, die im 16. Jahrhundert geschlagen wurden, seien immer noch nicht geheilt. Doch gebe es heute „ermutigende Elemente“ einer gemeinsamen christlichen Theologie und überkonfessionellen Geschichtsschreibung. Sie seien ebenso die „Voraussetzung für den religiösen Frieden in unserem Land“ wie „Grundlage des säkularen Selbstverständnisses der modernen Gesellschaft“.

## Protestantische Frömmigkeitskultur in Deutschland

Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher hat in der Vortragsreihe „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ auch über das Konzept der Konfession gesprochen. „Seine Bedeutung ist zutiefst ambivalent“, so der Wissenschaftler, „es steht sowohl für die säkulare Anerkennung des Gleichheitsanspruchs der Konfessionen im liberalen Verfassungsstaat als auch für den Absolutheitsanspruch religiöser Gruppen.“ Beide Ansprüche könnten kaum zusammen bestehen, sondern müssten „wechselseitig in der Schwebel“



Prof. Dr. Lucian Hölscher

gehalten werden. Die Religionsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland biete dafür zahlreiche Beispiele wie den konfessionellen Proporz innerhalb der politischen Parteien und staatlichen Institutionen oder die kontroversen Diskussionen auf Katholiken- und protestantischen Kirchentagen. Der Vortrag trug den Titel „Protestantische Frömmigkeitskultur in Deutschland. Das Konzept der Konfession“.

„Mit ‚Konfessionen‘ werden in Deutschland nur die christlichen Kirchen, nicht aber der Islam oder das Judentum bezeichnet“, erläuterte der Wissenschaftler. Der Begriff „Konfession“ suggeriere dabei die Einheit religiöser Gruppen und ihre Unterscheidbarkeit von anderen religiösen Gruppen. Die beiden Großkirchen umfassten aber ein Meinungsspektrum, das sich nur wenig von dem der übrigen Bevölkerung unterscheide. „Die Identität der Kirche als konfessionelle Einheit wird heute auch dadurch unterlaufen, dass sie ihr Repräsentationsmonopol verliert“, so der Historiker. Das geschehe dort, wo sich Laien in Meinungsfragen, zum Beispiel zur Sexualethik, öffentlich selbst artikulieren könnten. „Das wirft die Frage auf, ob wir überhaupt noch von ‚Konfession‘ im Sinne einheitlicher Bekenntnisse sprechen können und ob der Begriff als Beschreibungsinstrument noch taugt.“

„Das Konzept der Konfession als Instrument zur Unterscheidung religiöser Gruppen ist auf Deutschland beschränkt“, so der Historiker. In Europa gebe es verschiedene nationalsprachliche Konzepte, um zwischen religiösen Gruppen und Bekenntnissen zu unterscheiden. In vielen Ländern außerhalb von Europa fehle mit dem Akt der Taufe zudem der „elementare Baustein“ aller christlichen Religionsgemeinschaften, durch den die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft manifest werde. Daher lehnt es der Historiker ab, die verschiedenen Konzepte wie die international vergleichende Religionssoziologie in Begriffen wie „Religionsgemeinschaft“, „denomination“ oder „religios group“ aufgehen zu lassen.

## Konfessionelle Landschaften

„Für die Darstellung geographischer Unterschiede und historischer Veränderungen im Gefüge der Religionsgemeinschaften ist das Konzept jedoch unverzichtbar“, so der Wissenschaftler. So lasse sich nachweisen, dass sich Konfessionen mit der Zeit zu geographischen Blöcken zusammenschließen würden. „Konfessionelle Landschaften verhalten sich wie tektonische Erdplatten. Dort, wo sie aneinander reiben, entstehen neue religiöse Gemeinschaften wie die Neuapostolische Kirche und andere protestantische Sekten und Freikirchen. Sie treten mit dem Versprechen auf, die Differenzen zwischen den großen Konfessionen zu überbrücken, führen aber letztlich meist doch nur zur Bildung einer neuen religiösen Gemeinschaft“.

Kritisch würdigt Lucian Hölscher die Konfessionalisierungs-These der Frühneuzeitforschung. „Das Konzept der ‚Konfession‘ gibt es erst seit etwa 1800 und seine Anwendung auf das 16. und 17. Jahrhundert hat zu einem verzerrten Bild der Epoche geführt“, erläuterte der Historiker. Ihre Leistung habe aber darin bestanden, beide Konfessionen politisch und historiographisch gleich behandelt zu haben. Auch heute entfalte das Konzept der Konfession noch normative Kraft. „Muslime sollen sich aus Sicht der deutschen Politik in Form christlicher Konfessionen organisieren, um Anerkennung als öffentlich-rechtliche Korporationen und damit als Partner staatlicher Institutionen zu finden“, so der Historiker.

## Frömmigkeit als „protestantisches Verhaltensideal“

In seinem Vortrag über Geschichte und Konzept der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland hat der Historiker und „Hans-Blumenberg-Gastprofessor“, Prof. Dr. Lucian Hölscher, den Wandel des Begriffs „Frömmigkeit“ von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert nachgezeichnet und daran gezeigt, dass „religiöse Begriffe Indikatoren für gesellschaftliche Strukturen und ihre Veränderungen“ sein können.

„Frömmigkeit‘ verstehe ich als einen sozialwissenschaftlichen Begriff, der die Normen und Praktiken des richtigen Lebens in modernen Gesellschaften in den Blick nimmt.“ Der Historiker widmete sich zunächst dem mittelhochdeutschen Begriff von „Frömmigkeit“, der „nicht für eine religiöse, sondern für eine bürgerliche Tugend“ gestanden habe. Der Begriff habe sich im 18. Jahrhundert auf eine „spezifisch religiöse Bedeutung“ verengt, so der Wissenschaftler. An der Entwicklung zu einem „protestantischen Verhaltensideal“ zeige sich die damalige Wende der Religionskultur zur Innerlichkeit.

### „Ausdruck einer inneren Disposition“

Ausgehend von Frömmigkeit als „Ausdruck einer inneren Disposition“ konstatierte der Wissenschaftler Formen nicht-christlicher Frömmigkeit für das 19. und 20. Jahrhundert. Humanistisch gebildete Personen wie etwa höhere Beamte, Juristen und auffallend viele hohe Militärs hätten eine kirchen- und religionskritische Haltung gehabt, ihre Frömmigkeit habe sich aus den „Tugenden und Überzeugungen der antiken Griechen und Römer“ gespeist. Die säkulare Gesellschaft des 20. Jahrhunderts habe von ihren Mitgliedern eine Art von Frömmigkeit gefordert, „nämlich eine Praxis des richtigen Denkens und Handelns“, erläuterte der Wissenschaftler. Entkleide man die Frömmigkeit ihrer christlichen Begründung, dann

bleibe ein Tugendkanon zurück, der mit Werten wie Treue und Verlässlichkeit, Ehrfurcht und Respekt vor der Würde des Menschen auch in der Zivilgesellschaft gelte.

## Zum Verhältnis von Religion und Säkularität

Zum Abschluss der Vortragsreihe „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ am Exzellenzcluster hat der Historiker Prof. Dr. Lucian Hölscher über Religion und Säkularität in der modernen Gesellschaft gesprochen. „Im Konkurrenzkampf zwischen Religion und Säkularität hat sich heute ein gewisses Patt eingestellt“, sagte der Wissenschaftler. „Keine Seite kann für sich die Suprematie beanspruchen.“ So bilde der Säkularismus nicht mehr den „universalistischen Hintergrund für die Konkurrenz religiöser Weltdeutungen“, ebenso wenig könne Religion noch überzeugend als „gemeinsame Plattform“ für säkulare und religiöse Gruppen auftreten.



Zur Bestimmung des Verhältnisses von Religion und Säkularität nahm der Historiker verschiedene begriffliche Dimensionen von Säkularisierung in den Blick, die eine „verfassungsrechtliche, eine differenzierungssoziologische und eine kirchen- beziehungsweise religionskritische Bedeutung“ hätten. Die Begriffe verwiesen auf eine Wirklichkeit, die, wie sie selbst, „vieldeutig und vielschichtig“ sei.

In seinen begriffsgeschichtlichen Ausführungen erläuterte der Historiker, dass „geistig“ und „weltlich“ in der Frühen Neuzeit und im Mittelalter „komplementäre Positionen innerhalb eines einheitlichen politisch-religiösen Weltbildes“ gewesen seien. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stünden die Begriffe dann für eine „wechselseitige Exklusion“ von Religion und Kirche auf der einen und Staat und Gesellschaft auf der anderen Seite.

### „Karriere des Säkularitätsbegriffs“

Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts machte der Wissenschaftler eine „Karriere des Säkularisierungsbegriffs“ aus. Diese sei auch mit einer gesellschaftspolitischen Öffnung der christlichen Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. Im Laufe der 1950er und 1960er Jahre hätten die Kirchen zunehmend beansprucht, aktuelle politische Themen nicht nur für Kirchenmitglieder, sondern für die gesamte Gesellschaft aufzubereiten. „Von der Gewerkschafts- und Friedensbewegung bis zur Umwelt- und Frauenbewegung; Kirchlich engagierte Gruppen arbeiteten hier mit bürgerlichen zusammen.“

Zivile Protestbewegungen fanden dem Historiker zufolge in dieser Zeit in der religiösen Tradition der Kirche eine „willkommene geistige Fundierung“, kirchliche Reformgruppen in der zivilen Bürgergesellschaft wiederum eine neue „Relevanz und Akzeptanz“ für ihre christlichen Botschaften. „Seit den 1960er Jahren bezeichnet ‚Säkularisierung‘ nicht mehr nur den Schwund, sondern auch die Erneuerung von Religion, nicht bloß die institutionelle Trennung von Staat und Kirche, sondern auch eine neue Form ihrer Zusammenarbeit und wechselseitigen Beziehung aufeinander.“



## › Termine

Veranstaltung	Ort und Zeit	Organisation
<p>Tagung  <b>Aspects of Qur’ānic Scholarship –            Philology meets Theology</b></p>	<p><b>23.–26.09.2016</b></p> <p>Topoi Building Dahlem            Freie Universität Berlin            Hittorfstraße 18            14195 Berlin</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) der Universität Münster</li> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Teilprojekt „Von Logos zu Kalām“ des Sonderforschungsbereichs 980 „Episteme in Bewegung“ der Freien Universität Berlin</li> <li>› Corpus Coranicum Projekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW)</li> </ul>
<p>Tagung  <b>Interdisciplinary Approaches to Legal            Pluralism in Muslim Context</b></p>	<p><b>06.–07.10.2016</b></p> <p>Hörsaalgebäude des            Exzellenzclusters            Hörsaal JO 101            Johannisstraße 4            48143 Münster</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Prof. Dr. Norbert Oberauer, Yvonne Prief, Ulrike Qubaja <i>Projekt A2-12: “Maxim Literature in Islamic Law: The Creation of Norms between Theological-Epistemological and Legal-Pragmatic Demands”</i></li> <li>› Projekt “Legal Pluralism in Muslim context – Conflict regulation in Muslim communities on the basis of customary and Islamic law and its relation to their legal environment”, gefördert durch die Gerda Henkel Stiftung</li> </ul>
<p>Öffentliche Vorträge  <b>An Institutional-Organisational Perspective            on Legal Pluralism: Some Theoretical and            Conceptual Premises</b>            Referent: Dr. Ido Shahaar, Haifa</p> <p><b>Religious Legal Pluralism in Europe:            A Call for a Critical Assessment of the Basic            Principles in Force</b>            Referentin: Prof. Dr. Marie-Claire Foblets, Halle</p>	<p><b>06.10.2016</b>            18:30–20:00 Uhr</p> <p>Hörsaalgebäude des            Exzellenzclusters            Hörsaal JO 01            Johannisstraße 4            48143 Münster</p>	

<p>Tagung</p> <p><b>Weltreligion im Umbruch. Transnationale Perspektiven auf das Christentum in der Globalisierung des 19. Jahrhunderts</b></p>	<p><b>07.–09.10.2016</b></p> <p><b>07.10.2016</b> Schloss   Senatsaal Schlossplatz 2 48149 Münster</p> <p><b>08./09.10.2016</b> Hörsaalgebäude des Exzellenzclusters Raum JO 101 Johannisstraße 4 48143 Münster</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Prof. Dr. Olaf Blaschke <i>Projekt C2-26: „Der Ultramontanismus als transnationale und transatlantisches Phänomen 1819–1918“</i></li> <li>› Dr. Francisco Javier Ramón Solans</li> <li>› <i>Projekt C2-26: „Der Ultramontanismus als transnationale und transatlantisches Phänomen 1819–1918“</i></li> </ul>
<p>Öffentlicher Vortrag</p> <p><b>The Long Nineteenth Century, Christianity, and the Global Religious System: Differentiation, Reconstruction, Revitalization</b></p> <p>Referent: Prof. Dr. Peter Beyer, Ottawa</p>	<p><b>07.10.2016</b> 19:30–20:30 Uhr</p> <p>Schloss   Senatsaal Schlossplatz 2 48149 Münster</p>	
<p>Ringvorlesung</p> <p><b>Religion und Entscheiden</b></p>	<p><b>18.10.2016</b> 18:15 Uhr</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
<p>Öffentlicher Vortrag</p> <p><b>Religion und Entscheiden. Einführende Überlegungen</b></p> <p>Referenten: Prof. Dr. Detlef Pollack, Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger, Münster</p>	<p>Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster</p>	
<p>Ringvorlesung</p> <p><b>Religion und Entscheiden</b></p>	<p><b>25.10.2016</b> 18:15 Uhr</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
<p>Öffentlicher Vortrag</p> <p><b>„Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht!“ (Jesaja 7,9). Zum Dilemma verantwortlicher Entscheidungen im Spannungsfeld zwischen Religion und Politik</b></p> <p>Referent: Prof. Dr. Reinhard Achenbach, Münster</p>	<p>Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster</p>	

<p>Tag des Exzellenzclusters  <b>Herausforderung Interdisziplinarität im Spannungsfeld von Religion und Politik</b></p>	<p><b>07.–08.11.2016</b></p> <p>Hörsaalgebäude des Exzellenzclusters  Raum JO 101  Johannisstraße 4  48143 Münster</p>	<p>› Prof. Dr. Michael Quante, Exzellenzcluster „Religion und Politik“</p>
<p>Ringvorlesung  <b>Religion und Entscheiden</b></p> <p>Öffentlicher Vortrag  <b>Göttlicher Wink und Stimme von oben: Ressourcen des Entscheidens am byzantinischen Kaiserhof</b>  Referent: Prof. Dr. Michael Grünbart, Münster</p>	<p><b>08.11.2016</b>  18:15 Uhr</p> <p>Fürstenberghaus   F 2  Domplatz 20-22  48143 Münster</p>	<p>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“  › Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</p>
<p>Tagung  <b>God's Own Gender? Religions and their Concepts of Masculinity</b></p>	<p><b>10.–11.11.2016</b></p> <p>Hörsaalgebäude des Exzellenzclusters  Raum JO 101  Johannisstraße 4  48143 Münster</p>	<p>› Dr. Daniel Gerster, Centrum für Religion und Moderne der Universität Münster  › Prof. Dr. Detlef Pollack, Exzellenzcluster „Religion und Politik“  › Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) der Universität Münster</p>
<p>Vortragsreihe  <b>„Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ – Herausforderungen des säkularen Verfassungsstaates</b></p> <p>Öffentlicher Vortrag  <b>Säkularisierung – eine „Kategorie historischer Illegitimität“? Facetten eines umkämpften Begriffs</b>  Referent: Prof. Dr. Horst Dreier, Würzburg („Hans-Blumenberg-Gastprofessor“ am Exzellenzcluster)</p>	<p><b>14.11.2016</b>  18:15 Uhr</p> <p>Fürstenberghaus   F 2  Domplatz 20-22  48143 Münster</p>	<p>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</p>

Ringvorlesung **15.11.2016** › Exzellenzcluster „Religion und Politik“  
**Religion und Entscheiden** 18:15 Uhr › Sonderforschungsbereich 1150  
„Kulturen des Entscheidens“

Öffentlicher Vortrag Fürstenberghaus | F 2  
**Praktiken des Nichtentscheidens: Wahrheitsanspruch und Grenzen der Normdurchsetzung** Domplatz 20-22  
48143 Münster  
Referent: Prof. Dr. Christian Windler, Bern

---

Vortragsreihe **21.11.2016** › Exzellenzcluster „Religion und Politik“  
**„Hans-Blumenberg-Gastprofessur“** 18:15 Uhr

– Herausforderungen des säkularen  
**Verfassungsstaates** Fürstenberghaus | F 2  
Domplatz 20-22  
48143 Münster

Öffentlicher Vortrag  
**Eine kurze Verfassungsgeschichte der Religionsfreiheit in Deutschland**  
Referent: Prof. Dr. Horst Dreier, Würzburg  
(„Hans-Blumenberg-Gastprofessor“ am Exzellenzcluster)

---

Ringvorlesung **22.11.2016** › Exzellenzcluster „Religion und Politik“  
**Religion und Entscheiden** 18:15 Uhr › Sonderforschungsbereich 1150  
„Kulturen des Entscheidens“

Öffentlicher Vortrag Fürstenberghaus | F 2  
**Wahrheitssuche und der „Mut zur Hölle“.** Domplatz 20-22  
**Zum Problem juristischen Entscheidens im** 48143 Münster  
**klassischen Islam**  
Referent: Prof. Dr. Norbert Oberauer, Münster

---

Vortragsreihe **28.11.2016** › Exzellenzcluster „Religion und Politik“  
**„Hans-Blumenberg-Gastprofessur“** 18:15 Uhr

– Herausforderungen des säkularen  
**Verfassungsstaates** Fürstenberghaus | F 2  
Domplatz 20-22  
48143 Münster

Öffentlicher Vortrag  
**Zur (Un-)Möglichkeit religiös-weltanschaulicher Neutralität des Staates**  
Referent: Prof. Dr. Horst Dreier, Würzburg  
(„Hans-Blumenberg-Gastprofessor“ am Exzellenzcluster)



Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>29.11.2016</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>Entscheiden und Bekenntnis. Überlegungen zur Reformationgeschichte Westfalens</b> Referent: Prof. Dr. Werner Freitag, Münster	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	
Vortragsreihe <b>„Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ – Herausforderungen des säkularen Verfassungsstaates</b>	<b>05.12.2016</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>Sakrale Elemente im säkularen Staat?</b> Referent: Prof. Dr. Horst Dreier, Würzburg („Hans-Blumenberg-Gastprofessor“ am Exzellenzcluster)	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	
Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>06.12.2016</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>Perspektiven auf das Entscheiden der mittelalterlichen Inquisition</b> Referenten: Prof. Dr. Wolfram Drews und Prof. Dr. Sita Steckel, Münster	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	
Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>13.12.2016</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>Responsa als Praxis des religiösen Entscheidens im Judentum</b> Referentin: Prof. Dr. Regina Grundmann, Münster	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	

Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>20.12.2016</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>„Dann muss halt das Dogma die Geschichte besiegen.“ Unfehlbare Entscheidungen des kirchlichen Lehramts</b> Referent: Prof. Dr. Hubert Wolf, Münster	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	
Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>10.01.2017</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>Bürokratie, Patronage und der Heilige Geist: Modi des Entscheidens im frühneuzeitlichen Papsttum</b> Referentin: Prof. Dr. Birgit Emich, Erlangen	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	
Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>17.01.2017</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>„Du hast dich gegen Gott entschieden.“ Literarische Figurationen religiösen Entscheidens</b> Referentin: Prof. Dr. Martina Wagner-Egelhaaf, Münster	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	
Ringvorlesung <b>Religion und Entscheiden</b>	<b>24.01.2017</b> 18:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>› Exzellenzcluster „Religion und Politik“</li> <li>› Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“</li> </ul>
Öffentlicher Vortrag <b>Martin Niemöllers Konversion zur katholischen Kirche 1939–1941: Zum Kontext einer religiösen Entscheidung</b> Referent: Prof. Dr. Benjamin Ziemann, Sheffield	Fürstenberghaus   F 2 Domplatz 20-22 48143 Münster	

Ringvorlesung  
**Religion und Entscheiden**

**31.01.2017**  
18:15 Uhr

- › Exzellenzcluster „Religion und Politik“
- › Sonderforschungsbereich 1150  
„Kulturen des Entscheidens“

Öffentlicher Vortrag  
**Religion und Entscheiden aus der Sicht der  
Theorie sozialer Spiele**  
Referent: Prof. Dr. Jörg Stolz, Lausanne

Fürstenberghaus | F 2  
Domplatz 20-22  
48143 Münster

---

Ringvorlesung  
**Religion und Entscheiden**

**07.02.2017**  
18:15 Uhr

- › Exzellenzcluster „Religion und Politik“
- › Sonderforschungsbereich 1150  
„Kulturen des Entscheidens“

Öffentlicher Vortrag  
**Diagnosing possession in contemporary  
Catholic exorcism**  
Referent: Prof. Dr. Tom Csordas, San Diego

Fürstenberghaus | F 2  
Domplatz 20-22  
48143 Münster

---

## › Nachwuchsförderung

### Workshop über islamische Kalifen, Sultane und Präsidenten

Mit islamischen Herrschern im Spannungsfeld von Religion und Realpolitik hat sich ein internationaler Workshop der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ befasst. „Entgegen häufiger Vermutungen handelt es sich beim Herrschaftsmodell der meisten islamischen Gemeinwesen weder in der Geschichte noch in der Gegenwart um einen Gottesstaat“, erläuterten die Veranstalter, der Geschichts- und Islamwissenschaftler Nadeem Khan und der Geschichts- und Islamwissenschaftler Stephan Tölke. In der islamischen Welt sei vielmehr von der Frühzeit bis heute eine „Vielzahl von teils sehr unterschiedlichen Herrschaftskonzeptionen erdacht, diskutiert und eingefordert“ worden. „Die Konzepte eines idealen islamischen Staatswesens standen in Konkurrenz zu nicht-islamischen Herrschaftskonzepten wie der Militärkultur und den Zwängen der Realpolitik.“

Der Workshop trug den Titel „Caliphs, Sultans, Presidents. Rulers between Religion and Realpolitik throughout Islamic History“ („Kalifen, Sultane, Präsidenten. Herrscher zwischen Religion und Realpolitik in der islamischen Geschichte“). Er brachte Islamwissenschaftler und Historiker aus Europa und den USA zusammen.

In einem öffentlichen Abendvortrag sprach der renommierte US-amerikanische Historiker Prof. Jonathan Berkey über das Konzept und den Einfluss von Predigten und religiöser Autorität im mittelalterlichen Islam. „Predigten haben seit der Frühzeit des Islams eine nicht zu unterschätzende Rolle im religiösen Leben vieler Muslime gespielt“, so Nadeem Khan und Stephan Tölke. „Das ging auf die Praxis des Propheten zurück. Dem

Predigen kam – besonders in der Zeit vor den modernen Massenmedien – ein enormes Autoritätspotenzial zu.“ Der Vortrag trug den Titel „Commanded to Speak by God and His Prophet. Religious Authority in Medieval Islam“ („Predigen auf Befehl Gottes und seines Propheten. Religiöse Autorität im mittelalterlichen Islam“). Jonathan Berkey ist Professor für Internationale Studien und Geschichte am Davidson College in North Carolina (USA) und gilt als einer der führenden Experten für die Geschichte des Islams und das Verhältnis von Religion und Gesellschaft in der islamischen Vormoderne.

### Herrscher als Rollenmodell für Gesellschaft

Der Workshop befasste sich auch mit dem Selbstverständnis islamischer Herrscher und ihrer Beziehung zu geistigen Führern. Die Forscher fragten, welche Anforderungen islamische Gelehrte an Herrscher stellten, inwieweit historische Persönlichkeiten diesen tatsächlich entsprachen und mit welchen Mitteln Herrscher zu beeinflussen waren. „Wir untersuchen auch, wie Kalifen, Sultane und Präsidenten in verschiedenen Diskursen über Herrschaft dargestellt und als Rollenmodell für die Gesellschaft benutzt wurden. Das gibt Aufschluss darüber, wie herrschaftliche Ideale durch Kritik und Traditionsbildung angepasst und bewahrt wurden“, so Khan und Tölke.

Auch die Umkehrung eines solchen Verhältnisses – die Einflussnahme eines Herrschers auf Glaubensinhalte und Praktiken – war Thema des Workshops. „Dazu zählte auch die mögliche Beeinflussung islamischer Gelehrter etwa durch Patronage. Grund dafür war etwa, ob und inwieweit Herrscher Legitimation aus religiösem Gebaren ziehen wollten und konnten.“ Ein Schwerpunkt lag zudem auf Transformationsprozessen, in denen beispielsweise nach einer militärischen Eroberung ein religiös legitimierter Herrschaftsanspruch konstruiert wird, um die eigene Dynastie zu legitimieren.



Weitere Tagungsbeiträge befassten sich mit Konfrontationen zwischen Herrschern und religiösen Gruppierungen, wobei besonders Aushandlungsprozesse zwischen idealistisch-religiösem Anspruch und pragmatischem Handeln untersucht wurden. Aber auch gewaltsame Episoden, wie die Verfolgung bestimmter religiöser Gruppen oder religiös motivierte Umsturzversuche wurden ins Auge gefasst.

### Forschungen zu Migration von Indien nach Südafrika

Mit „Migration und religiöser Praxis“ am Beispiel einer Auswanderung von Indien nach Südafrika beschäftigt sich eine neue gleichnamige Dissertationsstudie der Ethnologin Dr. Julia Koch aus der Graduiertenschule des Exzellenzclusters. Weiteres dazu im Kapitel [Publikationen](#).

### Neue Studie zum Verhältnis von Staat und Religion

Die Frage nach einem zeitgemäßen Verständnis des „säkularen Staates“ ist Thema der Promotionsstudie „Den säkularen Staat neu denken. Politik und Religion bei Charles Taylor“ von Politikwissenschaftlerin Dr. Ulrike Spohn. Weiteres dazu im Kapitel [Publikationen](#).

### Mythologie und Politik

Die Funktion der paganen Götter im lateinischen Epos des 15. Jahrhunderts steht im Mittelpunkt der neuen Studie „Mythologie und Politik“ des Philologen Dr. Christian Peters vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“, die als Promotionsstudie am Exzellenzcluster entstand. Mehr dazu im Kapitel [Publikationen](#).

### Juristische Kommentarlandschaft

Mit der Struktur, Funktion und dem Stellenwert von juristischen Kommentaren befasst sich eine neue Publikation des Rechtswissenschaftlers Dr. David Kästle-Lamparter. Die Dissertationsschrift erschien im Mohr Siebeck Verlag. Mehr dazu im Kapitel [Publikationen](#).

### Studie über „Religiotainment“

Mit christlicher Religion im Modus massenmedialer Unterhaltung als einem „erkennbaren, unterscheidbaren, relevanten und somit auch machtvollen Faktor gegenwärtiger Kultur“ befasst sich die Dissertationsstudie der Kommunikationswissenschaftlerin Kathrin Nieder-Steinheuer. Mehr dazu im Kapitel [Publikationen](#).

## Religionswissenschaftler Fabian Völker schult Entwicklungshelfer und Politiker



Schulung über Religion und Entwicklung

Der Religionswissenschaftler Fabian Völker von der Graduiertenschule des Exzellenzclusters hat in einer Schulung für politische Referenten und Entwicklungshelfer über Religionen in Süd-, Südost- und Ostasien gesprochen. Seine Ausführungen auf der entwicklungspolitischen Fachklausur „Religionen und Entwicklung – Chancen und Grenzen“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Juli im italienischen Cadenabbia trugen den Titel „Die Religionen Süd- und Ostasiens. Zur gesellschaftspolitischen Dimension des Buddhismus und Hinduismus“. Der Wissenschaftler gab dabei auch Einschätzungen ab, wie die religiösen Anschauungen, Weltbilder, Akteure und Institutionen in der jeweiligen Region sich auf entwicklungspolitische Vorhaben auswirken könnten.

Der Workshop führte Entwicklungsexperten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Mitarbeitern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie ausgewählten Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zusammen. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage nach der Rolle von Religionen für Entwicklungsprozesse. Die Teilnehmer diskutierten, welche Akteure und Partner hierfür in den Regionen zu Verfügung stehen,

welche Ziele erreicht werden können und wo Grenzen liegen. Unter Entwicklungsexperten wird seit einiger Zeit diskutiert, welches Potenzial Religionen für eine globale nachhaltige Entwicklung bergen und wie es in die Politik einbezogen werden kann. Das BMZ hat 2014 eine Taskforce „Werte, Religion und Entwicklung“ gegründet.

## › Personalien

**Prof. Dr. Katrin Kogman-Appel**, Judaistin, hat die Alexander von Humboldt-Professur für Jüdische Studien im Rahmen eines feierlichen Festaktes in Berlin verliehen bekommen. Die Alexander von Humboldt-Stiftung vergab den höchstdotierten deutschen Forschungspreis bei der Festveranstaltung an insgesamt sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Preis soll dazu beitragen, renommierte Forscher aus dem Ausland nach Deutschland zu holen, um den heimischen Forschungsstandort zu stärken. „Wir wollen die Besten der Besten anlocken“, sagte Stiftungspräsident Prof. Dr. Helmut Schwarz.



Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen, Prof. Katrin Kogman-Appel, WWU-Rektorin Prof. Ursula Nelles und der Präsident der Humboldt-Stiftung, Prof. Helmut Schwarz (v.l.)

Prof. Kogman-Appel gilt in der jüdischen Kunstgeschichte des Mittelalters als weltweit führend. Sie versteht Kunstgeschichte als Kulturgeschichte, verbindet sie mit sozialhistorischen und religionsgeschichtlichen Fragen und wirkt so über die Judaistik hinaus in die Mittelalterforschung allgemein, wie die Humboldt-Stiftung in ihrer Begründung erläutert. Der Universität Münster ist es nach dem Mathematiker Prof. Dr. Michael Weiss zum zweiten Mal gelungen, eine Humboldt-Professur einzuwerben. Beim Festakt in Berlin stellten die Universität und der Exzellenzcluster „Religion und Politik“, dem Prof. Kogman-Appel angehört, sich mit einem Infostand vor, den Stiftungspräsident Prof. Dr. Helmut Schwarz und Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen besuchten.

Die Humboldt-Stiftung vergibt die mit bis zu fünf Millionen dotierte Auszeichnung seit 2008 an weltweit führende und im Ausland tätige Forscher aller Disziplinen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sichert die Finanzierung. Seitdem wurden gut 50 Professuren für jeweils bis zu fünf Jahre vergeben.

### Neues Institut für Jüdische Studien

An der Universität Münster bauen die Judaistinnen Prof. Dr. Katrin Kogman-Appel und Prof. Dr. Regina Grundmann in den kommenden Jahren das neue Institut für Jüdische Studien auf. Die Humboldt-Professur von Katrin Kogman-Appel trägt den Schwerpunkt jüdische Kunst- und Kulturgeschichte und Buchkultur des Mittelalters sowie sephardisches Judentum, und die Professur von Regina Grundmann den Schwerpunkt rabbinisches Judentum und jüdische Geistesgeschichte.

Rektorin Prof. Dr. Ursula Nelles sagte, mit den europaweit größten Katholisch- und Evangelisch-Theologischen Fakultäten, dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“, dem Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) und dem Centrum für religionsbezogene Studien (CRS) zähle die WWU schon lange zu den führenden Universitäten in der Religionsforschung und -lehre. „Katrin Kogman-Appel wird diesen Profilschwerpunkt nachhaltig verstärken. Sie ist ein perfekter Glücksfall für uns.“

Vor ihrem Wechsel nach Münster hatte die Forscherin den „Evelyn Metz Memorial Research Chair“ an der israelischen „Ben-Gurion-Universität des Negev“ inne. Die gebürtige Österreicherin wechselte nach Studium und Promotion in Wien in den 1980er Jahren erstmals nach Israel an die Jerusalemer Hebrew University. Nach Stationen an der University of Pittsburgh, USA, und der mexikanischen Universidad Hebraica kam sie 1996 zunächst als Lecturer an die Ben-Gurion-Universität. Katrin Kogman-Appel war auch Gastforscherin am Institute

for Advanced Studies der US-amerikanischen University of Princeton. Am Exzellenzcluster forscht sie als Principal Investigator und leitet das Projekt B2-24 „From Manuscript to Printing Press: The Illustrated Book in Jewish Culture (Fourteenth–Sixteenth Centuries)“ („Von der Handschrift zum Buchdruck: Das illustrierte Buch in der jüdischen Kultur 14.-16. Jahrhundert“). Weitere Projekte der Wissenschaftlerin in Münster befassen sich mit der Arbeit des Sefardischen Schreibers Cresques ben Abraham, der im 14. Jahrhundert als Kartograph für den Hof der Könige von Aragon tätig war, sowie einer Untersuchung rabbinischer Quellen über die Rolle der Visualität in der jüdischen Kultur des Mittelalters.

**Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger**, Historikerin und stellvertretende Sprecherin des Exzellenzclusters, und **Prof. Dr. Michael Quante**, Philosoph und designierter Prorektor für Internationales und Transfer der Universität Münster, sind in die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste aufgenommen worden. Sie sind ordentliche Mitglieder der Fächerklasse „Geisteswissenschaften“, wie die Akademie mitteilte. Der Gesellschaft gehören herausragende Forscher des Landes an, zugleich beheimatet sie 14 Forschungsvorhaben. Insgesamt wurden landesweit acht neue Mitglieder aufgenommen. Akademiepräsident Prof. Dr. Wolfgang Löwer überreichte den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Aufnahmeurkunden bei der Jahresfeier der Akademie in Düsseldorf.

Zu den Aufgaben der Akademie gehören die Anregung wissenschaftlicher Forschungen und die Verleihung von Preisen für herausragende wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen. In Veranstaltungen bietet sie eine Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Ordentliche Mitglieder werden auf Lebenszeit gewählt. Sie sind verpflichtet, an der Arbeit der Akademie aktiv teilzunehmen.



Akademiepräsident Prof. Dr. Wolfgang Löwer, Prof. Dr. Heymut Omran, Prof. Dr. Michael Quante, Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger und Sekretar Prof. Dr. Wolfram Högbe (v. l.)

Die vielfach ausgezeichnete Historikerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger, Trägerin des renommierten Leibniz-Preises, hat den Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit an der WWU inne. Sie ist Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Vom „École normale supérieure Lettres et Sciences humaines Lyon“ in Frankreich erhielt sie 2007 eine Ehrendoktorwürde.

Prof. Dr. Michael Quante ist Professor für Praktische Philosophie am Philosophischen Seminar der WWU, Hauptantragsteller des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ und Ethikbeauftragter der WWU. Er erhielt 2014 den Deutschen Preis für Philosophie und Sozialethik der „Max Uwe Redler Stiftung“ sowie 2012 eine Ehrendoktorwürde der ungarischen Universität Debrecen.

Zu den Mitgliedern der Akademie gehören weitere Forscher des Exzellenzclusters „Religion und Politik“: Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Nils Jansen und Prof. Dr. Peter Oestmann, Arabist Prof. Dr. Thomas Bauer, Altphilologin Prof. Dr. Christel Meier-Staubach, Theologe Prof. Dr. Arnold Angenendt sowie Philosoph Prof. Dr. Ludwig Siep und Germanistin Prof. Dr. Martina Wagner-Egelhaaf.





Dr. Matthias Hoesch

**Dr. Matthias Hoesch**, Philosoph, hat mit einem philosophischen Blick auf die derzeitige Flüchtlingspolitik einen Essay-Wettbewerb der Gesellschaft für Analytische Philosophie (GAP) in Köln für sich entschieden. Er belegte unter gut 100 Philosophen, die sich beteiligten, den ersten Platz und gewann mit dem Essay, der die

Frage „Welche und wie viele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?“ erörtert, 3000 Euro. Der Text wurde in einem Reclam-Sammelband „Welche und wie viele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?“ und als Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht. Der Wissenschaftler hatte bereits zuvor Gastbeiträge in Tageszeitungen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte veröffentlicht. Er legt darin Beiträge der klassischen und zeitgenössischen Philosophie zur Migrationsethik dar und bezieht sich insbesondere auf Ausführungen des Philosophen Immanuel Kant (1724–1804).

### **Territorialrechte und Migrationsethik**

Matthias Hoesch forscht am Exzellenzcluster im Projekt A2-1 „Die materialistische Weltanschauung im europäischen Kontext des 18. Jahrhunderts“. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die praktische Philosophie Kants und die politische Philosophie der Gegenwart. Eine Habilitationsschrift zum Zusammenhang von Territorialrechten und Migrationsethik ist in Vorbereitung.

## **Gastwissenschaftler**

### **Christian Windler über Normkonflikte frühneuzeitlicher Missionare**



Prof. Dr. Christian Windler

Der Frühnezeit-Historiker Prof. Dr. Christian Windler von der Universität Bern forscht im Herbst als Gastwissenschaftler am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster. Während seines Aufenthaltes setzt er seine Arbeit am Buchprojekt „Katholische Missionare als lokale Akteure im Iran der Safavidenzeit“ fort. Darin

untersucht er Missionare als Mittelsleute im Spannungsfeld unterschiedlicher normativer Systeme der Frühen Neuzeit. Damit befasst sich auch sein Vortrag im Rahmen der öffentlichen Ringvorlesung „Religion und Entscheiden“ des Exzellenzclusters und des Sonderforschungsbereiches „Kulturen des Entscheidens“ am 15. November. Unter dem Titel „Praktiken des Nichtentscheidens: Wahrheitsanspruch und Grenzen der Normdurchsetzung“ erörtert Christian Windler, wie die römische Kurie mit „unvermeidlichen Normkonflikten“ umging, die sich in der Mission ergaben.

Der Wissenschaftler gilt als Pionier einer Sozial- und Kulturgeschichte frühneuzeitlicher diplomatischer Praxis. Er kommt auf Einladung der Historikerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger und der Historiker Prof. Dr. André Krischer und Prof. Dr. Ulrich Pfister vom 1. bis 30. November nach Münster. Er steht mit ihnen seit einigen Jahren im wissenschaftlichen Austausch.

Zur Studie über die Missionare der Frühen Neuzeit führt der Wissenschaftler aus, die Kirchenmänner seien in translokale und lokale Beziehungsnetze eingebunden gewesen, hätten ihrem Handeln in Abhängigkeit von der jeweiligen Interaktionssituation Sinn verliehen und sich dabei bemüht, Gegensätze zwischen konkurrierenden Sinngewandungen auszugleichen. „Dabei waren Widersprüche unvermeidlich, nicht nur zu den Observanzgebieten der Orden, sondern auch zu Positionen der nachtridentinischen Kirche in zentralen Fragen der Sakramentsverwaltung.“ Berichte darüber gelangten nach den Worten des Historikers auf unterschiedlichen Wegen vor die Propagandakongregation und das Heilige Offizium.

Prof. Windler leitet am Historischen Institut der Universität Bern die Abteilung für Neuere Geschichte. Seit seiner Berufung im Jahre 2004 hat er mehrere Drittmittelprojekte betreut, deren Ergebnisse entscheidend zur Erneuerung von Fragestellungen und Methoden der Geschichte von Außenbeziehungen und Diplomatie in der Frühen Neuzeit beigetragen haben.

## › Publikationen – Auswahl

### Recht und Religion in der griechisch-römischen Welt



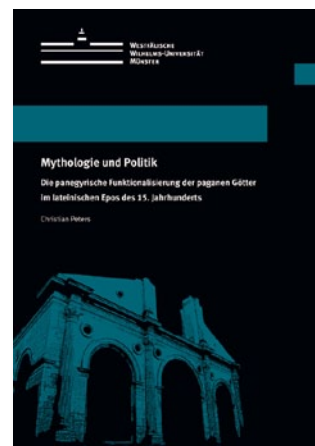
Rechtliche Verfahren und religiöse Sanktionierung in der griechisch-römischen Antike stehen im Mittelpunkt eines neuen Bandes, den die Althistoriker Prof. Dr. Peter Funke vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ und Dr. Matthias Haake vom Seminar für Alte Geschichte der Uni

Münster sowie Dr. Daniela Bonanno von der Universität Palermo herausgegeben haben. „Der Band vereinigt die Beiträge einer deutsch-italienischen Tagung, die der Frage der wechselseitigen Beeinflussung von Recht und Religion in der griechisch-römischen Welt gewidmet war“, erläutert Prof. Funke. „Fokussiert wird dabei auf die Frage der Verwobenheit von rechtlichen Verfahren und religiöser Sanktionierung im Kontext von Gesetzgebung, rechtlichen Auseinandersetzungen und politischen Aushandlungsprozessen.“ Der zweisprachige Sammelband, der im Verlag Franz Steiner erschienen ist, heißt „Rechtliche Verfahren und religiöse Sanktionierung in der griechisch-römischen Antike“. Im Italienischen lautet der Titel „Procedimenti giuridici e sanzione religiosa nel mondo greco e romano“.

Das Buch ist das Ergebnis einer deutsch-italienischen Tagung im Jahr 2014 an der Universität Palermo, bei der insbesondere Nachwuchswissenschaftler über die thematische Trias „Recht – Religion – Politik“ diskutierten. „Durch die binationale Zusammensetzung der Tagungsteilnehmer konnten trotz vieler Gemeinsamkeiten verschiedene Wissenskulturen in Dialog miteinander treten“, erläutert Althistoriker Funke. „Außerdem konn-

ten durch die Zusammenführung von Vertretern der Alten Geschichte, der Antiken Rechtsgeschichte und der Antiken Religionsgeschichte unterschiedliche Fächerkulturen in Austausch miteinander treten.“ An der Tagung waren auch weitere Historiker des Exzellenzclusters beteiligt, die ebenfalls im Sammelband mit Beiträgen vertreten sind: Prof. Dr. Klaus Zimmermann sowie von der Graduiertenschule des Forschungsverbundes Anna-Sophie Aletsee, Marie Drauschke und Andrew Lepke.

### Pagane Götter in einer christlichen Welt



Die Funktion der paganen Götter im lateinischen Epos des 15. Jahrhunderts legt die neue Studie „Mythologie und Politik“ des Philologen Dr. Christian Peters vom Exzellenzcluster dar. „Die Produktion hochwertiger lateinischer Dichtung durch humanistische Gelehrte, die man am

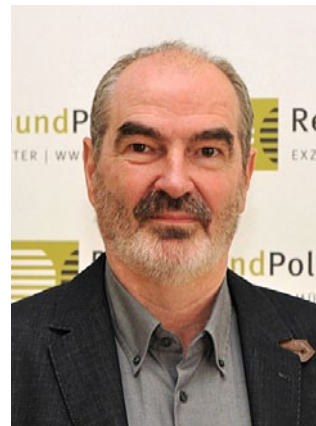
eigenen Hof beschäftigte, war für die Mächtigen in der Frührenaissance in Italien vom Herzog über den ‚Duodezfürsten‘ bis hin zum professionellen Söldnerführer, mit großem Prestige verbunden“, erläutert der Wissenschaftler, der sich mit neulateinischer Dichtung befasst. Immerhin sei es um nichts Geringeres gegangen als um die Hoffnung, den berühmtesten Schulterchluss von politischer Macht und lateinischer Dichtung, Kaiser Augustus und Vergils Aeneis nachzuahmen. „Doch was sollten die Dichter mit dem Personal der paganen Mythologie, insbesondere natürlich den olympischen Göttern, machen, von denen die antiken Modelle regelrecht wimmelten, schrieben sie doch für christliche Herrscher?“

Die Dissertationsstudie geht der Frage nach, wie in einer ausdrücklich christlichen Welt die paganen Götter als handelnde Figuren nicht bloß wieder vermittelbar wurden, sondern wie man sie auch mit großer Kunstfertigkeit und Einfallsreichtum zur Kommentierung oder Deutung zeit-historischer Ereignisse nutzen konnte. Das Buch trägt den Untertitel „Die panegyrische Funktionalisierung der paganen Götter im lateinischen Epos des 15. Jahrhunderts“ und ist jüngst in den **Wissenschaftlichen Schriften der WWU** Münster erschienen und online zugänglich.

„Es geht hier nicht etwa nur um Imitation der antiken Epen, sondern um eine spezifisch humanistische Form der Aneignung des paganen Erbes, die uns viel darüber verrät, wie über Antikenbeanspruchung politisches Prestige und ideologische Legitimation gestiftet werden konnten“, erläutert der Autor weiter. Die Arbeit könne daher sowohl für Neulateiner und Renaissanceforscher, als auch für Altphilologen interessant sein.

Das Buch bündelt eine Reihe von Fallstudien zu Epen, die an verschiedenen Höfen des 15. Jahrhunderts für so unterschiedliche Widmungsadressaten wie Herzog Borso d'Este von Ferrara, Federico da Montefeltro von Urbino oder Sultan Mehmed II. entstanden sind. „Der Blick richtet sich darauf“, so Dr. Peters, „in welcher Form und zu welchem Zweck mythologisches Personal mit zeithistorischen Figuren in Interaktion tritt. Erörtert wird auch, wie dadurch effizient Zeitgeschichte literarisch neu arrangiert und kommentiert wird und wie etwaige kompromittierende Begebenheiten bemäntelt werden.“ Dr. Christian Peters forscht am Exzellenzcluster im Projekt B2-5 „Die neulateinische Emblemik“ unter Leitung des Philologen Prof. Dr. Karl Enenkel.

## Interreligiöse Vergleiche in Religionswissenschaft und Theologie



Prof. Dr. Perry Schmidt-Leukel

Mit Problemen und Chancen der wissenschaftlichen Methode des Religionsvergleichs setzt sich ein neuer Sammelband auseinander, den der Religionswissenschaftler und Theologe Prof. Dr. Perry Schmidt-Leukel vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ mit herausgegeben hat. „Die religionsvergleichende Methode ist

in den vergangenen drei Jahrzehnten in der Religionswissenschaft und auch in den übrigen Kulturwissenschaften immer mehr in Verruf geraten. Umgekehrt feiert sie in der Theologie in Gestalt der ‚Comparative Theology‘ ein Comeback“, erläutert der Mitherausgeber Schmidt-Leukel. Die Neuerscheinung setzt sich kritisch mit den Argumenten gegen den Religionsvergleich auseinander und plädiert dafür, diesen in „methodologisch sensibilisierter Form“ zu rehabilitieren.

Den Sammelband in englischer Sprache „Interreligious Comparisons in Religious Studies and Theology“ („Interreligiöse Vergleiche in Religionswissenschaft und Theologie“) gibt der Forscher gemeinsam mit dem Erlanger Religionswissenschaftler und Theologen Prof. Dr. Andreas Nehring heraus. Zu den zwölf Autoren der Beiträge aus den christlichen Theologien und der Religionswissenschaft zählen international renommierte Religionswissenschaftler wie Arvind Sharma (Kanada), Paul Hedges (Singapur) und Gavin Flood (Oxford), aber auch einige Nachwuchswissenschaftler wie Fabian Völker vom Exzellenzcluster. Das Buch ist im britischen Verlag Bloomsbury Academic erschienen.

## Streitgespräch zwischen dem islamischen Theologen Khorchide und Islamkritiker Abdel-Samad



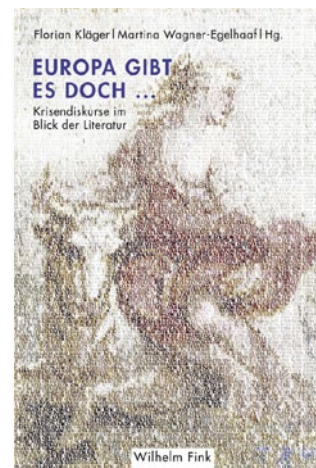
Ein Streitgespräch zwischen dem islamischen Theologen Prof. Dr. Mouhanad Khorchide vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ und dem Islamkritiker Hamed Abdel-Samad präsentiert das neue Buch „Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren“ aus dem Herder Verlag. Der Theologe Khorchide, Leiter des Zentrums für Islami-

sche Theologie (ZIT) der WWU, und der Politikwissenschaftler und Historiker Abdel-Samad diskutieren darin Zukunftsfragen des Islams. Themen des Streitgesprächs sind Gewalt und Friedfertigkeit im Islam, die Rolle Mohameds und die Herausforderung des sogenannten Islamischen Staats.

Außerdem beantworten Prof. Khorchide und Abdel-Samad Fragen nach der Lesart des Korans und ob die neuen Ansätze islamischer Theologie über Gott und den Menschen überzeugen. Nicht zuletzt debattieren sie, welche Rolle Muslime in Zukunft in der deutschen Gesellschaft werden spielen können. Prof. Khorchide spricht insbesondere über die Theologie der Barmherzigkeit, die im Zentrum eines liberalen Islamverständnisses stehe und zur Reformierung beitragen könne. Aussagen, dass der Islam durchweg friedlich oder durchweg gewaltbereit sei, gingen an der Realität vorbei. Moderator des Streitgesprächs ist der katholische Theologe und stellvertretende Chefredakteur der Monatszeitschrift „Herder Korrespondenz“, Dr. Stefan Orth.

Im Herder Verlag sind bereits drei weitere Bücher von Prof. Khorchide erschienen. In „Islam ist Barmherzigkeit“ (2012) plädiert der Wissenschaftler für einen Islam, der aus sich selbst heraus zu einem neuen Selbstverständnis und einer Theologie der Barmherzigkeit gelangen soll. Aus diesem Gottesverständnis, das von einem liebenden Gott ausgeht, zieht er in dem Buch „Scharia – der missverständene Gott“ (2013) weitreichende Konsequenzen für den religiösen Alltag von Muslimen wie für das alltägliche Miteinander in der Gesellschaft. Das Buch „Gott glaubt an den Menschen“ (2015) formuliert die Forderung nach einem globalen Humanismus, der die Menschen als weltumspannende Familie begreift.

## Sammelband über literarische Krisendiskurse



Mit literarischen Krisendiskursen über Europa befasst sich der neue Sammelband „Europa gibt es doch...“, den die Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Martina Wagner-Egelhaaf vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ mit dem Münsteraner Anglisten PD Dr. Florian Kläger herausgegeben hat.

„Europa ist in der Krise, aber wann war es das nicht“, fragen die Herausgeber. „Die Beiträge des Bandes untersuchen die Rolle der Literatur bei der Imagination und Figuration Europas als Produkt von und Lösung für Krisen.“ Vor dem Hintergrund historischer und aktueller ökonomischer, politischer, religiöser und militärischer Krisen diskutiert der fächer-

übergreifende Band in 14 Beiträgen die Rolle der Literatur als Reflexionsmedium für die Konstruktion der kulturellen wie der politischen Idee von Europa.

Seit Ovid in den Metamorphosen vom Raub der phönizischen Königstochter Europa durch den als Stier getarnten Zeus erzählte, habe der europäische Kontinent einen krisenhaften literarischen Gründungsmythos, erläutern die Wissenschaftler. „Vom Rolandslied bis zum politischen Essay über den Kiewer Maidan, von der Bühne Shakespeares bis zum spanischen Gegenwartstheater: Europa wird seither von der Krise her gedacht.“

### Rolandslied und Böhmen am Meer

Mitherausgeberin Prof. Wagner-Egelhaaf untersucht in ihrem Beitrag „Böhmen am Meer“ die Frage nach Krisenfigur und literarischem Topos. Die Ikonologie im Rolandslied steht im Mittelpunkt des Beitrags „Bedrohte Christenheit“ des Literaturwissenschaftlers Prof. Dr. Bruno Quast vom Exzellenzcluster. Der Sammelband trägt den Untertitel „Krisendiskurse im Blick der Literatur“ und ist im Verlag Wilhelm Fink erschienen.

## 100 Katholikentage



Zum 100. Katholikentag im Mai in Leipzig haben der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Hubert Wolf vom Exzellenzcluster und Historiker Dr. Holger Arning vom Seminar für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte der

WWU einen Jubiläumsband vorgelegt. Sie nehmen in der geschichtlichen Darstellung zu jedem Katholikentag ein zentrales Thema in den Fokus. Zugleich machen sie auf

die „unterschätzte Macht“ der katholischen Laien aufmerksam, die sich auf Katholikentagen treffen. „Die deutsche Gesellschaft und die Weltkirche würden heute ohne sie ganz anders aussehen“, so die Autoren. „Die Beschlüsse der Katholikentage im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik entsprachen beispielsweise der Politik der Zentrumsparterie, die großen Einfluss auf die Sozial- und Ehegesetzgebung nahm.“ Zum ersten Katholikentag waren Vertreter des „Katholischen Vereins“ im Revolutionsjahr 1848 in Mainz zusammengekommen.

### Widerspruch zur Position des Vatikans

„Aus 100 wissenschaftlich fundierten, aber unterhaltsam geschriebenen Geschichten soll so ein buntes Mosaik zum deutschen Katholizismus der vergangenen 170 Jahre entstehen“, erläutert Holger Arning. Themen des Buches, das in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt erschienen ist, seien etwa das Verhältnis von Kirche und Staat, die Caritas und die „Soziale Frage“, Erziehung und Bildung, die Mission sowie der Umgang mit Andersgläubigen und politischen Gegnern. Zudem hätten die Katholikentage immer auch das Zeitgeschehen widergespiegelt. „Herz-Jesu-Frömmigkeit und Reliquienverehrung werden ebenso angesprochen wie Pistolenduelle, der Untergang der Titanic, der Contergan-Skandal, der Prager Frühling oder der Krieg in Biafra.“

Die Katholikentage waren den Autoren zufolge auch entscheidend dafür, dass in Deutschland ein dichtes Netz von katholischen Verbänden entstand, das bis heute fortbesteht. Dieses ist Prof. Wolf zufolge weltweit einmalig. In politischen und sozialen Fragen hätten die deutschen Katholiken großen Wert auf Unabhängigkeit von Rom gelegt und schnell an Selbstbewusstsein gewonnen. Seit einem turbulenten Katholikentag 1968 in Essen habe es auf den Laintreffen verstärkt Widerspruch zur Position des Vatikans und der Bischöfe gegeben, etwa zur Rolle der Laien und der Frauen in der Kirche oder zur Sexualmoral. „Der Band richtet sich nicht nur an Katholikentagsbesu-

cher und engagierte Katholiken. Vielleicht ist er sogar für die Kirchenkritiker interessant, die sich in Münster, dem Veranstaltungsort 2018, gegen öffentliche Mittel für die Katholikentage engagieren und deswegen mehr darüber erfahren möchten“, so die Autoren.

## Zum Verhältnis von Staat und Religion



Die Frage nach einem zeitgemäßen Verständnis des „säkularen Staates“ steht im Mittelpunkt einer neuen Publikation aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“. Die Dissertationsstudie von Politikwissenschaftlerin Dr. Ulrike Spohn trägt den Titel „Den säkularen Staat neu denken. Politik und Religion bei Charles

Taylor“. „Die Idee des säkularen Staates gilt als die klassische Antwort des modernen westlichen politischen Denkens auf die Herausforderung religiöser Pluralität“, erläutert die Wissenschaftlerin. Wie diese Formel jedoch unter den heutigen Bedingungen gedeutet werden müsse, sei umstritten. Die Studie verortet die Debatte um den säkularen Staat im größeren Kontext der Kontroverse um die Moderne und schließt dabei an kulturtheoretische Perspektiven an.

„Ein zentrales Anliegen des Buches ist es, im Anschluss an die neueren Schriften des kanadischen Politikwissenschaftlers und Philosophen Charles Taylor ein für kulturelle Differenzen sensibles Verständnis des säkularen Staates zu etablieren“, erläutert Dr. Spohn. Die im Campus-Verlag erschienene Monografie ist der vierte Band der Schriften-

reihe „Religion und Moderne“ des Centrums für Religion und Moderne (CRM) der WWU, dem die Politikwissenschaftlerin angehört.

## Gestiegene religiöse und kulturelle Vielfalt

„Die Publikation leistet einen Beitrag zur aktuellen, international geführten normativen Debatte um ein angemessenes Verständnis des Konzepts des säkularen Staates unter den Bedingungen gesteigener religiöser und kultureller Vielfalt“, so die Forscherin. Ein Fokus liege dabei auf der Frage, welcher Status religiös fundierten Argumenten in Bezug auf moralische Probleme in der politischen Meinungs- und Willensbildung zukommt. „Die in der politiktheoretischen Debatte dominanten liberalen Positionen fordern spezielle Restriktionen für religiös fundierte Argumente im politischen Diskurs über moralische Streitfragen.“

Diesem Standpunkt liegen nach den Worten der Wissenschaftlerin jedoch problematische Annahmen über Religion einerseits und fragliche Prämissen bezüglich der Verallgemeinerbarkeit säkularer Moralkonzeptionen andererseits zugrunde. Um die impliziten Grundannahmen der liberalen Position herauszuarbeiten und zu kritisieren, greift sie im Rahmen einer interdisziplinären Herangehensweise neben politiktheoretischen Argumenten auch auf soziologische, religionswissenschaftliche und historische Forschungen sowie die transdisziplinäre Analyseperspektive postkolonialer Theorien zurück.

Auf Basis der Schriften Charles Taylors stellt die Wissenschaftlerin ein dialogisches, verständigungsorientiertes, aber zugleich „für Differenzen und Konflikte offenes Modell“ des säkularen Staates vor, welches sie im Spektrum pluralistischer Demokratietheorien verortet. Das Buch ist am Institut für Politikwissenschaft und am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster entstanden. Betreut hat die Dissertation Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems vom Forschungsverbund.

## Migration und religiöse Praxis



Mit „Migration und religiöser Praxis“ beschäftigt sich eine neue gleichnamige Dissertationsstudie aus der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“.

„Beispielhaft für heutige komplexe Migrationsprozesse zwischen Indien und Südafrika und die weltweit verhandelte Spannung zwischen islamischen Stilen

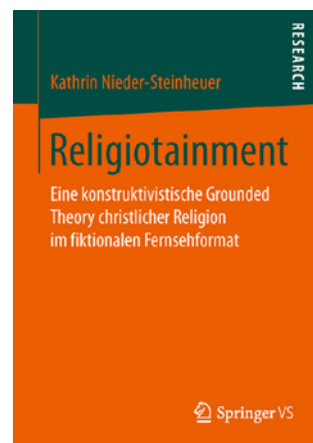
steht die indo-muslimische Kaste der Sunni Vohras“, erläutert die Autorin und Ethnologin Dr. Julia Koch. Für diese ethnographische Analyse begleitet Julia Koch in Feldforschungen Angehörige der Kaste auf ihrem Weg, der in zwei Dörfern der Abreise in Gujarat/Westindien beginnt und in zwei Ankunftsräumen in Südafrika endet.

„Diese Forschungsposition erlaubt es, die Orte symmetrisch zu betrachten und die gegenwärtige Migration in die ehemaligen südafrikanischen ‚Homelands‘ in einen historischen Kontext einzubetten“, so Dr. Koch. Durch die Perspektive der Kastenangehörigen gelinge es zudem, einen Blick auf die sich wandelnde muslimische Praxis zu werfen. Die Studie trägt den Untertitel „Gujarats sunnitische Muslime in den ehemaligen ‚Homelands‘ Südafrikas“ und ist im Bielefelder transcript-Verlag erschienen.

Dr. Julia Koch war von Juli 2008 bis Juni 2011 Doktorandin an der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“. Die Dissertation betreute die Ethnologin Prof. Dr. Helene Basu vom Forschungsverein. Von Januar bis August 2012 forschte Dr. Koch mit einem DAAD-Stipendium in Südafrika. 2015 drehte sie gemeinsam mit Prof. Basu einen ethnographischen Film

zu sunni-muslimischen indischen Immigranten in Johannesburg. Sie war 2016 Guest Lecturer an der südafrikanischen Rhodes-Universität in Grahamstown. Dr. Koch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie in Münster.

## Zur kulturellen Kategorie des Christlichen in TV-Formaten



Mit christlicher Religion im Modus massenmedialer Unterhaltung als einem „erkennbaren, unterscheidbaren, relevanten und somit auch machtvollen Faktor gegenwärtiger Kultur“ befasst sich eine Studie aus der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“, die im Verlag Springer VS

erschienen ist. „Religion im Unterhaltungsformat wird in der Regel als Vehikel oder Symptom gesellschaftlichen Wandels behandelt, wobei theologische Perspektiven eine dominante Rolle spielen“, so die Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Kathrin Nieder-Steinheuer. Unter dem Titel „Religiötainment“ analysiert sie hingegen aus einer nicht normativen Perspektive „den Status quo der kulturellen Kategorie des Christlichen im Unterhaltungsformat“.

Das Ergebnis der Dissertationsschrift ist ein neuer theoretischer Ansatz für das Feld der fiktionalen Fernsehformate, der „die kommunikative Verfasstheit der Kategorie des Christlichen entlang der Verwendung flexibler und statischer kultureller Unterscheidungen erfasst“, wie die Kommunikationswissenschaftlerin erläutert. Zum einen stellt



sie einen engen Zusammenhang fest zwischen kirchlichen Gebäuden als Faktor christlicher Identität und geographischen Konzepten. Andererseits zeigt sich, dass religiöse Normativität und statistische Konzepte eng miteinander verbunden sind, wie Nieder-Steinheuer darlegt.

Um ein passgenaues Erklärungsmodell für das Feld des „Religiösa“ zu entwickeln, erarbeitete die Nachwuchswissenschaftlerin ihren Datenkorpus sukzessive im Sinne der sozialwissenschaftlichen Forschungsstrategie der „Grounded Theory Methodologie“. Sie unterzog zehn von vierzehn geführten Experteninterviews zu den ARD-Fernsehfilmreihen „Pfarrer Braun“ und „Tatort“ sowie 26 Filme dieser Formate einer kleinschrittigen Kommunikationsanalyse. Die Studie trägt den Untertitel „Eine konstruktivistische Grounded Theory christlicher Geographie- und Normalitätsproduktion im fiktionalen Fernsehformat“.

## Juristische Kommentare in Geschichte und Gegenwart



Mit der Struktur, Funktion und dem Stellenwert von juristischen Kommentaren befasst sich eine neue Publikation aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster. Das Buch des Rechtswissenschaftlers Dr. David Kästle-Lamparter ist unter dem Titel „Welt der Kommentare“ im Mohr Siebeck Verlag erschienen.

Die Dissertationsschrift, die Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Nils Jansen vom Exzellenzcluster betreute, wurde mit dem Ernst-Rabel-Preis 2014, dem Dissertationspreis der

Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 2015 und dem Johannes-Zilkens-Preis der Studienstiftung des deutschen Volkes 2016 ausgezeichnet.

„Auf dem Schreibtisch jedes Juristen stehen die wichtigsten Gesetzeskommentare und in der Praxis wird das Recht weniger dem Gesetz als dem Kommentar entnommen“, erläutert der Nachwuchswissenschaftler. Auch für die europäischen Juristen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit habe die juristische Welt im Wesentlichen aus Kommentaren und Referenztexten bestanden. „Trotzdem wurde bislang kaum untersucht, wie der Kommentar als Medium des juristischen Diskurses im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Praxis wirkt und welche Strukturmerkmale und diskursive Funktionen als typisch für einen juristischen Kommentar gelten können.“

Der Autor zeigt in seiner Untersuchung auf, wie der Kommentar durch juristische Diskurse geprägt wird und seinerseits auf diese Diskurse zurückwirkt. Er spannt einen weiten historischen Bogen über die „Kommentarlandschaft“ verschiedener Wissenschaftskulturen und legt dar, wie die Textgattung der Kommentare eine wichtige Funktion in der juristischen Welt eingenommen hat. Mit der Studie „Welt der Kommentare. Struktur, Funktion und Stellenwert juristischer Kommentare in Geschichte und Gegenwart“ legt Dr. Kästle-Lamparter zugleich den Grundstein für eine Theorie des juristischen Kommentars.

## Neue Publikationen aus dem Exzellenzcluster – Auswahl

Autor   Herausgeber	Titel	Verlag
Bonanno, Daniela / Funke, Peter / Haake, Matthias (Hgg.)	Rechtliche Verfahren und religiöse Sanktionierung in der griechisch-römischen Antike / Procedimenti giuridici e sanzione religiosa nel mondo greco e romano	Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2016
Kästle-Lamparter, David	Welt der Kommentare. Struktur, Funktion und Stellenwert juristischer Kommentare in Geschichte und Gegenwart	Tübingen: Verlag Mohr Siebeck 2016
Koch, Julia	Migration und religiöse Praxis. Gujarats sunnitische Muslime in den ehemaligen „Homelands“ Südafrikas	Bielefeld: transcript Verlag 2016.
Nieder-Steinheuer, Kathrin	Religiötainment. Eine konstruktivistische Grounded Theory christlicher Geographie- und Normalitätsproduktion im fiktionalen Fernsehformat	Wiesbaden: Verlag Springer VS 2016
Peters, Christian	Mythologie und Politik. Die panegyrische Funktionalisierung der paganen Götter im lateinischen Epos des 15. Jahrhunderts	Münster: Verlag Monsenstein und Vannerdat 2016
Schmidt-Leukel, Perry / Nehring, Andreas (Hgg.)	Interreligious Comparisons in Religious Studies and Theology. Comparison Revisted	Bloomsbury Academic 2016
Wagner-Egelhaaf, Martina / Kläger, Florian	Europa gibt es doch... Krisendiskurse im Blick der Literatur	München: Fink 2016

## › Presseecho – Auswahl

Der Exzellenzcluster untersucht zahlreiche historische und aktuelle Themen im Spannungsfeld von Religion und Politik. Neben der Grundlagenforschung suchen die Mitglieder den Austausch mit der breiteren Öffentlichkeit, etwa in Vortragsreihen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und mittels einer intensiven Medienarbeit. Das Zentrum für Wissenschaftskommunikation fördert den Austausch. Es folgt eine Auswahl an Medienbelegen. Manche Beiträge lassen sich, wenn sie im Internet verfügbar sind, im Newsletter per Klick lesen, anhören oder ansehen. Weitere sind auf der Website [www.religion-und-politik.de](http://www.religion-und-politik.de) unter Medien zu finden.



## Presseecho „Religion und Politik“ (Auswahl)

### Radio und Fernsehen

#### Was glaubst Du?

Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack über Religionsvielfalt  
ZDF-Sendung „sonntags“ vom 31. Juli 2016, Beitrag bei Minute 14:21

#### Die AfD, der Islam und das Grundgesetz

Katholische Theologin und Sozialethikerin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins  
NDR „Das Magazin aus Religion und Gesellschaft“ vom 24. April 2016

#### Warum das Zögern der Politik die AfD stark macht

Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems  
Deutschlandfunk „Tag für Tag“ vom 26. April 2016

#### „Die Polemik der AfD ist gefährlich“

Islamischer Theologe Prof. Dr. Mouhanad Khorchide  
tagesschau.de vom 29. April 2016

#### Begrenzbar? – Flüchtlingsaufnahme

Philosoph Dr. Matthias Hoesch  
WDR 5 „Das Philosophische Radio“ vom 24. Juni 2016

#### Kulturzeit-Gespräch mit Detlef Pollack zur Studie „Integration und Religion aus der Sicht von Türkistämmigen in Deutschland“

Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack  
3sat TV-Sendung „Kulturzeit“ vom 16. Juni 2016

#### Studie zu Deutschtürken

Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack  
ZDF-Nachrichtensendung „heute“ vom 16. Mai 2016, 19.00 Uhr, ab Minute 5:12

#### Deutschland: Muslimen fällt Integration schwer

Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack  
ORF.at Religion aktuell vom 28. Juni 2016

Wie deutsch sind die Duisburger Türken?  
Religionssoziologe Dr. Olaf Müller  
WDR „Lokalzeit“ aus Duisburg vom 01. Juli 2016

#### Privilegierte christliche Kirchen

Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems  
WDR5 „Politikum“ vom 25. Mai 2016

#### „Wir haben eine allgemeine Hilfespflicht“

Philosoph Dr. Matthias Hoesch  
Deutschlandfunk „Kulturfragen“ vom 03. April 2016

#### „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“

Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Fabian Wittreck  
WDR 5 „Diesseits von Eden“ vom 22. Mai 2016

#### Homosexualität bleibt schwieriges Thema

Sozialethikerin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins  
Deutschlandradio Kultur vom 10. April 2016

#### „Der Grat zwischen Kritik und Feindlichkeit ist schmal geworden“

Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack als Gast in  
einer Diskussionsrunde zu Gewalt und Islam  
Deutschlandfunk vom 22. Juli 2016

#### Die katholische Kirche und die Religionsfreiheit

Sozialethiker Prof. Dr. Karl Gabriel zur Studie „Wie fand  
der Katholizismus zur Religionsfreiheit?“  
WDR 5 „Diesseits von Eden“ vom 15. Mai 2016, ab  
Minute 12:23

#### Schon ziemlich deutsch

Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack  
DRadio Wissen „Grünstreifen“ vom 07. April 2016

#### „In welcher verwunderlicher Welt lebst du?!“

Kirchenhistoriker Prof. Dr. Arnold Angenendt  
Deutschlandfunk vom 16. Mai 2016

#### ARD Tagesthemen

Kirchenhistoriker Prof. Dr. Hubert Wolf über Frauen als  
Diakone in der katholischen Kirche  
ARD „Tagesthemen“ vom 25. Mai 2016

#### Kreuz und Kreuzchen

Zeithistoriker Thomas Großbölting zu Wahlempfehlun-  
gen der christlichen Kirchen anlässlich der Landtagswahl  
in Mecklenburg-Vorpommern  
Deutschlandfunk vom 31. August 2016

#### Hundertmal Katholikentag

Zeithistoriker Prof. Dr. Thomas Großbölting  
HR TV-Sendung „Horizonte“ vom 22. Mai 2016

### Gastbeiträge

#### Die Reformation neu sehen

Historiker und Hans-Blumenberg-Gastprofessor Prof. Dr.  
Lucian Hölscher  
Süddeutsche Zeitung Online vom 12. April 2016

#### Zwischen Tradition und Emanzipation

Katholische Theologin und Sozialethikerin Prof. Dr.  
Marianne Heimbach-Steins  
Herder Korrespondenz, 70. Jahrgang, 2016

#### Eine Frage der Auslegung

Islamischer Theologe Prof. Dr. Mouhanad Khorchide  
Zeit Online vom 22. Juli 2016

#### Die Interessen der Flüchtlinge

Philosoph Dr. Matthias Hoesch  
Frankfurter Rundschau vom 19. April 2016

Entsexualisierung des Handschlags  
Gastbeitrag des islamischen Theologen Prof. Dr. Mouhanad Khorchide über Religionsfreiheit und kulturelle Gesten  
Die Furche vom 07. April 2016

## Rezensionen

### Neues zur Säkularisierungsthese

Rezension der Studie „Religion in der Moderne“ der Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack und Dr. Gergely Rosta  
feinschwarz.net, Theologisches Feuilleton vom 06. April 2016

### „Mohammed wollte eine moderne Religion der Barmherzigkeit“

Rezension des Buches „Islam ist Barmherzigkeit“ des islamischen Theologen Prof. Dr. Mouhanad Khorchide  
Die Tagespost Online vom 08. April 2016

Lesenswert. Für eine Reform des Islam  
Rezension der Monographie „Gott glaubt an den Menschen“ des islamischen Theologen Prof. Dr. Mouhanad Khorchide  
zeitzeichen 5/2016

### Mosè va dallo psicologo

Rezension des Bibelwissenschaftlers Kurienkardinal Gianfranco Ravasi der Studie „Pier Cesare Bori, È una storia vera? Le tesi storiche dell'Uomo Mosè e la religione monoteistica di Sigmund Freud“ (Ist das eine wahre Geschichte? Freud und der Monotheismus), herausgegeben durch Historiker PD Dr. Gianmaria Zamagni  
Italienische Zeitung Il Sole 24 Ore vom 03. Juli 2016

## Print

Reformation lesen  
Ankündigung der neuen „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“  
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. April 2016

Gast zum Forschen  
Ankündigung der neuen „Hans-Blumenberg-Gastprofessur“ am Exzellenzcluster „Religion und Politik“  
Süddeutsche Zeitung vom 02. April 2016

Selbst ist der Sinn  
Zur abnehmenden gesellschaftlichen Bedeutung der Kirchen mit Ergebnissen aus dem Standardwerk „Religion in der Moderne“ des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack  
Süddeutsche Zeitung vom 20. August 2016

Syrer wollen Obergrenze  
Befragung von Deutsch-Syrern zur Flüchtlingspolitik unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack  
Süddeutsche Zeitung vom 08. April 2016

Forscher aus NRW mit Humboldt-Professur geehrt  
Judaistin und Humboldt-Professorin Prof. Dr. Katrin Kogman-Appel in Berlin  
epd-Landesdienst West vom 04. Mai 2016

Neue Akademie-Mitglieder  
Berufung der Historikerin Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger und des Philosophen Prof. Dr. Michael Quante in die NRW-Akademie der Wissenschaften und Künste  
Rheinische Post vom 25. Mai 2016

Ehe kaputt  
Historikerin Dr. Iris Fleßenkämper  
Magazin chrismon vom 01. Juli 2016

Die Geschichte hinter der Militärmaschine  
Islamwissenschaftler Prof. Dr. Marco Schöller  
Der Patriot vom 14. April 2016

Erstaunlicher Vergebungswille  
Historiker Prof. Dr. Olaf Blaschke  
Lüdenscheider Nachrichten vom 15. April 2016

Einkleiden wie früher die Römer  
Archäologin Prof. Dr. Angelika Lohwasser  
Westfälische Nachrichten vom 13. Juni 2016

## Online

„Ein panorthodoxer Schock“  
Orthodoxer Theologe Prof. Dr. Assaad Elias Kattan  
Deutschlandfunk vom 17. Juni 2016

Koran-konforme Altersvorsorge: Ich spare halal  
Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Matthias Casper  
Magazin bento vom 29. Juni 2016

„Das ist ein Zeichen eines Religionskrieges“  
Religionswissenschaftler Prof. Dr. Perry Schmidt-Leukel  
zum IS-Angriff in einer katholischen Kirche in Frankreich  
Schweizer Newsplattform „20 Minuten“ vom 27. Juli  
2016

„Keine Religion muss mit dem Grundgesetz verein-  
bar sein“  
Islamwissenschaftler Prof. Dr. Thomas Bauer  
RP Online vom 09. Mai 2016

Deutsche Syrer für Obergrenze und mehr Offenheit  
Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack  
ZEIT ONLINE vom 07. April 2016

China zeigt sich gezielt islamfreundlich  
Islamwissenschaftlerin und Sinologin Dr. Frauke Drewes  
PT Magazin vom 27. Mai 2016

Der perfekte Mensch  
Rechtswissenschaftlerin Dr. Lioba Welling über „Geneti-  
sches Enhancement“  
3sat „nano spezial“ vom 15. April 2016

Der Islam muss sich reformieren  
Islamwissenschaftler Prof. Dr. Thomas Bauer über  
Sexualität und Islam  
Tagesspiegel online vom 18. Juni 2016

„Wir laufen Gefahr, die Türken in Deutschland zu  
verlieren“  
Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack  
Huffington Post online vom 5. August 2016

Mohamed korában élne sok németországi török –  
Rosta Gergely a Mandinernek  
Religionssoziologe Dr. Gergely Rosta  
Ungarische Online-Zeitschrift Mandiner vom 06. Juli  
2016

# › Impressum

## Herausgeber

Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU)

## Redaktion

Zentrum für Wissenschaftskommunikation des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU)

## Gestaltung

Dipl.-Des. Verena Ilger

## Bildnachweise

AWK NRW: Seite 64  
Campus Verlag: Seite 71  
Ferdinand Schöningh Verlag: Seite 27  
Franz Steiner Verlag: Seite 67  
Natascha Frumkina: Seite 65  
Bilder 2016 Google, Kartendaten 2016 GeoBasis-DE/BKG (2009): Seite 10  
Gross Family Collection: Seite 23  
Herder Verlag: Seite 69

Julia Holtkötter: Seiten 25, 79  
Humboldt-Stiftung/David Ausserhoferen: Seite 63  
Katholikentag: Seite 30  
KNA, Andreas-Kühlken: Seite 21  
Mohr Siebeck Verlag: Seite 73  
Островский Александр, Киев, Wikipedia: Seite 31  
Fabian Patzak: Seite 62  
Privat: Seiten 19, 65  
Henning Schacht: Seite 12  
Seiferheld-Dahlke/Q.UNI: Seite 24  
Springer Verlag: Seite 72  
Studioline Photography Hannover: Seite 26  
Hilla Südfeld: Seite 31  
The National Gallery, London: Seite 29  
The Samuel Courtauld Trust, The Courtauld Gallery, London: Seite 18  
transcript Verlag: Seite 72  
US-Nationalbibliothek/Vince Musi: Seiten 24, 25, 80  
Vilallonga, Wikipedia: Seite 14, 52  
WBG Wissen verbindet: Seite 70  
Wilhelm Fink Verlag: Seite 69  
Wikipedia: Seiten 24, 25, 60, 80  
Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster: Seite 67  
WWU/Peter Grewer: Seite 25  
Zentrum für Wissenschaftskommunikation: Titelseite, Seiten 2, 5, 6, 8, 15, 22, 32, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 49, 51, 68, 75

Münster, September 2016

Im **Exzellenzcluster „Religion und Politik“** der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen: von der antiken Götterwelt über Judentum, Christentum und Islam in Mittelalter und früher Neuzeit bis hin zur heutigen Situation in Europa, Amerika, Asien und Afrika. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den 43 Exzellenzclustern in Deutschland der einzige zum Thema Religion. Bund und Länder fördern das Vorhaben in der zweiten Förderphase der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.

#### **Exzellenzcluster „Religion und Politik“**

Johannisstraße 1  
48143 Münster

Tel. +49 251 83-23376  
Fax +49 251 83-23246

[religionundpolitik@uni-muenster.de](mailto:religionundpolitik@uni-muenster.de)



[www.religion-und-politik.de](http://www.religion-und-politik.de)